

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel
jährlich 3,50 Mk., monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr.
in der Post-Verordn.-Verordn.
für 1895 unter Nr. 7125.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 24. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Hans Blum's Beweise für das Plauerer Dubeufstück.

Hans Blum, der voriges Jahr, als wir ihn persönlich mit seiner Boulanger-Blumade vor Gericht ziehen wollten, uns krampfhaft auswich, hat, wie wir gestern schon erwähnten, unter dem belebenden Vorschatten der Umsturzvorlage plötzlich Kourage bekommen und veröffentlicht in den ihm zu Gebote stehenden Blättern zwei riesige Wandwörter (zusammen über zehn Spalten der „Magdeburger Zeitung“) mit dem Titel: „Enttüllungen über die Beziehungen des Generals Boulanger zu deutschen Sozialdemokraten.“

Jetzt endlich will er den Schuldbeweis liefern, mit erdrückendem Material die Landesverräterei der deutschen Sozialdemokratie nachweisen, und diese moralisch vernichten.

Und was fördert der Herr Hans Blum zu Tage? Nennt er einen deutschen Sozialdemokraten, der mit Boulanger in Verbindung gestanden? Präzisiert er irgend eine Handlung, aus der eine solche Verbindung hervorgeht?

Fällt unserem Hans Blum nicht ein, nichts als das alte „Material“ aus seinen „Lügen“ — nur die „Lügen“ in bezug auf diesen Punkt vermehrt und erweitert. Dieselbe Qualität, nur größere Quantität. Die Zitate aus sozialdemokratischen Zeitungsartikeln und Reden Dunnen wir Herrn Hans Blum für heute schenken; und ebenso die Schlussfolgerungen, welche er aus diesen Zitaten (die in bekannter Blum'scher Manier zurechtgemacht sind) zieht.

In bezug auf die „Zitate“ haben wir bloß zu bemerken, — und wir werden dies im einzelnen nachweisen — daß sie fast ausnahmslos, wo nicht ausnahmslos, falsch sind — mit falschen Namen und Daten, und sonst entstellte. Doch das nur im Vorbeigehen. Was war von einem Hans Blum anders zu erwarten? Das, worauf es ankommt, und worauf einzig es ankommt, ist: bringt Hans Blum irgend etwas Tatsächliches, Greifbares, Konkretes zur Begründung seiner Anklage? Und da lautet die Antwort: Auch nicht ein Atom!

Doch das verstand sich von selbst, und kein vernünftiger Mensch hat jemals geglaubt, daß Hans Blum seine Anklage begründen könne. Denn für jeden Menschen, der bis 5 zählen kann, steht es fest, daß die deutsche Regierung durch die Militärs, mit denen sie Boulanger umgeben hatte, sicherlich früher unterrichtet worden

wäre, als der Herr Hans Blum, — groß, wie er sich dünken mag — und daß sie zum Einschreiten gegen die „Landesverräter“ von Sozialdemokraten nicht auf Hans Blum gewartet hätte.

Nicht zur Widerlegung der Hans Blum'schen „Enttüllungen“, sondern zur Kennzeichnung des Menschen, dessen Wille, uns zu schaden, glücklicherweise zu seinen Fähigkeiten im umgekehrten Verhältnis steht, sei hier aus der Verteidigungsschrift („Manifest“) Boulanger's die Stelle mitgeteilt, auf welcher das ganze Anlagegebäude des Herrn Hans Blum beruht; und weiter sei mitgeteilt, wie er mit dem „Material“ manipuliert, um es für seinen Zweck brauchbar zu machen. Die betreffende, dem Hans Blum wichtigste dünkende und durch seinen Druck einiger Worte von ihm ausgezeichnete Stelle — keine andere ist gleicher Ehre theilhaftig geworden — lautet: „Ich — Boulanger — wollte unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten, so daß ich auf deren Dienste zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging, aber erst an eben diesem Tage.“

Man sieht, die Äußerung (die übrigens schon vor Jahren durch die deutsche Polizeipresse hindurchging) spricht nur eine Absicht aus. Und sie ist so vag, daß kein Urtheilssfähiger ihr irgend welche ernsthafte Bedeutung beilegen kann. Dies hat unser Hans Blum auch gefühlt, und da ist er denn auf ein sinnreiches Kunststück verfallen — doch das läßt sich nicht beschreiben, das muß man sehen. Die vorstehende Stelle ist im Druck also ausstaffiert:

„Ich wollte — unter meiner Hand Leute zur Verfügung haben, die mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten, so daß ich auf deren Dienste zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging, aber erst an eben diesem Tage.“

Wer die so zugestufte Stelle oberflächlich liest, meint, Boulanger sage, er habe Verbindungen mit den „Sozialdemokraten eines gewissen Landes“ tatsächlich gehabt — während er bloß Leute unter seiner Hand haben wollte, die solche Verbindungen hätten.

Spiegelberg! Spiegelberg! Hans Blum hat nicht umsonst eine solche glühende Bewunderung für die „Redaktion“ der Emser Tageszeitung. Was er hier leistet, ist zwar nicht Bismarck'sch „redigirt“, aber etwas merkwürdig Ähnliches.

Herr Beauregard, ein ehemaliger Bataillonsfeldmeister, der von seinem Aufenthalt im Meer her das militärische Wesen und den Knebelbart beibehalten hatte, war nach wenigen Worten völlig unterrichtet.

Keine überflüssige Wissenschaft und Kunst, sagte Verdier zu ihm. Die Stöße und Paraden, die Terzen und Quartetten sind ja sehr nett, aber wir haben keine Zeit, sie anzuwenden. Mein Freund hier soll sich morgen schlagen. Er muß lernen, wie man den Degen zu halten hat und auf dem Kampfplatze eine gute Figur macht.

Sehr wohl! sagte der Exprofoß und nahm zwei Fehdebegegnungen.

Nun vorwärts, den Rock herunter, mein Herr, sagte er. Den Degen fest in die Hand genommen! So ist's recht. Jetzt die Spitze bis zur Höhe des Auges heben. Ich werde Sie angreifen. Parieren Sie meinen Degen mit einem kurzen Schlag und kehren Sie sofort in Ihre Verteidigungsstellung zurück.

Einige Zeit lang kreuzte er seinen Degen mit dem des jungen Mannes. René war zuerst unter dem Schein des flackernden Gastlichtes etwas geblendet durch die biesame blanke Klinge, die nur wenige Zentimeter von seiner Brust entfernt vorüberschwirrte. Unwillkürlich wich er zurück. Aber nach und nach lernte er es, auf der Hut zu sein und den Angriff festen Fußes abzuwehren.

Gut! Das genügt schon fast zu ihrer Verteidigung. Wenn Sie Ihrerseits vorgehen wollen, dann achten Sie auf folgende Bewegung: Wenn Ihr Gegner parirt, dann zielen Sie auf den linken Schenkel, machen eine Wendung nach rechts und los! auf die Hüfte, die nicht gedeckt ist!

Herr Beauregard ließ seinen improvisierten Schüler diese Drehung vier- oder fünfmal wiederholen. Dann drückte er ihm militärisch die Hand und sagte:

Sie wissen jetzt so viel, wie man in einer Fektion lernen kann. Kaltes Blut, ein festes Auge, und alles wird gut gehen. Ich wünsche Ihnen kein Glück, denn das bringt Unglück.

Jetzt, sagte Verdier, wirst Du nach Hause gehen und gut anschlafen. Auf morgen also! Und vor allem keine Dummheiten. Denke an die, denen Dein Leben theuer ist!

René merkte jetzt erst, daß er noch nicht gegessen und daß es schon acht Uhr geschlagen hatte. Er ließ sich in dem ersten besten Restaurant etwas geben. Während er zerstreut

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar.

Im Reichstage wurde die Handwerkerfrage wieder einmal erörtert; neues konnte nicht vorgebracht werden. Den prinzipiellen Standpunkt unserer Partei wahrte in treffender Weise Genosse Kühn. Die auf Errichtung von Handwerkerkammern und Einführung des Befähigungsnachweises hinielenden Anträge wurden mit schwacher Majorität angenommen. Daß aber der Bundesrath dem Befähigungsnachweise jetzt seine Zustimmung geben wird, ist nicht anzunehmen. Herr v. Bötticher versprach die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Konsumvereine. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Anträge.

Im Abgeordnetenhaus brachte heute zunächst der Abg. Wotly die alten polnischen Forderungen vor und beklagte sich über die Thätigkeit des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den östlichen Provinzen. Der Nationalliberal v. Gynern ging auf die im preussischen Staat vorzunehmenden Ersparnisse ein. Das hauptsächlichste Mittel zur Beseitigung des Defizits würde die Umwandlung der vierprozentigen preussischen Konsols in dreiprozentige sein. Auch an die Gemeinden sollten von der Aufsichtsbehörde nicht so hohe Anforderungen in bezug auf Schulbauten gestellt werden. Der Redner ging dann näher auf die Stellung seiner Partei zu den agrarischen Forderungen ein. Der Finanzminister Miquel beschäftigte sich mit einigen Ausführungen des Herrn v. Gynern und wies namentlich darauf hin, daß er trotz der schlechten Finanzlage in Preußen nicht auf die Schulbeseitigung verzichte. Auch der Kultusminister Bosse griff in die Debatte ein und versprach die Erhöhung der Lehrergehälter. Der Minister Thiele suchte auf die Anpassung eines national-liberalen Redners hin der Legende von den 80 entlassenen Regierungsbaumeistern entgegen zu treten. Die zweite Hälfte der Landtags-Verhandlungen wurde angefüllt durch Unterhaltungen über Gustav Adolf und Tilly, an welchen gelehrten Gesprächen sich die Nationalliberalen Wallbrecht und Dr. Friedberg und der Zentrumsmann Bachem beteiligten. Die evangelischen Nationalliberalen verteidigten ihren Gustav Adolf und die Katholiken ihren Tilly. Für unsere Genossen sind diese Debatten ohne weiteres Interesse. Zum Schluß wurde ein großer Theil des Etats der Budgetkommission überwiesen.

ah, dachte er nach. Obgleich er muthig war und dem Tode mehr als einmal ins Auge gesehen hatte war seine Seele düster und unruhig. Er konnte den Gedanken an den Kummer und die traurige Lage seiner Mutter, wenn er tödlich getroffen oder auch nur schwer verwundet werden würde, nicht unterdrücken.

Er litt unter jener krankhaften Reaktion, die bei nervösen Personen stets einem Zustand hochgradiger Aufregung folgt. Er staunte jetzt fast über das, was er an diesem Unglückstage erlebt hatte. Er glück einem Schiffe, den ein Orkan in voller Ruhe überrascht, vom rechten Kurs fortgetrieben und endlich an eine klippenreiche Küste geworfen hatte. Er suchte sich zurechtzufinden. Welche Veränderung in seinem Geschick in so kurzer Zeit! Und wo würde er am nächsten Tage um dieselbe Stunde sein?

Zu der Unmöglichkeit, die Zukunft zu ergünden, wandte er sich der Vergangenheit zu, die ihm, trotzdem sie kurze Zeit hinter ihm lag, doch wie durch einen Abgrund von dem Tage vorher getrennt schien. Er klagte sich an, verkehrt gehandelt zu haben. Er bedauerte es, daß er sich an Gayrolaz vergriffen hatte, der ja zweifellos ein erbärmlicher Charakter war, im Grunde aber doch mehr aus Leichtsin als aus Schlechtigkeit fehlte. Den Schurken Bernheim hätte er vor seiner Degenspitze haben müssen. Das war der eigentliche Schurke, der die Mittel fand, die Leute anzugreifen, Niederträchtigkeit zu begehen und dann noch einen Vertreter schickte, der sich für ihn schlagen lassen mußte. Der alte Schuft mochte schon lachen. Bei diesem Gedanken ballte René vor Wuth die Faust. Das Blut stieg ihm ins Antlitz. Zugleich der Narr und das Opfer dieses erbärmlichen Menschen zu sein, das war zu viel. Aber wie sollte er sich an ihm rächen? Für den Augenblick brauchte er Ruhe, Ruhe, um in dem kritischen Moment Herr seiner selbst zu sein. Durch eine gewaltige Willensanstrengung gelang es ihm, das lodende Blut zu bändigen. Er ging auf Gerathewohl hinaus, um in der frischen Abendluft die innere Gluth, die ihm bis in die Wangen hinein brannte, zu kühlen, und er hatte sich wenigstens eine äußerliche Ruhe angeeignet, als er wieder in seiner Wohnung in der Rue Tiquetonne anlangte.

Frau Messant erwartete ihn ängstlich und wollte wissen, was inzwischen geschehen war. Ihr Sohn erzählte ihr, was er erzählen konnte. Er hätte, fügte er hinzu, neue gute Hoffnungen. Die Zeitungen würden diese einem

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

59

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

In Frankreich geboren, in dem schönen Frankreich, wie man es nennt, noch mehr, in Paris geboren, der Hauptstadt des Luxus, des Lebensgenusses, und dennoch könnten diese Leute den elendesten Wilden um sein Loos beneiden. Das hat im ganzen Leben keinen Tropfen echten Wein getrunken! Das hat niemals das Meer gesehen! Das hat sich niemals acht Erholungstage auf dem Laube gönnen können! Und morgen stirbt das und hat nicht einmal seine sechs Fuß Erde für sich auf dem Friedhof. Uebermorgen wird die Mutter allem Anschein nach im Hospital, werden die Knaben auf der Straße und die Mädchen in der Gasse sein! Und das geschieht alltäglich in unserer zivilisierten, christlichen, republikanischen Gesellschaft. Und Du willst sterben? Und Du verzichtest auf die Ehre, einer Gesellschaft, in der diese Unmenslichkeit notwendig, alltäglich ist, Deinerseits einen Keulenhieb zu versetzen? Geh mir doch! So kannst Du nicht im Ernst sprechen!

Was willst Du, daß ich thun soll?

Daß Du Dich zur Wehre sehest, zum Teufel! O, ich weiß wohl, daß das Thell, so wie es heute gehandhabt wird, bumm und unwürdig ist. Man nennt das „Kampf mit gleichen Waffen“. Was für ein Dohn! Ich habe einen Streit mit einem Manne. Ich sage zu ihm: „Können Sie Schach spielen? Nein? Um so besser. Wir werden zusammen eine Partie spielen. Der Vertretende schließt sich den Bauch auf.“ Man wird mich auslachen, weil ich ein Narr bin. Mein Gegner weigert sich und alle Welt findet, daß er recht hat. Nun sage ich aber zu ihm: Wir werden uns auf Degen schlagen. Ich bin zehn Jahre lang im Fektsaal aus- und eingegangen, und er hat niemals ein Floret in der Hand gehabt. Trotzdem habe ich das Recht, ihn in ganz loyalen Weise zu tödten. Das ist Wahnsinn, aber es ist so. Da Du in eine Lage gerathen bist, in der Du auf höchst althergebrachte Art getödtet werden kannst, so versuche wenigstens, alle Chancen so viel wie möglich auszunutzen. Ich werde Dich zu einem Fektschüler führen, den ich kenne.

Umsturz und Sozialdemokratie. Mit dem soeben erschienenen zweiten Hefte der von der Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“ herausgegebenen stenographischen Verhandlungen des Reichstags über die Umsturzvorlage ist die interessante und werthvolle Agitationschrift abgeschlossen. 256 Seiten umfassen die beiden Hefte. Wir wünschen, daß das 2. Hefte ebenso eifrig von unseren Genossen verbreitet wird, wie das erste Hefte, daß auch von diesem viele Bezeugnisse in's Land gehen und damit beweisen, wie überaus schwächlich die Gründe unserer Gegner, wie werthlos ihr Material ist. Wer die Schrift liest, wird, welcher Partei er auch angehören mag, sich der Ueberzeugung nicht entschlagen können, daß hinter dem ganzen Geschrei nach Umsturzgesetzen nichts Anderes steckt als die Sehnsucht der Arbeiterparteien nach Knebelgesetzen gegen die wirtschaftlichen und politischen Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse. —

Der Minister v. Röll hat in der Umsturzkommission Gelegenheit genommen, dem Lockspiegel Neuf von seinen Hochzeiten abzuschütteln, indem er dort die Erklärung wiederholte, welche die „Berliner Korrespondenz“ veröffentlicht hat und welche unsere Leser an anderer Stelle abgedruckt finden. Daß Herr v. Röll keine persönlichen Beziehungen zu Herrn Neuf unterhält, glauben wir aufs Wort. Einmal ist der Herr Minister erst kurze Zeit in seiner neuen Stellung, dann aber ist der Neuf eben doch ein so anrüchiges Individuum, daß jeder anständige Mann sich ihn schon aus Heilichkeitsgefühl vom Leibe halten wird. Daß Neuf im „warmen Nest“ der Anarchisten mit 450 M. pro Monat von der preussischen Polizei ausgehalten wurde, und daß dieser Bürsche, nachdem er jahrelang im Auslande sich als einer der tollsten Vertreter der „Propaganda der That“ geriert hat, als Präkursor für Reichsämter bei offiziellen Gelegenheiten noch in der letzten Zeit hinzugezogen worden ist, diese Thatsache steht freilich fest, und sie giebt allein zu denken genug. Die Vertreter der Regierung begründen die Umsturzvorlage fast ausschließlich mit Präkursorien, welche im Auslande erschienen sind, und welche sich ausnahmslos als Produkte hirnverbrannter Halb- oder Ganznarren erweisen, oder als Erzeugnisse von Schuften, wie sie durch das Lockspiegel-System groß gezogen werden. So lange ein Mann wie Neuf in Reichsämtern noch offene Thüren findet, so lange werden die schönen Reden gegen die „anarchistischen Umsturzgefahren“ kaum allzu ernst genommen werden können. —

Das Dementi des Herrn v. Röll in der „Berliner Korrespondenz“ lautet:

Den Mittheilungen verschiedener Blätter gegenüber ist folgendes festzustellen. Als bei den gestrigen Beratungen in der Kommission des Reichstags über die sogenannte Umsturzvorlage der Name Neuf genannt wurde, bemerkte Minister v. Röll, daß er den Neuf kenne. Nachdem der Abgeordnete Bebel hieran Auslassungen über die frühere Thätigkeit des Neuf angeknüpft und von Dienten gesprochen hatte, welche Neuf dem Minister von Röll geleistet zu haben scheine, erklärte Herr von Röll, daß er den Neuf nur ein- oder zweimal gesehen habe, als Neuf sich bei ihm habe melden lassen; er hege Zweifel, ob er ihn wieder erkennen werde; Dienste irgend welcher Art habe er von Neuf niemals in Anspruch genommen, noch auch solche empfangen; ebensowenig habe er dem Neuf jemals irgend welche Aufträge erteilt.

Und noch einmal Herr Neuf. Einer längeren Zuschrift über den Lockspiegel Neuf entnehmen wir das folgende. Neuf soll gar nicht der richtige Name des Exilpatrioten sein, in London nannte er sich Royce, er hat außer den 450 M. Monatsgehalt von deutscher Seite, auch von der englischen Polizei für ihr geleistete Spionendienst Geld bezogen. In die Kreise hiesiger Journalisten, die im Café, Kaiserhof verkehrten, suchte er sich auch einzubringen. Diefelben veranlaßten aber den Leiter des Cafés, dieser anrüchigen Persönlichkeit gegenüber das Hausrecht zu wahren, ihm das Betreten des Cafés zu verbieten. Er soll durch seine Helfershelfer Crispi das Material zur Ausweisung Crimwald's, des Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ in Rom, aus Italien geliefert haben. Neben seiner spionistischen Thätigkeit im Interesse der deutschen Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte verfaßt er deutschfeindliche, sensationelle Berichte für die amerikanische Presse. Solches Gelichter informiert sich im Reichskanzleramt. —

Kandidatenüberschuß im Wahlkreise Schweseg-Schmalzkaden. Die Reaktionsäre haben nun außer dem bekannten Pastor Jstrant und dem Kolonialhelden und

Dörferverwüster Peters den Landgrafen Alex von Hessen aufgestellt. Derselbe ist politisch bisher nicht hervorgetreten, seine fürstliche Geburt hätte ihn, wäre 1866 nicht gewesen, vielleicht berechnen können, einen „Thron zu zieren“. Ob aber seine politische Begabung für die Ausübung eines Reichstagsmandates genügt, bleibt dahingestellt.

Wahlen zum sächsischen Landtage machen sich in diesem Jahre bis jetzt in 27 Wahlkreisen, und zwar in 12 städtischen und 15 ländlichen Wahlkreisen, erforderlich. In Leipzig erlischt das Mandat des Stadtverordneten-Vorsteher Schill, der im II. Kreise (Thonberg und innere Ostvorstadt) gewählt war. Dieser Kreis wird bei der diesjährigen Wahl hoffentlich von den Sozialdemokraten erobert werden. Ferner wird der IV. Wahlkreis (östliche Vororte) frei. Unser Genosse Pinski zog bekanntlich das Loos, das ihn zum Ausscheiden bestimmte. Pinski's Wiederwahl ist gesichert. In Dresden finden im II. und III. Bezirk Wahlen statt. Beide Mandate hatten bisher Gegner unserer Partei inne. In Chemnitz ist eine Wahl im II. Bezirk erforderlich, wo Genosse Seifert ausscheidet. Die übrigen zur Wahl kommenden städtischen Kreise sind die folgenden: Zittau, Bischofswerda, Großenhain, Dippoldiswalde, Vergiechshölzel, Köbels-Waldheim, Rochitz-Burgstädt, Grimschütz-Werda, Johannegeorgsstadt-Schwarzenberg. Diese Kreise waren mit Ausnahme von Grimschütz-Werda (Genosse Goldt) sämtlich von Gegnern unserer Partei vertreten. — Von den 15 zur Wahl kommenden ländlichen Kreisen waren Chemnitz (Land)-Limbach von Genossen Otto und Stollberg von Genossen Stolle in Meerane vertreten. Die übrigen durch Gegner vertretenen ländlichen Kreise sind: Zittau, Ebersbach-Löbau, Baugen, Neusalza-Schirgiswalde, Radeburg-Radeberg, Pirna-Königsstein, Sayda-Brand, Freiberg-Land, Frankenberg-Augustusburg, Reichenbach-Rixberg, Schwarzenberg-Eibenforst, Treuen-Plauen. — Außer den 5 Sozialdemokraten scheiden aus 14 Konservative, 3 Nationalliberale und 5 Kammerfortschrittler. —

Die „Germania“ schreibt über Herrn v. Stumm's letzte Redeleistung:

„Die Umsturzrede des Freiherrn v. Stumm — wir meinen die Rede, die Abg. Frhr. v. Stumm im Reichstage angehängt hat, thörichtlich aber gegen die Umsturzvorlage gehalten hat — ist von den Sozialdemokraten als ein so außerordentlich wirkungsvolles Material zur Bekämpfung der Umsturzvorlage erachtet worden, daß sie dieselbe in ihrem stenographischen Wortlaute unter den Arbeitern verbreiten wollen. Leider ist das erklährt; aber nicht verständlich ist es, wie ein amtliches Kreisblatt, nämlich die „Schweizer Ztg.“, die gleichzeitig als amtliches Kreisblatt für den Kreis Schwyz (Regierungsbezirk Martenwerder) gilt, die Stumm'sche Rede einem Berichte der „Pörsener Zeitung“ zufolge als Beilage weiteren Kreisen zugänglich zu machen sucht. Wie mag sich der „Vorwärts“ freuen, wenigstens für diesen Kreis Schwyz einer Agitation überhoben zu sein. Es weist doch auf ein sehr geringes Maß politischen Verständnisses hin, wenn man gerade die Rede des Freiherrn v. Stumm für geeignet hält, gegen die Sozialdemokratie zu wirken. Die Folgen einer solchen Rede werden im Kreis Schwyz und anderswo bei der nächsten Reichstagswahl ziffermäßig zu Tage treten.“ —

Die Formulare der Berufs- und Gewerbebezahlung vom 14. Juni 1895 werden von der „Leipziger Volks-Ztg.“ nun auch noch in einem Separatabdruck veröffentlicht. —

Nationalliberale Moral. Dieselben nationalliberalen Blätter, die seit Monaten ihren Eisenvorrath verbrauchen, um den Mohr Crispi sauber und weiß zu waschen, verrichten seit einiger Zeit dieselbe Arbeit an den „humanen“ Japanern, die zu bewundern, aus einem uns unbekannten Grund in Deutschland „national“ geworden ist. Bekanntlich haben die japanischen Soldaten nach der Einnahme von Port Arthur grauenhafte Verbrechen verübt, und zwar vier Tage lang. Jetzt erklärt nun irgend ein in Europa lebender Japaner auf Grund von „authentischen“ Privatmittheilungen, die einzigen nichtkämpfenden Personen, die auf chinesischer Seite getödtet worden, seien den weittragenden Augen der Japaner, die über die Festungswerke hinausflogen, zum Opfer gefallen, und die japanischen Soldaten seien hiervon aufs schmerzlichste ergriffen gewesen. Der Korrespondent des Londoner „Standard“ habe offenbar nur nach Hörensagen berichtet. Diese Zuschrift wird von unseren nationalliberalen Blättern triumphierend abgedruckt und als unumstößliche Wahrheit hingestellt. Es ist aber nicht Wahrheit, sondern verlogener Schwindel. Der Korrespondent des „Standard“ war bei den vierstündigen Meegeleien in Port Arthur persönlich zugegen und mußte

zusehen, wie vor seinen Augen die gräßlichsten Thaten verübt wurden. Hätte er sich gemüht, so wäre er auch erschossen und zerhackt worden, wie die armen wehrlosen Chinesen — Männer, Frauen und Kinder. Ein anderer Engländer, der Berichterstatter der „Times“, war ebenfalls zu jener Zeit in Port Arthur und bestätigt in allen Einzelheiten, was sein Kollege vom „Standard“ geschrieben.

Charakteristisch ist es jedenfalls, daß die Reinwaschung von Verbrechen und die Entschuldigung oder Ablenkung von Verbrechen „nationale Pflicht“ geworden ist. —

Zur kirchenpolitischen Gesehung Ungarns wird aus Budapest telegraphirt:

Die Regierung beschloß, die zwei noch nicht erledigten kirchenpolitischen Vorlagen noch in diesem Monat auf die Tagesordnung des Magnatenhauses zu stellen, wenn auch nicht auf eine große Majorität für dieselben zu rechnen sei. —

Ueber das schweizerische Anarchistengesetz schreibt unser Züricher Korrespondent:

Bei den Reichstags-Verhandlungen über die Umsturzvorlage ist von einem Vertheidiger derselben darauf hingewiesen worden, daß ja auch die Schweiz ein Ausnahmengesetz gegen die Anarchisten habe. Die Thatsache ist richtig. Wenn man sie aber zur Vertheidigung der Umsturzvorlage heranzieht, ist es nöthig, sie etwas näher zu beleuchten. Das schweizerische Anarchistengesetz ist in erster Linie ein Dynamitgesetz — seine ersten Artikel handeln nur von Sprengstoffen — welches Deutschland längst besitzt und in zweiter Linie richtet es sich gegen Auswanderung oder Anleitung zu Mordthaten gegen Personen oder Sachen, wie erinnerlich, keinerlei Mordthaten vorgenommen und auch wohl nicht zu erwarten sind, so scheinen uns heute noch wie im vorigen Sommer die Gründe für Erlass des schweizerischen Anarchistengesetzes rein diplomatische zu sein, die in der ganzen Rücksichtnahme der kleinen schweizerischen Demokratie auf ihre großmächtigen Nachbarn liegen, denen damit der Vorwand genommen wurde, die Schweiz als angenehmen Zufluchtsort für Mordthaten hinzustellen. Zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Staatssicherheit hatte man in der Schweiz schon zuvor, wie zahlreiche Aktionen und die Eröffnung des Bundesanwalts lehrt, die nöthigen gesetzlichen Handhaben und Mittel.

Das schweizerische Anarchistengesetz ist denn auch bis zur Stunde, trotzdem es bereits ein halbes Jahr in Kraft steht, noch nicht zur Anwendung gelangt und damit das Vertrauen des Volkes in die Behörden, daß sie mit dem neuen Gesetz keinen Mißbrauch treiben werden, voll auf gerechtfertigt. In anderen Ländern ist dieses schöne Bütchen des Volkes zu den Behörden schon so oft getäuscht worden, daß es nach und nach von tiefstem Mißtrauen erfüllt wurde. —

Der Befähigungsnachweis in der Schweiz. Unser Züricher Korrespondent schreibt uns:

Von der Borntheit und Unbelehrbarkeit gewisser Handwerkerkreise in Deutschland, die sich in die Forderung des Befähigungsnachweises fast unrettbar verrannt haben und mit dieser ihren Jber eine neue Speise von Axiomen darreichen, haben sich die schweizerischen Handwerker doch sehr vorteilhaft ab. Auf der letzten Delegiertenversammlung des schweizerischen Gewerbevereins, dem alle Meisterverbände angehören, und der 16 000 Mitglieder zählt, wurde auch der Befähigungsnachweis behandelt. Referent war der Redakteur der „Schweizer Schuttmacher-Zeitung“ (Meisterorgan), Herr Weill, der natürlich kein Sozialdemokrat ist. Er behandelte in sachlicher und objektiver Weise die von den deutschen Jnkstern an den Befähigungsnachweis geknüpften Erwartungen, die Frage seiner Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit und endlich die Frage, in welcher Weise sich ein Theil der Forderungen der Freunde des Befähigungsnachweises verwirklichen lasse. Der Referent bekämpfte den Befähigungsnachweis, wie er in Deutschland verlangt wird und sagte seinen Vortrag zum Schluß in folgende Resolution zusammen.

1. Der Befähigungsnachweis ist in den heutigen Zeitverhältnissen weder praktisch durchführbar, noch kann von ihm die Hebung des Handwerkerstandes oder die bessere Sicherstellung seiner Existenz erwartet werden. Die mit dem Befähigungsnachweis notwendige verbundene scharfe Abgrenzung der einzelnen Gewerbe führt nur zu endlosen Streitigkeiten unter verwandten Gewerben und hemmt die freie Entfaltung der vorwärts strebenden Handwerker, während Großindustrie und Kapital sich auf Kosten des Kleingewerbes weiter entwickeln können. Der schweizerische Gewerbeverein kann deshalb die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises nicht empfehlen.

2. Die mit der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises bedachte Bekämpfung der Pfsucherei und gewissenlosen Konkurrenz im Handwerk läßt sich besser erzielen einerseits durch Hebung der Berufstätigkeit und durch festes Zusammenhalten der Meisterchaft, andererseits durch gesetzliche Vorschriften gegen unethische Anpreisungen und Vorspiegelungen, schwindelhafte Ausverläufe u. dergl.

Journalisten zugefügte Beleidigung nicht ohne weiteres passiren lassen. Aber man mußte das Eisen schmieden, so lange es heiß sei. Er hätte eine Menge Sänge und Besorgungen vor; noch heute Abend wollte er mehrere Briefe schreiben und morgen früh hätte er eine Fahrt durch die Stadt zu machen.

Steh aber nicht zu so ungewohnter Stunde auf, sagte er lachend. Das ist nicht nöthig, ich werde Dir im Bett guten Morgen sagen.

Unter dem Vorwand, daß er zu arbeiten hätte, trieb er sie in ihr Schlafzimmer und lästete sie zärtlicher als gewöhnlich. Sie war darüber nicht weiter erstaunt. War es nicht natürlich, daß man sich in einer so schwierigen Zeit um so enger aneinander schloß?

Als René allein geblieben war, stützte er die Arme auf seinen Schreibtisch, und wie der Wanderer an der Biegung eines Weges stehen bleibt, um einen Blick auf die schmale hinter ihm aufgerollte Straße zu werfen, so ließ er schnell die flüchtigen Eindrücke, aus denen sein Leben sich zusammenfetzte, an seinem Geiste Revue passiren. Er sah unter einem grauen Himmel, an dem nur ganz in der Ferne etwas blauer Aar hindurchschimmerte, welke Blätter emporwirbeln, die seine verdorrten Hoffnungen waren. Wie war das alles schon fern, dort unten am Horizont, das Flecken blauen Himmels und die blühenden Bäume und Gräser seiner glücklichen Kindheit. Ueber seinem Haupte nichts als große, schwarze Wolken! Um ihn her entlaubte Bäume, kahle, nackte Haide, ein langer Zug von launlichen Schattten mit unbestimmten Gestalten, die gleichgültig vorüberstritten. Leute, denen er im Leben begegnet war, Gefährten des Zufalls! Und er selbst mitten unter ihnen, ermüdet, verkannt, verabschiedet, zu ewigen Mißerfolgen verurtheilt, weil er das schweigsame, biegsame Wesen berer, die ihn umgaben, nicht annehmen wollte!

(Fortsetzung folgt.)

Johannes Wedde.

Ein Gedichtblatt von M. Wittich.

(Schluß.)

In quälenden Zweifeln, im Schwanken zwischen Glauben und Wissen brachte dem Jüngling dieses Studium eine kräftige gesunde Ableitung und erwünschte Klärung. Im Jenz 1862 zog Wedde als Student nach Alt-Heidelberg, wo er, wie dann später in Berlin und Göttingen, Geschichte, schöne Wissenschaften, dann Staatswissenschaften und Volkswirtschaftslehre eifrig studierte. Die Zuwendung zu den nüchternen, trockenen sozialpolitischen Studien war die Folge liebevollen Theilnehmens an den Geschicken des deutschen Volkes und auferlegenden Verfolgens der Vorgänge im öffentlichen Leben der Gegenwart. An seine Schwester schrieb er damals: „Ich habe mein bisheriges Studium aufgegeben. Von alten Sagen und Geschichten, und wie es in der grauen Urzeit gewesen ist, will ich nun nichts mehr wissen (so doch!) und ganz das findiren, was nöthig ist, einen Staat zu regieren: Politik, Staatsrecht, neuere Staatsgeschichte, Statistik, Völkerrecht u. s. w. Es ist das lange nicht so interessant, wie Untersuchungen über Arian und Achilles, und Siegfried (die Helden der persischen, griechischen und deutschen Sage), aber es ist nützlicher fürs Leben.“ In diesem Drang von neuer Arbeit des Wahrheitsfindens traf ihn der Schlag, seine geliebte Mutter zu verlieren, die am 21. Mai 1865 starb; auch einen idyllischen Freund mußte er begraben und nun einen langen Kampf ums Dasein aufnehmen. Durch Stundengeben mußte das tägliche Brot gewonnen werden, bis es dem gemüthlichsten Dichter gelang, an Schulen, deren Ton mehr seinen Gepflogenheiten entsprach, eine Wirklichkeit zu finden.

Die großen Umwälzungen von 1870 und den folgenden Jahren lebte er mit tiefer Erschütterung und Theilnahme mit seinem Volke durch. Ausflucht auf Piesberg eröffnete sich ihm, aber bange Zweifel darüber, ob er ein zweites Leben in sein zur Zeit noch unfernes Gesicht verwickeln dürfe, ließen ihn unter tiefen Schmerzen entsagen, das entscheidende Particualwort nicht sprechen. Dazu kam weiter das alte deutsche Dichter- und Denkerweb, das Wedde den Entzwei absperrte: Es trempelt mir immer den Wagen um, wenn ich so flane Artikel schreiben soll; wollte ich aber schreiben ohne Nachhalt, so würde es gar zu unzeitgemäß.

Wedde's Liebe zu deutscher Art und Kunst war Liebe zum Volke, kein träumerischer Romantiker war dieser seine nachempfindende Kenner deutschen Alterthums, sondern ein Mann des Handelns, der That, des Handelns gemeinsam mit der zu Selbstbewußtsein und zielbewußtem Streben erwachten Arbeiter-schaft.

Später kam der Jammer des jämmerlichen Sozialisten-Ausnahmengesetzes, der den feinsinnlichen Wirtträger fremden Schmerzes schon tief erregte, bevor er selbst der Ausweisung aus Hamburg verfiel.

Und auch an der Gesundheit Wedde's nagten die neuen Unglückschläge und Schmerzen. Ein Nervenfieber bedrohte ihn, nachdem in einer eiskalten Dezemberrnacht 1879 seine ganze Habe, seine zahlreichen Manuskripte, das Ergebnis langjähriger Arbeit, Bücher im Werth von Tausenden, bei einem Hausbrande vernichtet worden waren.

Mit dem Vater hatte sich seit 1875 ein leidliches Verhältnis wieder angespannen, das ihm tröstlich ward, noch mehr aber hielt ihn die „thätige Geduld“ aufrecht, jenes kräftige Altheilmittel, dessen Segen ja auch das gesamte deutsche Proletariat so oft als einzigen Heilungsanker fand und suchte.

Und da entzog er sich nicht seinem Volke; er nahm auf den Kampf gegen die brutalen Mächte des wirklichen und abfichtlichen Mißvernehmens und fast unberechenbaren Polizeimaßregeln auf, wobei so viel Unverstand und so viel Pöffe und Stöße hingenommen werden mußten: Wedde ward 1881 Redakteur der „Hamburger Bürgerzeitung“.

Da erwachte ihm auch das Glück der Liebe; am 11. Mai 1885 reichte ihm seine Verlobte, Auguste Ries, die Hand zum Lebensbunde und ward ihm zum höchsten Segen, zu dem ein Weib dem Manne werden kann, verhältnißvolle, treue Mittämperin, wie sie uns so manches herrliche Lied Wedde's schildert.

Sollen wir von seinem Wirken in Rede und Schrift viel reden, das dem Zwecke gewidmet war, daß die Wahrheit, zur Zeit das Vorrecht weniger, das theuerste Gut aller würde? Und doch verfiel die „Bürger-Zeitung“ der Unterdrückung am 20. September 1887, und zehn Tage danach ihr Leiter der Ausweisung.

Wedde wandte sich nach Lübeck und verlor den Lebens- und Kampfesmuth nicht, er glaubte unerschütterlich an den endlichen Sieg des Vernünftigen. Im Mai ward ihm ein Töchterchen geboren, und frohgemuht zog Wedde als einer der deutschen Arbeiter-

3. Meisterprüfungen dürfen gleich den Lehrlingsprüfungen insoweit einen idealen Nutzen haben, als das Bemühen um den Titel „Geprüfter Meister“ die jungen Handwerker zu Fleiß und Ertüchtung anspornt, ihre Freude zum Beruf und zur Arbeit beleben und dem als Berufsamt besessenen Handwerksmeister mehr Achtung und Vertrauen erwerben können. Eine rechtliche Bedeutung wird aber den Meisterprüfungen schon deshalb nicht zuerkannt werden, weil das Schweizervolk kaum jemals einem Gesetz seine Zustimmung gäbe, das die längst abgeschafften Vorrechte einzelner Stände oder Bürger wieder einzufristen wollte.

4. Der schweizerische Gewerbeverein wird, indem er die Bestrebungen zur Erlangung eines schweizerischen Gewerbegesetzes unablässig fortsetzt, auch die vorerwähnten Fragen näher prüfen und dabei seine Wünsche in diesem Sinne zur Geltung bringen.

Die Versammlung beschloß, diese Anträge den Vereinstellungen zur Diskussion zu unterbreiten.

Aus dem Vortrage des Herrn Meili ist noch zu erwähnen, daß er die Fachschulen und Lehrverhältnisse für die berufliche Ausbildung empfiehlt und im Publikum die letzte Instanz anerkennt, die über die Befähigung des Handwerkers urteilt. Bei solchen herrschenden Anschauungen länden die deutschen Rüstler in der Schweiz nirgends auch nur den kleinsten Boden für ihre reaktionären „Umtriebe“.

Ueber den Militarismus in der Schweiz wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit stehen in der Schweiz militärische Fragen zur Diskussion. Der Stabschef der Gottharddivision, Major Gertsch, ist im verflochtenen Jahre wegen zu schneller Behandlung der ihm untergebenen Truppen vom Militärdepartement in Bern bestraft worden und diese Strafe hat den Herrn so wild gemacht, daß er kürzlich in einem in Zürich gehaltenen Vortrage, der jetzt im Druck als Broschüre erschienen ist, die Schweiz vor die Alternative stellte: Disziplin oder Abrüstung! Unter Disziplin versteht Herr Gertsch die preussische Schneidigkeit und da diese glücklicherweise noch nicht Gemeingut der schweizerischen Milizarmee geworden ist, so schimpft er, daß sie überhaupt keine Disziplin habe, sie müsse aber Disziplin, d. h. befugte schneidige Disziplin haben und wolle man diese in der Schweiz nicht, so sei die Armee ihrer Aufgabe nicht gewachsen und man könne dann abrüsten! — Außer einigen wenigen, ebenso schneidigen, Kameraden hat aber Herr Gertsch keine Bundesgenossen gefunden, dagegen haben sich in allen Militärkreisen zahlreiche Kritiker gegen das ebenso ungerechtfertigte wie unqualifizierbare Treiben des unzufriedenen Herrn gewendet. Es wird ihm entgegengehalten, daß den seltenen Fällen von Indisziplin in der schweizerischen Armee zahlreiche berartige Fälle in den stehenden Heeren der Militärländer gegenüberstehen und daß in der Schweiz die weitaus größte Zahl solcher Vorkommnisse verschuldet werde durch einzelne unsfähige und deshalb hülfpflichtige Offiziere. Die militärische Disziplin in der Schweiz gründet sich auf gegenseitige Achtung, welche nur aus dem Vertrauen auf die Führung, aus der gegenseitigen treuen Pflichterfüllung, aus der Strenge gegen sich selbst und einer anhänglichen Behandlung hervorgeht.

Herr Gertsch scheint auch unzufrieden zu sein mit der Haltung der schweizerischen Miliztruppen bei Aufgebot wegen innerer Unruhen — z. B. Zeltlager Revolution —, wo noch immer durch Laiz, Ruhe und Selbsttätigkeit unnötiges Vergießen von Bürgerblut zu verhindern versucht wurde, offenbar sehr zum Aerger von Seiten vom Schlage Gertschs.

Selbstverständlich ist dieser Gertsch auch ein grimmiger Feind der Presse. Er schimpft ganz in der Art gewisser deutscher Reaktionäre über die „Pressefreiheit“ und er macht aus lauter Patriotismus den menschenfreundlichen Vorschlag — den er als Pflicht der Behörden bezeichnet —, im Falle eines Krieges die Presse mit Beschlag zu legen und mit der Mobilmachung die gefährlichsten Journalisten im Interesse des militärischen Geheimnisses hinter Schloß und Riegel zu stecken bis nach Beendigung des Krieges.

Zurückzuführen ist diese Sucht nach Schneidigkeit bei einzelnen schweizerischen Berufsoffizieren — Instruktoren — auf ihr längeres Verweilen in ausländischen Armeen, wobei sie vom Bundesrat kommandiert werden und wo sie nach den Erfahrungen hauptsächlich die Schneidigkeit des Deutschen zu verpfeifen. Unserem ganzen Volksschutze und der Manneswürde ist diese Schneidigkeit zuwiderlaufend, erklärt ein Hauptmann in einem angesehenen Blatte und ein anderes Blatt erklärt mit Pünktlichkeit: „Angeht die unserer Armees drohenden Durchschauung mit dem Hinterschütten des Giftes der epidemisch auftretenden Majorität (zu deutsch: Disziplinarmut) dürfte es am Platze sein, daß das Militär-Departement den Oberfeldarzt mit der vorzüglichen Impfung aller disziplinärwunderthätigen Instruktoren- und Festungs-Offiziere beauftragte. Die Impfung wäre auf dem Schreibarm vorzunehmen.“

Herr Gertsch wird zu seinem Schmerze erleben müssen, daß in der Schweiz weder die von ihm gemeinte Disziplin eingeführt

*) Wäre der Fall „Fuchsmühl“ in der Schweiz denkbar, so wäre er in diesem Lande ohne Vergießen auch nur eines Blutstropfens erledigt worden.

vertreter zu dem internationalen Kongreß nach Paris zur 100jährigen Gedächtnisfeier der großen französischen Revolution im Jahre 1890. Der je einem solchen Vorkommnisse thätig beigewohnt, mitgedacht und mitgeföhlt, mitgearbeitet hat mit ganzem Herzen, mag er wissen, wie tiefenwundend seine Tage auf die seine Organisation Wedde's wirken, der sein Ermatten fange. — Eine inübergraffende Zustimmung raste ihn denn leichter hinweg, als es wohl sonst geschehen wäre.

Wit philosophischer Geistesart und inniger Dankbarkeit für jede liebevolle Handreichung treuer Pflege harnte der Kranke aus bis zu seiner Erlösung in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 1890.

Am 16. Januar konnten tausende von unseren Arbeiterbrüdern sagen:

Sie haben
Einen guten Mann begraben,
Doch uns war er mehr!

Und er ist nicht und bleibt unser! Möchte bald die Zeit kommen, wo alle, auch die Schwierigeren, so gedankentiefen Arbeiten werden können. Aber auch des Gemeinverständlichen ist die Hülle und Fülle vorhanden bei ihm zu Lehre und Trost, Genuß und Freude. Gedulde wir nur der Bearbeitung des rechten und rechten Volksbuches unseres Freundes Theodor Schwarz: „Das alte Ländchen“.

Dieses Werk ist symbolisch für Wedde's Leben und Wirken: Der tiefgeliebte Mann der Wissenschaft und der Sohn der Arbeit zeichnen sich hier die Hand, etwas Erstrebliches und Erhebendes zu schaffen; so hat er der Partei des arbeitenden Volkes seine Hand, sein Herz, sein ganzes Wesen. Möge der von ihm gestreute Samen herrlich aufgehen, damit die Zeit näher gerückt werde, von der er im Schlußverse seiner Sozialistenbeichte singt:

Doch wenn die schwere Stunde
Dann glücklich zog vorbei,
Wenn die Erlösungstunde,
Daß alle gleich und frei
Von Band zu Land wird dringen,
Vertilgend Gram und Wahn,
Dann woll'n wir jubelnd singen:
Daß haben wir gethan!

noch abgerufen wird; dagegen muß er sich mit Recht sagen lassen, daß sein Treiben die nötige Disziplin vermissen lasse und in erster Linie er selbst mehr von diesem Artikel sich aneignen möge!

Die französische Ministerkrise ist noch immer nicht beendet. Bourgeois setzt seine Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts fort.

Das Parteiprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, so, wie es durch eine Kommission, bestehend aus den Genossen Uelsdingen, Troelstra, van Kol, Stiegen und van der Goot, ausgearbeitet worden ist, ist jetzt zur Diskussion gestellt.

Der gringste Teil lautet etwa folgendermaßen:
„Die Entwicklung der Gesellschaft hat zur kapitalistischen Produktionsweise geführt, wobei der Boden und andere Arbeitsmittel sich in Händen einzelner Personen befinden gegenüber welchen sich die Klasse der Besitzlosen befindet, welche von der Klasse der Besitzer ganz und gar abhängig ist.“

Die kapitalistische Produktionsweise hat den Erfolg, daß die besitzende Klasse sich stets mehr bereichert auf Kosten der Nicht-Besitzenden, welche sich an Zahl ständig vermehren, wie auch ihre Armut ständig wächst, — ebenso wie die Mitglieder des untergehenden Mittelstandes bei der Unmöglichkeit, mit dem Großkapital zu konkurrieren, ihren Kleinbesitz verlieren und mehr und mehr zu Proletariern werden.

Zunehmende Arbeitslosigkeit gegenüber übermäßigem langem Arbeitsstage; Mangel an Kaufkraft bei der Masse; die schnelle Vermehrung der Krisen beweisen, daß unter dem gegenwärtigen System der Privatproduktionsweise, die Menschheit die Produktion nicht mehr beherrschen kann.

Nebst diesen Kennzeichen vom Untergang der bestehenden Produktionsweise führen die schnelle Konzentration aller Arbeitsmittel in immer weniger Händen und die Notwendigkeit, die Maschinen im größten Maßstab anzuwenden, notwendig zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion, zur sozialistischen Gesellschaft.

Unter dem Einfluß dieser ökonomischen Revolution hat sich das Proletariat vereinigt zu dem Zweck, das Zustandekommen der sozialistischen Produktionsweise zu befördern.

Bei diesem Bestreben stößt es aber auf den Widerstand der besitzenden Klasse, welche die Staatsmacht benützt, um die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu erhalten, wobei sie sich auf den Teil des Proletariats stützt, der noch nicht zum Bewußtsein seiner Aufgabe als revolutionäre Klasse gekommen ist.

Hieraus hat sich der Klassenkampf entwickelt, welcher sich sowohl offenbart in dem Kampfe der Arbeiterpartei um die politische Macht und die Erwerbung des Klassenbewußtseins bei den Arbeitern, wie auch in dem Kampfe der Fachvereine gegen das Unternehmertum zur Erlangung besserer Lebensbedingungen.

Es ist die internationale Sozialdemokratie, in der sich die Arbeiter der ganzen Welt, die zum Bewußtsein ihrer Aufgabe im Klassenkampf gekommen sind, organisiert haben.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande stellt sich die Aufgabe, auch das niederländische Proletariat für diesen internationalen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren.

Sie will dabei so viel wie möglich jede ökonomische oder politische Bewegung der Arbeiter zur Erlangung besserer Lebensbedingungen in der Art unterstützen, daß dadurch ihr Klassenbewußtsein aufgeweckt und ihre Macht der besitzenden Klasse gegenüber gestärkt wird.

Solange es den Arbeitern noch nicht möglich ist, die Staatsmacht in die Hand zu nehmen, werden sie versuchen, alle politischen Rechte zu erobern und zu benutzen, sowohl um das Proletariat zum Klassenkampf zu organisieren, als auch um Einfluß zu erlangen auf die Gesetzgebung zur Einführung unmittelbarer Verbesserungen im Zustand der besitzenden Klasse, sowie endlich zur Beförderung der ökonomischen Revolution.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, stellt die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Niederland die folgenden Forderungen: (Folgen die verschiedenen Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht, Arbeiterrecht etc.)

Der erste Kongreß der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ Hollands wird zu Oister in Deventer abgehalten werden.

Die Parteileitung hat ein Flugblatt in 60 000 Exemplaren vertheilen lassen.

Ein Zollkrieg zwischen Bulgarien und Oesterreich steht bevor. Bulgarien hat die ausländischen Waaren außer mit den Böllen noch mit einer Kasse (einer inneren indirekten Verbrauchssteuer) belegt. Dagegen protestiert das österreichische Kabinett und droht mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, worauf Bulgarien mit der Drohung eines näheren Anschlusses an Rußland antwortete.

Der Streikfall zwischen der Türkei und England (siehe die Depechen aus Konstantinopel in der letzten Nummer) ist rasch aufgehoben worden. Es wird nämlich aus Konstantinopel gemeldet:

Infolge der von dem britischen Botschafter Currie wegen der Verhaftung des Direktors der britischen Postverwaltung, Cobb, erhobenen Vorstellungen ist an die Postkassette ein Entschuldigungs schreiben gerichtet worden, durch welches die Angelegenheit beigelegt ist.

Zur griechischen Ministerkrise liegen die folgenden Drahtmeldungen aus Athen vor:

Die heutige Audienz Trikupis' beim Könige dauerte anderthalb Stunden. Trikupis erhob besonders darüber Vorstellungen, daß der König dem Kronprinzen gestattet habe, bei den Versammlungen am Sonntag als Befehlshaber der Garnison von Athen den Truppen und der Polizei zu befehlen, daß dieselben die Reden, welche dort gehalten werden, nicht unterbrechen und sich jedes gewaltsamen Eingreifens enthalten sollten. Das Verhalten des Kronprinzen ist vom Volke mit großer Begeisterung aufgenommen worden.

Eine Gruppe von Manifestanten zog heute Abend vor das Haus des früheren Ministerpräsidenten Delannais. Derselbe trat auf den Balkon und hielt eine Ansprache, worin er sagte, die eingetretene Krise sei nicht bloß eine ministerielle, sondern eine politische überhaupt. Er schloß seine Rede mit dem Rufe: „Es lebe der König!“

Die Zeitung „Afta“ jagt bei Darlegung der Gründe, welche Trikupis zur Demission bestimmten, die Anwesenheit des Kronprinzen bei den Versammlungen vom letzten Sonntag habe bisher kein Beispiel und bedeute den Ausdruck der Mißbilligung einer Regierung gegenüber, welche allein für die öffentliche Ordnung verantwortlich war. Von einer solchen Mißtrauensstimmung habe das Kabinett, obwohl es sich der Schwere der durch sein Entlassungsgesuch geschaffenen Lage bewußt war, sich zum Rücktritte verpflichtet gesehen.

Strassenbahnstreik in New York. Auch beim jetzigen Strassenbahnstreik machen die Behörden wieder ihren Einfluß zu gunsten der Arbeiter geltend. Die Polizeimannschaften sollen nämlich einige Sympathie für die ausländischen Strassenbahnbediensteten bewiesen haben, und da hat der Chef der Polizei schleunigst eine Bekanntmachung erlassen, daß jeder Polizist, der nicht vollkommen seine Pflicht thut, entlassen werde. Am Dienstag Abend wurde ein bei den Unruhen untheiliger Zuschauer von der Witz erschossen.

Der nordamerikanische Differentialzoll auf Zucker.

Aus Washington wird telegraphiert:
Der Bericht des Ausschusses für Mittel und Wege empfiehlt dem Repräsentantenhaus die Annahme der Vorlage betreffend die Abschaffung des Differentialzolls auf Zucker.

Gegen die Eisenbahnkarteile richtet sich ein Beschluß der Handelskommission des Senats der Vereinigten Staaten. Dieselbe beschloß an den Senat die Bill, wodurch die Vereinigung von Eisenbahn-Gesellschaften gestattet wird um eine einheitliche Konkurrenz zu vermeiden, unverändert zurückzuweisen.

Zur Präsidentenkrise in Argentinien wird aus Buenos Ayres telegraphiert:

Präsident Saenz Pena hat dem Kongreß seine Demission eingekandt. Der Kongreß hat den Vizepräsidenten Uriburu zum Nachfolger Saenz Pena's proklamiert. In der Botschaft, mit welcher Saenz Pena seine Demission anzeigt, erklärt er, er nehme seine Entlassung, weil er die verlangte allgemeine Amnestie für eine wahre Aufforderung zur militärischen Anarchie und für eine Discreditierung der Nation halte.

Parlamentarisches.

In der Umsturz-Kommission wurde heute zu Beginn der Sitzung zunächst in die Abstimmung über den § 111 der Vorlage eingetreten. In demselben lagen zwei Amendements der Abgeordneten Leuzmann und Spahn vor. Dieselben gehen dahin, neben Gefängnis auch noch Geldstrafen im Betrage von 600 M. resp. 2000 M. zuzulassen. In eventueller Abstimmung wurden die Amendements mit 12 gegen 13 Stimmen abgelehnt und darauf der ganze Paragraph der Vorlage mit 14 gegen 12 Stimmen verworfen. Die Kommission trat hierauf in die Verhandlungen über den § 111a der Vorlage ein. Begründet wurde derselbe wieder von dem Geheimrath v. Sedendorf.

Zu dem § 111a liegt ein Antrag des Abg. Dr. Barth vor, dessen Inhalt unsere Leser aus der letzten Nummer des „Vorwärts“ kennen.

Der Regierungsvertreter begründet im Laufe seiner Rede den neuen Paragraphen besonders mit der sich häufenden Rechtfertigung von Attentaten durch die in wie ausländische sozialdemokratische Presse. Unter anderem zitierte Redner ein Bild des „Wahren Jakob“, das die Aufschrift trägt: „Gelegnet sei die Bombe“. Daß dieses Zitat dem „Figaro“ entnommen ist, und daß die Tendenz des Bildes im „Wahren Jakob“ dahin ging, zu zeigen wie die anarchoistische „Propaganda der That“ nur dazu diene, die realen Zwecke der herrschenden Klassen zu fördern, das verschwiegen der Herr Geheimrath. Als aber später unser Genosse Auer diese Thatfache konstatierte, da erklärten die Herren Regierungsvertreter, die betreffende Nummer des „Wahren Jakob“ liege ihnen nicht vor, sondern sie folgen in ihren Mittheilungen nur den Angaben einer rheinischen Staatsanwaltschaft. Weiter wurden wieder Zitate aus der „Freiheit“ und einigen anarchoistischen Versammlungen vorgetragen. So soll in Dresden eine Versammlung aufgefordert worden sein, weil ein Redner gesagt habe: „Garnot habe den verdienten Lohn empfangen.“ Ein anderer Redner in Altona soll gesagt haben: Der Anarchist entschuldige alles, auch Diebstahl und Mord. Auch ein Blatt „Die Wache“, das in Elberfeld gesunden worden ist und dessen Herausgeber sich den Zug machen, die Drucker der „Nat.-Ztg.“ als Versteckort anzugeben, wurde angeführt.

Der Inhalt des in London gedruckten Blattes verfährt so gesehen von seinem sonstigen geradezu unflüchtigen Inhalt so ziemlich gegen sämtliche Paragraphen des Strafgesetzes, und um dasselbe zu verfolgen, bedarf es wahrlich keines neuen Paragraphen.

Nach dem Vortrage des Herrn Geheimen Rath v. Sedendorf entspann sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, welche stellenweise einen sehr erregten Charakter annahm und die veranlaßt wurde durch ein Monita, welches der Herr Minister von Köller gegen das von unserem Genossen Frohne abgefaßte Protokoll der letzten Montagssitzung der Kommission erhob. Die monierte Stelle bezog sich auf die Aeußerung des Herrn Ministers über den Lockspiegel Reuß. v. Köller bestritt, daß er, wie Frohne niederschrieb, in bezug auf Reuß gesagt habe: „Die Regierung ließe allerdings von ihm sich Mittheilungen machen.“ Der Herr Minister, welcher die übrigen Sätze des Protokolls, auch die, daß Reuß bei ihm (Köller) gewesen sei, daß ersterer lange genug bei den Anarchisten im „warmen Neste“ gewesen habe etc., als richtig zugab, verneinte zunächst, daß er überhaupt von der Regierung und von Mittheilungen, die diese durch Reuß erhalten, gesprochen habe. Dem Minister sekundirten die Herren Enneccerus, von Stumm und der Vorsitzende der Kommission, Dr. Böttcher. Der letztere wählte dabei eine Form, des Ausdrucks, hinter der der Vorwurf der Protokollfälschung schlecht verdeckt war.

Frohne verwahrte sich in der entschiedensten Weise dagegen, Aeußerungen niedergeschrieben zu haben, welche nicht gefallen seien. Besonders wies er darauf hin, was denn die nicht bestrittene Angabe des Herrn Ministers, daß Reuß „lange genug im warmen Neste“ bei den Anarchisten gewesen habe, für einen Sinn haben sollte, wenn nicht den, daß derselbe dadurch in die Lage versetzt sei, Mittheilungen machen zu können? Frohne erklärte weiter, nach diesem Vorkommnisse seinen Schriftführerposten niederlegen zu müssen. Von den Abgeordneten Bebel und Auer wurde konstatiert, daß der Herr Minister allerdings von Mittheilungen gesprochen habe, welche Reuß geliefert und zwar habe der Minister diese Aeußerung gethan im Zusammenhang mit den Worten vom dem „warmen Neste“, in dem Reuß sich „lange genug“ bei den Anarchisten befunden habe. Ebenso konstatierte der Abg. Gläpden (L.) ebenfalls Schriftführer der Kommission, daß auch er ein „Opfer des Mißverständnisses“ geworden sei. Er habe aus der Rede des Herrn Ministers u. a. in bezug auf Reuß die Worte notirt: „aber manches erzählt man von ihm, der lange genug bei ihnen im warmen Neste gewesen hat.“

Der Herr Minister versuchte nun den Vorgang dahin aufzuklären, daß, wenn er von Mittheilungen gesprochen habe, er damit nur die Unterhaltung gemeint haben kann, welche er mit Reuß gelegentlich seines Besuchs gepflogen hat. Dabei habe es sich aber nur darum gehandelt, daß Reuß sich bewußt fühlte, weil Senger im Reichstage ihn im Zusammenhang mit dem Hadieschen Attentat genannt habe. Herr v. Köller betonte wiederholt, daß er Reuß nur dies eine Mal gesehen und daß er weitere Mittheilungen von ihm nicht erhalten habe. Eine entsprechende Erklärung des Herrn Ministers wurde zu Protokoll genommen.

Im Zusammenhang mit diesem Zwischenfalle war vom Vorsitzenden und dem Minister Köller angeregt worden, Stenographen zur Aufnahme der Verhandlungen beizugeben. Bebel schloß sich diesem Antrage an. Die Anregung wurde schließlich aber wieder fallen gelassen.

Auf das auch heute wieder gestellte Verlangen, das Beweismaterial zu vervielfältigen und den Kommissionsmitgliedern zugänglich zu machen, erklärte Herr v. Köller, unter Vorbehalt eventuell bestimmt zu bezeichnen der Ausnahmen, sich bereit, wenn es verlangt werde, von ihm vorgebrachte Schriftstücke zur Vervielfältigung zur Verfügung zu stellen. Die Herren vom Reichs-Justizamt dagegen wollen nur auf besonderes Verlangen Einblick in ihr Material gestatten. Schließlich wurde beschlossen, alle zur Begründung vorgetragenen Materialien dem Protokolle einzuverleiben.

Mittlerweile war die Zeit für die Eröffnung des Plenums herangerückt und die Sitzung mußte geschlossen werden, ohne daß die Kommission in die Verhandlung des § 111a eintreten konnte. Die nächste Sitzung findet Freitag vormittag 10 Uhr statt.

Petitionen an den Reichstag. Dem Reichstag ist wiederum eine große Anzahl von Petitionen zugegangen und über diese steht das dritte Verzeichnis erschienen. An erster Stelle steht eine von ca. 70 landwirtschaftlichen Vereinen eingeleitete Petition um Einberufung einer internationalen Münzkonferenz zur Lösung der Silberfrage. Eine Reihe von Petitionen verlangt die kommunale Besteuerung des Weins, mehrere beziehen sich auf die Margarine-Fabrikation. Eine größere Anzahl von Petitionen wünscht, daß man keine Veränderung an dem Tabakzoll vornehme. Viele Petenten ersuchen um Aufhebung des Impfwanges. Mehrfach wird gegen die Umsturzvorlage protestiert, wie auch sonst noch sehr viele Petitionen eingegangen sind, die sich auf die verschiedenartigsten Gegenstände beziehen und meistens von einzelnen Personen eingereicht worden sind.

Lütticher Anarchisten-Prozess.

(Sitzung vom Dienstag.)

Uvedeyd, Generaldirektor der politischen Polizei in Amsterdam, erklärt, mit dem russischen Konsul in Amsterdam in Verbindung getreten zu sein. Derselbe habe ihm gesagt, daß ein Mann namens Stein zu ihm gekommen sei und einen auf den Namen Jagoffsky ausstellten Paß vorgezeigt und ihm anvertraut habe, daß er ein Agent der russischen Polizei sei, der beauftragt wäre, die Anarchisten in ganz Europa zu überwachen, daß dieser auch bezüglich der Lütticher Attentate auf dem Laufenden sei. Der Konsul war mißtrauisch und habe sich geweigert, den Paß mit dem Bismarck zu versehen, habe aber erst 8 Tage später der Sicherheitspolizei berichtet.

In Lüttich habe man von diesem Bericht Mitteilung bekommen und habe einen Mann namens Aubert verhaftet, der dann erklärt habe, daß er den Russen während zweier Tage, am 3. und 4. Mai, bei sich aufgenommen habe, daß der Russe geflohen und gar keine Aussicht sei, ihn zu finden.

Jagoffsky habe sich wegen Schutz an den russischen Konsul gewandt; derselbe habe sich aber geweigert.

Oberstaatsanwalt Delvaide fragt, warum der Polizei nicht zeitig genug Mitteilung gemacht wurde.

Der Zeuge erklärt, daß, wenn er zum dritten Male zurückgekommen wäre, die Polizei ihn verhaftet hätte. Der Präsident dankt dem Zeugen für die Unterstützung der belgischen Justiz.

Hierauf wird ein Mitglied der russischen Justiz vernommen, der den falschen Baron gekannt hat und von diesem gefragt worden ist, wie man explosive Stoffe fabriziere. Er habe ihn für einen russischen Spion gehalten und habe dies auch seinen Kameraden mitgeteilt, welche ihm hierauf mit Mißtrauen entgegengekommen sind.

Die Aussagen einer Reihe von Zeugen sind ohne weiteres Interesse.

Am Schluß des Verhörs erklärt der Rechtsanwalt Bejeune, daß die Art, wie Arnold von einem Unterkommissar verhaftet wurde, durchaus ungerechtfertigt gewesen sei.

Nachmittags-Sitzung.

Den Verteidigern, welche vormittags eine Reihe von Aufstellungen gemacht haben, theilt der Präsident mit, daß er von denselben Kenntniß genommen habe.

In der Untersuchung hat eine Hotelbesitzerin erklärt, daß sie Westkamp bestimmt wiedererkennen würde. Heute erklärt sie sich nicht so sicher und zögert, Westkamp wiederzuerkennen. Westkamp erklärt, niemals in Maastricht gewesen zu sein.

Crollat, Unterstaatssekretär in Maastricht, erkennt Müller wieder, dagegen erkennt er Westkamp nicht. Ein ihm gezeigtes Bild Westkamp's scheint ihn an eine Person zu erinnern, die er in Maastricht gesehen hat.

Westkamp erklärt, sich auf dem Bilde nicht wieder zu erkennen. (Große Heiterkeit.)

Auf die Frage an den Zeugen, welchen Eindruck Westkamp auf ihn gemacht habe, erklärt dieser, daß ihm Westkamp nicht nach viel ausgefallen habe.

Quoiden ein Fuhrhalter zu Biff und einer seiner Kutscher erkennen Müller wieder, welcher am 28. April mit dem Russen zu ihnen gekommen sei, um einen Wagen zu mieten, den sie zu einer Fahrt nach Maastricht benötigten.

Grunewald, Bahnangestellter zu Maastricht, hat am 29. April mit dem Russen zusammen zu Mittag gegessen. Müller war nicht dabei gewesen.

Jelens, ein Cafébesitzer zu Maastricht, hat oft in seinem Café den Russen gesehen. Arnold und Lebanc waren niemals bei ihm.

Van Beethoven, Fabrikant zu Maastricht, und seine Schwester haben am 1. Mai Westkamp an zwei Personen verkauft.

Hoebraß, Kurzwaaren-Händler zu Maastricht, hat Nagel verkauft, die er unter den auf dem Gerichtstische befindlichen wiedererkennt. Er erklärt auch, daß einer der Nagel, die man aus dem Fleische der Opfer des Attentats in der Friedenstrasse hinausgezogen habe, vollständig denen entsprechen, welche auf Veranlassung des Untersuchungsrichters bei ihm konfisziert wurden.

Die drei vorher genannten Zeugen erkennen weder Müller noch Westkamp. Dumoulin, der Fleischartler, bei dem Westkamp die Schachtel zum Bombenattentat gegen Renon gekauft haben soll, weiß nichts und erkennt niemanden.

Auffallend ist, daß alle Zeugen aus Maastricht sehr eingeschüchtert sind, anscheinend aus Furcht vor Drohungen.

Die Mittwochssitzung fällt aus. Bekanntlich deshalb, weil die Geschworenen an der Brüsseler Börse Geschäfte zu erledigen haben.

Parteinachrichten.

Parteiliteratur. Das zweite Heft der zur Massenverbreitung bestimmten Broschüre: „Umsturz und Sozialdemokratie“ ist heute erschienen. Dasselbe ist noch zwei Bogen stärker als das erste, umfaßt also 144 Seiten Großtext. Der Preis ist der gleiche, 15 Pf. pro Exemplar. Wie wir erfahren, ist die für das erste Heft in Aussicht genommene Auflage bereits völlig vergriffen, so daß erst von Montag, den 28. Januar ab, wieder Exemplare geliefert werden können.

Kreis-Konferenz. Sonntag, den 20. Januar, fand für den Reichstagswahlkreis Friedeburg-Münsterwald in Driesen eine Kreis-Konferenz statt. Der Besuch war sehr lebhaft. 19 Ortsvereine waren durch 30 Delegierte vertreten. Der Kreisvertrauensmann gab den Bericht des vergangenen Jahres. Ihm wurde Decharge erteilt und wurde derselbe auf ein Jahr wieder gewählt. Beschlossen wurde, daß jeden ersten Sonntag nach Neujahr die Kreis-Konferenz für den Kreis stattfinden sollte. Die Bekanntmachung findet durch die „Märkische Volksstimme“ vermittelst Inserat, in dem „Vorwärts“ und „Stettiner Volksboten“ unter Parteinachrichten statt. Die „Märkische Volksstimme“ wurde als offizieller Parteiorgan für den Kreis bestimmt, jedoch jedem Orte anheimgestellt, wenn möglich, den „Vorwärts“ oder den „Stettiner Volksboten“ in je einem Exemplar nebenbei zu halten. — Der Kreisvertrauensmann wurde beauftragt, die Beschwerden über die „Märkische Volksstimme“ mit der zuständigen Preßkommission zu regeln. Der besseren und geregelten Agitation halber wurde der Kreis in sechs Agitationsbezirke eingeteilt, die alle unter dem Vertrauensmann stehen. Folgende Orte sind als Vororte bestimmt: Arnswalde, Neuwedel, Bernsee, Woldenberg, Driesen und Friedeburg. Alle Orte, wo Genossen vorhanden, oder mehrere Adressen zusammen gründen lassen, oder Distriktsklub, um einen tüchtigen Stamm von Genossen auszubilden und heran-

zuführen. Die Sammlungen für den Wahlsond finden dauernd statt. Genosse Millarg, der über die Stellung zu den Reichstags-, Gemeinderaths-, Stadtverordneten- und Gewerbevereinswahlen referierte, schlug vor, überall da, wo eine genügende Anzahl Genossen, genügende Kräfte als Kandidaten und Aussicht auf Erfolg vorhanden, für die Gemeinderaths-Wahlen einzutreten. Es ist stellenweise schon mit Erfolg geschehen. Die Gewerbevereins- und Stadtverordneten-Wahlen wurden noch zurückgestellt, bis in den Städten die Organisation der Genossen noch fester ist und geeignete Kräfte vorhanden sind; jedoch sollen bis zur nächsten Konferenz in betreff des Gewerbevereins für Arnswalde und Driesen die Anträge auf Errichtung eines solchen ausgearbeitet und vorgelegt werden. Die Organisation ist hierdurch als festgelegt zu betrachten und bei eventuellen Fällen in dieser Form zu prüfen, ob sie sich bewährt. Den Vertrauensleuten wurde der Auftrag gegeben, alle Vorbereitungen zu treffen, um bei einer Reichstags-Auflösung gerüstet zu sein. Mit der gewerkschaftlichen Organisation ist bei den Häusern der Anfang gemacht; Holzarbeiter, Metallarbeiter, Porzellanarbeiter und Bauarbeiter werden nachfolgen. Es wird langsam gearbeitet aber sicher, wir glauben auf dem Wege auch vorwärts zu kommen, wenn uns von Berlin und Stettin die nötigen Kräfte und Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Eine Konferenz für den 2. nassauischen Wahlkreis fand am 20. Januar in Diebrich statt. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes für den Kreis, Philipp Eul, betrug die Einnahme im verfloßenen Jahre 855 M. 93 Pf., Ausgabe 848 M. 37 Pf. Versammlungen fanden statt im ganzen 13, 8 auf dem Lande, 5 in der Stadt. Genosse Eul ersuchte die Genossen auf dem Lande, mehr wie bisher Beiträge ihm zugehen zu lassen. Die Sonderstellung einzelner Orte in dieser Beziehung erschwerte eine einheitliche Agitation. Inbezug auf die Presse machte er bekannt, daß einem früheren Konferenzbeschlusse gemäß die „Rheinische Volkszeitung“, hiesige „Volksstimme“ als Parteiblatt für den hiesigen Kreis abgekauft und die Frankfurter „Volksstimme“ mit dem 1. Februar eingeführt wird. Ferner wurde beschlossen, ein Agitationskomitee zu wählen, das seinen Sitz in Wiesbaden erhalten soll. Zum Schluß wurde noch die Kandidatenfrage für den zweiten nassauischen Wahlkreis angeregt, da man aber betreffs dieser Angelegenheit zu keinem endgültigen Beschluß gelangte, wurde der Antrag angenommen, eine zweite Konferenz in 14 Tagen nach Wiesbaden einzuberufen, die sich mit der Kandidatenfrage beschäftigen wird.

Die Streitigkeiten in Solingen scheinen durch den rheinischen Provinzial-Parteitag, der dieser Tage in Duisburg tagt, gelöst zu werden, hoffentlich auf immer beigelegt. Die Solinger Delegierten gaben persönlich und jeder durch seine Unterschrift ihr Einverständnis mit folgender Erklärung kund:

1. Die „Bergische Arbeiterstimme“ ist das anerkannte Parteiorgan des Kreises Solingen. Die Genossen sind verpflichtet, das Organ zu unterstützen und müssen alle Publikationen in parteipolitischen Beziehung in demselben erfolgen.
2. Jeder der nachbenannten Genossen verpflichtet sich für Hebung der politischen Organisation einzutreten. Nur politisch organisierte Genossen dürfen Vertrauensämter bekleiden.
3. Genosse Schumacher und die übrigen Delegierten erklären, für diese Forderungen in öffentlichen Versammlungen einzutreten.
4. Die „Bergische Arbeiterstimme“ dagegen verpflichtet sich, die von ihr gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Schumacher erhobenen Anschuldigungen zurückzunehmen, über die Versammlungen u. objektive Berichte zu bringen, die Gewerkschaftsbewegung im Kreise Solingen nach Kräften zu fördern und gemäß dem Erfurter Programm für unsere Ziele zu wirken.

Göbel, Martin, Schallbruch, Aprath, Reef, Eeden, Lohmar, Lange, Franken, Schumacher.

(Der Bericht über die übrigen Verhandlungen des Parteitags folgt. Red. d. W.)

Von der Agitation. Genosse Deinhardt, Köln referierte über die Umstürzvorlage am 12. Januar in Schwelm, am 18. in Hörde, am 16. in Hary, am 19. in Guckard und am 20. in Brechten. Die Versammlungen waren durchweg stark besucht, es wurden Resolutionen gegen das Knebelgesetz angenommen.

Ueber das gleiche Thema sprach der Reichstags-Abgeordnete A. Schmidt in Limbach bei Chemnitz vor etwa 1000 Personen. In Göppersdorf bei Burgbladt referierte der Redakteur Genosse Diehl. In beiden Versammlungen wurde eine Protestresolution angenommen.

Wahlvereins-Statistik. Der Sozialdemokratische Verein von Wandlitz und Umgegend zählt zur Zeit circa 1000 Mitglieder. Von diesen haben 738 Angaben über Alter und Beruf gemacht. Im Alter bis zu 20 Jahren stehen 56, von 20 bis zu 30 Jahren 305, von 30 bis zu 40 Jahren 233, von 40 bis zu 50 Jahren 113, von 50 bis zu 60 Jahren 23 und von 60 bis zu 70 Jahren 8 Mitglieder. Nach Berufen sind unter den Mitgliedern des Vereins: Arbeiter 288, Maurer 75, Zigarrenmacher 50, Tischler 39, Gerber 30, Schuhmacher 26, Gärtnere 22, Zimmerer 19, Maler 13, Schlosser 10, Brauer, Küper und Steinbruder je 8, Töpfer, Schneider, Kutscher und Musiker je 7, Wärfenmacher, Korbmacher und Müller je 6, Kolporteurs 5, Tapezierer, Barbier, Brotträger, Heilenbauer, Gärtner, Maler und Schriftsetzer je 4, Boten und Kistenmacher je 3, Bäcker, Buchbinder, Geiger, Kaufleute, Kürschner, Lithographen, Maschinenbauer und Steinbauer je 2, Schirmmacher, Seiler, Schlächter, Techniker, Buchdrucker, Drechsler, Glaser, Klempner, Naturarzt und Stepper je 1. Wie aus der Altersstatistik hervorgeht, befinden sich nur 66 Mitglieder im Alter von unter 20 Jahren, während 682 Mitglieder im Alter von über 20 Jahren, darunter 377 im Alter von 30 bis zu 70 Jahren, stehen.

Eine Arbeitslosenstatistik wollten, wie wir vor einigen Tagen mittheilten, unsere Parteigenossen in Liegnitz aufnehmen. Am letzten Sonntag sollte damit begonnen werden, die wohlthätige Polizei jedoch hatte es anders gewollt, sie beschlagnahmte am Sonnabend die für diesen Zweck angefertigten Fragebogen. Es wird wahrscheinlich immer schmerzlicher, bemerkt hierzu der Korrespondent der Breslauer „Volkskraft“, künftig wird man seinen leidlichen Bruder nicht mehr fragen können, ob er morgen noch satt zu essen hat, wenn man von der Polizei die Erlaubnis nicht hat.

Genosse Dr. Wassileff in Bern tritt am 28. Januar seine aus dem Krawall-Prozess noch residierende zehnjährige Gefängnisstrafe an, so daß er am 8. Februar wieder frei wird. Die „Berner Tagwacht“ wiederholt bei diesem Anlaß, daß die Verurteilung Wassileff's eine Schandthat, ein Justizverbrechen sei.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Ueber drei Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins zu Osterwieck am Harz wurde wegen Abhaltung eines Vergnügens, wozu die bedürftliche Genehmigung verweigert worden war, je 15 M. Geldstrafe verhängt. Der Lokalbesitzer soll 10 M. Strafe bezahlen. Die Genehmigung wurde verweigert auf Grund einer Regierungs-Verfügung vom 27. Oktober 1894.

— Die Beschwerde unserer Nürnberger Parteigenossen wegen des in einigen Versammlungen gestellten Ver-

langens auf Entfernung der Frauen ist nun auch vom Ministerium, wie früher von der Kreisregierung, abgewiesen worden.

— In Regensburg ist nach dem dortigen „Tageblatt“ ein Sozialdemokrat verhaftet worden anlässlich einer Kritik, die er an der Hochaffäre im Reichstage übte.

Soziale Uebersicht.

Militärischer Boykott. Das Besuchen des „Schiller-Schlösschens“ in Leipzig-Gohlis und der „Gesellschaftshalle“ in Leipzig-Lindenau ist den Soldaten verboten worden. — Die sächsischen Ordnungshelmen haben recht: es müssen Gesetze gegen den Boykott geschaffen werden.

Arbeiterentlassungen und kein Ende. Die Zeche „Dugo“ (Weisfalen) hat 200 Arbeitern gekündigt. — Auf der „Hermannshütte“ bei Hörde sind weitere 33 Mann entlassen worden; den Verbleibenden ist vom 1. Februar ab eine Lohnreduktion von 10 pCt. in Aussicht gestellt worden.

Das Elend auf der Landstraße. Auf der Naturalverpflegungstation zu Freiburg i. Schl. wurden im vorigen Jahre 4437 Wanderer verpflegt und zwar 734 mit Mittagbrot, 3703 mit Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück. — So zu lesen in bürgerlichen Blättern, welche die Vortrefflichkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung bei jeder Gelegenheit in den begeisterten Tönen preisen. 4437 Menschen, welche durch die äußerste bitterste Noth gezwungen wurden, die Wohlthätigkeit der heutigen Gesellschaft in Anspruch zu nehmen, d. h. für ein paar Kartoffeln und eine Streu als Nachtlager stundenlang ungewohnte Arbeit, wie Stein klopfen u. verrichten müssen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma Schönsfeld, Marmorwaaren-Fabrik, Hamburg, Brennerstraße, haben 19 Mann, Hauer und Schleifer, die Arbeit wegen Lohnminderungen niedergelegt. Wir bitten deshalb, den Zugang nach dort streng fernzuhalten. Ganz besonders die Genossen in Belgien ersuchen wir uns auf obiges aufmerksam zu machen und möchten sie bitten, für Verbreitung dieser Notiz Sorge zu tragen, indem, wie verlautet, aus Belgien Streikbrecher erwartet werden. — Der Zentralausschuß der Steinarbeiter Deutschlands.

Die vorläufige Abrechnung vom Stettiner Steiner-Kongress ergibt, daß im ganzen 15 135,72 M. vereinnahmt worden sind. Der Verband allein brachte davon 12 163 M. auf. Von den Ausgaben kamen aus Unterstützungen 11 435 M., Mitgliedsentschädigung 1880 M., an Reisekosten für abreisende Steinfeger wurden 812 M., an Zugereiste 109 M. gezahlt. Ferner wurden 163 M. für Nachkontrolle ausbezogen; 150 M. wurden zu dem Streik nach Königsberg gesandt. Ein geringer Teil wurde für Agitation, Drucksachen, Porto u. dergl. verausgabt. Das Komitee verfügt jetzt noch über einen Bestand von 235 M. Der Kampf ist bekanntlich noch nicht entschieden, der Streik dürfte zum Frühjahr aufs neue beginnen.

Der Zentralverein deutscher Bildhauer hat mit Ende des dritten Quartals 1894 die Mitgliederzahl von 3015 erreicht. Die „Bildhauer-Zeitung“ nimmt Veranlassung, bei der Konstatierung dieser Thatfache einen Rückblick zu werfen auf die Entwicklung des „Zentralvereins“. Der frühere königlich preussische „Unterstützungsverein“ begann seine Thätigkeit Anfangs der achtziger Jahre mit einigen hundert Mann. Nach und nach stieg die Mitgliederzahl langsam aber stetig auf 2911 im 1. Quartal 1890 und 3002 im 2. Quartal desselben Jahres, um bald danach die höchste Ziffer im 3. Quartal 1890 zu erreichen. Jetzt begann die gewaltige wirtschaftliche Krise, die noch immer nicht gewichen, und die Mitgliederzahl sank von 3089 (4. Quartal 1890) auf 2943 (1. Quartal 1891), ja auf 2800 (2. Quartal 1892). Der Beitrag betrug damals 20 Pf. pro Woche, wurde aber im „Zentralverein“, der um die Mitte des Jahres 1892 in Mainz gegründet wurde, vom 3. Quartal dieses Jahres ab auf 50 Pf. erhöht. — Damit übernahm der Verein die Verpflichtung, außer der Reise-Unterstützung seine Mitglieder auch bei Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Die letztere trat mit dem 3. Quartal 1893 in Kraft und sind seitdem gezahlt worden am Ort und auf der Reise:

	Am Ort	Auf der Reise	Zusammen
	M.	M.	M.
3. Qu. 1893:	5 288	5079	10 367
4. „ 1893:	6 836	2391	9 227
1. „ 1894:	10 117	2126	12 243
2. „ 1894:	5 542	4186	9 728
3. „ 1894:	5 835	4370	9 705

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse wenigstens die der Bildhauer sich seit dem 1. Quartal 1894 ein wenig gebessert haben müssen. Das Bildhauerorgan schließt seine Betrachtungen mit dem Hinweis, daß bei den Gewerkschaften eine möglichst hohe Beitragsleistung am Platze sei. Dadurch könne die Gewerkschaft mehr leisten und die Mitglieder werden an die Organisation dauernd gefesselt. Diese Anschauung mag richtig sein, aber daß eine muß doch bemerkt werden, daß die Bildhauer sowohl als auch die Buchdrucker, auf die in jenem Artikel mit hingewiesen wird, sich anderen Arbeitern gegenüber eben immer noch in einer bevorzugten Position befinden. Das geht allein schon daraus hervor, daß wir in Deutschland nur etwa 5000 Bildhauer haben und die Maschinenarbeit in diesem Gewerbe nur noch in ganz geringem Maße in Betracht kommt. Daß andere Gewerkschaften in ansehnlicher der großen Reserve-Armee und der dauernden Krise je im Stande wären, ihre Mitglieder bei Arbeitslosigkeit zu unterstützen, ist sehr zu bezweifeln.

Deveschen.

Wolf's Telegraphen-Bureau.

Thorn, 23. Januar. Nach einer amtlichen Meldung aus Warschau ist der Wasserstand, der gestern 109 war, heute auf 244 gestiegen.

Wien, 23. Januar. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel: Die Untersuchungskommission für Armenien ist am 18. d. Mts. in Konstantinopel eingetroffen. Der erste Bericht der Kommissionsdelegierten wird im Laufe der Woche hier erwartet.

London, 23. Januar. Heute fand in Godesham die Parlamentswahl für den verordneten konservativen Abgeordneten Sir C. Lochmere statt. Der konservative Kandidat Oberst Long wurde mit 4760 Stimmen gewählt gegen 3555 Stimmen, welche auf den liberalen Kandidaten fielen. Bei der letzten Wahl hatte die konservative Majorität 580 Stimmen betragen.

Athen, 23. Januar. Das Journal „Akropolis“ veröffentlicht eine augenblicklich offizielle Note, in welcher es heißt: Die von ministerieller Seite verbreiteten Mittheilungen über die Ursachen der Demission des Ministeriums seien ungenau. Trikupis habe, da er die Entlassung des Ministeriums seitens des Königs vermuthete, die Anwesenheit des Kronprinzen bei den Versammlungen am Sonntag als Vorwand zum Rücktritt genommen.

Einige gegen Trikupis gerichtete Kundgebungen fanden in den Provinzen statt. In Patras schleppte die Volksmenge Steine gegen das Polizeigebäude; im übrigen herrscht überall Ruhe. (Telegraphen-Bureau Athen.)

Rom, 23. Januar. Ende dieses Monats werden zwei Bataillone, Mitte Februar zwei weitere nach Afrika abgehen. In einer gestern stattgefundenen längeren Konferenz zwischen Crispien, dem Kriegsminister und dem Minister des Aeußeren wurde die Lage in Eritrea besprochen, welche man trotz der Siege Baratieris für ungewisslich schwierig hält.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 20.

Donnerstag, den 24. Januar 1895.

12. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 23. Januar 1895, 1 Uhr.

Vom Bundesrathliche: v. Bötticher.

Die Beratung der Anträge der Deutschkonservativen (Kroatisch und Genossen) und der Reichspartei (Gamp, v. Kardorff und Genossen) wegen Einführung des Befähigungsnachweises, Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern, Einschränkung der Gefängnisarbeit wird fortgesetzt.

Abg. Weh (Sp.): Die bisherigen Befürworter der Anträge haben es an Angriffen gegen die „zägellose“ Gewerbefreiheit nicht fehlen lassen und uns die Sympathie für das Handwerk ganz abgesprochen. Wir vertreten aber die Interessen des Handwerks mit mindestens ebensoviel Wärme wie diejenigen, die von Wohlwollen für die Landwirtschaft und neuerdings auch für das Handwerk trafen. Einer der Väter der Rechte hat das Handwerk als Königsstreue besonders belobt. Mit der Königsstreue haben wir es aber hier im Reichstage gar nicht zu thun. Die Einrichtungen und Zustände in den außerpreussischen Staaten sind sehr von den preussischen verschieden und namentlich wir in Bayern möchten die preussischen Zustände nicht gegen die unsrigen eintauschen. Ich bin Gegner des Befähigungsnachweises und der Zwangsorganisation. Wir haben sehr segensreiche Organisationen und Einrichtungen, die man anderswo nur nachzumachen braucht. Unsere Gewerbevereine, unser Gewerbmuseum, unsere Fachschulen leisten musterhaftes, wie jede Lehringenausbildung beweist. Das Gewerbmuseum stellt auch Zeugnisse für die Lehrlinge aus. Auf diese Weise wird viel mehr geleistet als durch alle die Zwangsmaßnahmen, die man jetzt von Preußen aus uns empfiehlt. Die Handelskammern sind auch bei uns obligatorisch, aber solche Maßnahmen, wie sie Herr Bismarck gegen die preussischen Kammern beliebt, als sie ihm nicht genehme Entschlüsse abgaben, sind in Bayern nicht erhört. Unsere Handelskammern sind aber auch zugleich Gewerbevereine. Unsere freien Vereinigungen sind jedenfalls besser als Zwangsorganisationen, natürlich wird in erster Linie Lust und Liebe geschafft und gearbeitet. Ohne jeden Zwang sind diese freien Vereinigungen bei uns entstanden. Selbst die Sozialdemokratie steht in dieser Beziehung mehr auf unserer Seite als auf derjenigen des Herrn Gamp und v. Heyl. Zwangsmassregeln und Justizpolizei reiten das Handwerk nicht. Die von Herrn v. Heyl herangezogene Pariser Industrie ist ohne Zwang zu ihrer Blüthe gelangt.

Herr Gamp will die Wasserkräfte für das Handwerk nutzbar machen. Ich bezweifle, daß das in großem Umfange geschehen kann. Uebrigens hat man bei uns in Nürnberg die Wasserkraft der Pegnitz längst den Handwerkern zugänglich gemacht. Herr Gamp verlangt billigeren Kredit für das Handwerk und tabelt den hohen Zins, den die Genossenschaften nehmen. Da muß Herr Gamp sich an den preussischen Staat, nicht an das Reich wenden, ebenso bezüglich der Konkurrenz der Strafanstalten. Der Gedanke des Befähigungsnachweises ist undurchführbar. Der Antrag Gamp verlangt die Zusammenlegung verwandter Gewerbe nach österreichischem Muster; aber auch mit diesem Begriff ist nichts gewonnen. Die strenge Scheidung zwischen den einzelnen Gewerben ist bei der Vervollkommenheit der Arbeitsteilung nicht mehr möglich. Wie es in Wirklichkeit mit den Gesellen- und Meisterprüfungen in der Innungszwangszeit gestanden hat, wie Vetterschaft und Nepotismus einerseits, der gewöhnlichste Betrug und Konkurrenzneid andererseits den Ausschlag gaben, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Was dem Handwerker an allgemeiner und spezieller gewerblicher Bildung nöthig ist, das empfängt er auf unseren Fachschulen vollaus. Auch die verlangte lokale Organisation wird bei uns durch die Gewerbevereine vollständig repräsentiert, wir brauchen keine Innungen daneben, am wenigsten Innungszwangsorganisationen. Mit dem patriotischen Gefühl hat der Befähigungsnachweis gar nichts zu thun; damit wird auch die soziale Frage nicht gelöst. Herr Euler weist auf die Erfolge der bisherigen Innungsbewegung hin. Aber in Bayern gehört nur ein ganz verwindender Theil der Handwerker den Innungen an. Gerade dieser unser Sitzungslokal beweist die Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks, und diese Leistungen sind doch unter dem Regiment der Gewerbefreiheit zu Stande gekommen. Der konservative Abgeordnete v. Bieder verlangt von der Regierung ein rascheres Tempo. Soll denn kurzer Hand die Gewerbefreiheit aufgehoben, sollen vielleicht gar die Maschinen abgeschafft, ins Meer geworfen werden? Ein fleißiger Handwerker, der die Erfindungen der Neuzeit verständlich benutzt, wird auch heute noch vorwärts kommen! (Beifall links.)

Abg. Meurer (Schornsteinfegermeister, Zentrum): Was wir vom Vorredner gehört haben, war das alte, oft gebörte Lied, auf das zu antworten nicht lohnt. Auch uns wird es ja schwer, immer wieder dasselbe sagen zu müssen, aber das liegt nicht an uns, sondern daran, daß von oben her kein Wandel geschafft wird. Daß die Sozialdemokraten den Anträgen feindlich gegenüberstehen, ist nur folgerichtig, denn sie wollen den Mittelstand, den Handwerkerstand zerreissen, damit nur Kapitalisten und Lohnarbeiter übrig bleiben und der Entscheidungskampf zwischen diesen beiden Klassen ausgefochten wird. Herr von Verlesch hat nur eine schöne Rede gehalten: — die Volkswirtschaft hat sich wohl, allein wir fehlt der Glaube. Herr von Verlesch hat den Befähigungsnachweis 1892 für unmöglich erklärt. Jetzt sagt er, die Kammern würden der Regierung sehr werthvolles Material in Entschieden u. dergl. liefern können; als wir früher der Regierung solche Gutachten erstatteten, sind wir nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Die Ausführungen gegen die österreichischen Zustände auf dem Gebiete des Befähigungsnachweises sind theilweise begründet, das liegt aber daran, daß die Ausführung des Gesetzes in den Händen liberaler Handelskammern liegt. Die nicht zur Innung gehörigen Handwerker stehen ganz auf dem Boden der Forderungen des organisierten Handwerks, noch keine einzige Verammlung von Nicht-Innungsmittgliedern hat gegen dieselben protestiert. In Bayern sind die Verhältnisse des Handwerks nicht entfernt so rosig, wie Herr Weh es darstellt. Der Einsturz in der Kochstraße in Berlin ist am vorigen Mittwoch von sozialdemokratischer Seite den mangelhaften Arbeiten eines Innungsmeisters zugeschrieben worden; ich habe mich erkundigt und erfahren, daß es sich um einen sogenannten Architekten handelt.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich verheie ja die Stimmung des Vorredners sehr wohl, allein, wenn er heute wieder der Regierung vorwirft, daß sie kein schnelleres Tempo einschlägt, und wenn er die Sache so aufstellt, als ob die Regierung dem Handwerker nur ab und zu einen Knochen hinwirft, ohne ganze Arbeit zu leisten, so thut er der Regierung unrecht. Die Verlesch'schen Vorschläge sind der öffentlichen Kritik unterworfen worden. Die Kritik war sehr eingehend, führte aber zu einem Ergebnis, daß man annehmen mußte, das Handwerk selbst lege keinen Werth auf die Durchführung dieser Organisation; und auch dem Vorredner genügt diese Organisation bei weitem nicht, weil weder Zwangsorganisationen in Aussicht genommen waren, noch auch der Befähigungsnachweis sofort vorgeschlagen war. So intensiv auch die Handwerkerbewegung des korporierten Handwerks Zwangsorganisationen verlangt, das nicht korporierte Handwerk ist ganz anderer Ansicht. Vielmehr und viel häufiger stöße ich im Lande bei meinen Reisen auf die Aeußerung: „Verschont uns mit den Zwangsorganisationen“.

nicht auf das Gegentheil. Im Westen und Süden Deutschlands ist gar keine Stimmung für Zwangsorganisationen. (Sehr richtig, links.) Wir wollen jetzt Handwerkerkammern so konstruieren, daß sie als autoritative Vertretung des Handwerks angesehen werden können; wir wollen die Handwerkerkammern über die definitive Organisation des Handwerks erst befragen. Ob man später, wenn man erst die Organe des Handwerkerstandes besitzt, bezüglich des Befähigungsnachweises zu einer anderen Entscheidung kommen wird, als heute im Bundesrath, lasse ich dahingestellt; jedenfalls ist die Frage eine sehr beschränkte und auch von dem Freiherrn v. Hertling neuerdings im bayerischen Reichsrath sehr abfällig beurtheilt worden. Außer diesem Jargon habe ich gerade aus den Reihen der korporierten Handwerker noch zahlreiche Zeugnisse für meine Auffassung. Wir werden ja demnächst mit speziellen Vorschlägen in Bezug auf die Handwerkerkammern an den Reichstag kommen und hoffen dann auch auf die Unterstützung des Herrn Meurer und seiner Freunde.

Abg. Vohe (Mittelvertheiler, Antisemit) tritt mit Entschiedenheit für die schnelle Einführung des Befähigungsnachweises ein, der allein der liberalen Miswirthschaft auf dem gewerblichen Gebiete ein Ende zu machen geeignet sei. Eine solche Gefährdung arbeite viel mehr dem Umsturz entgegen, als alle Umsturzvorlagen. Die Gewerbefreiheit sei der wirtschaftliche Fäulnis des Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Es sei die hohe Aufgabe der Reichsregierung, in den Gegnern dieser Anträge endlich die Feinde der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu erkennen. Das Handwerk habe noch einen festen Stamm ordentlicher, königstreuer Arbeiter; der müsse durch die Verwirklichung der vorliegenden Anträge erhalten werden. Die Verwirklichung durch die zägellose Gewerbefreiheit sei schon so vorgeschritten, daß die Einführung des Befähigungsnachweises zu einer späteren Zeit gar nicht mehr nützlich würde.

Abg. Schneider (Frl. Volksp.) fragt, woher der Abg. Gamp seine Kenntniss davon habe, daß die Genossenschaften 7—8 pCt. Zinsen für ihre Darlehen nehmen. Diese Behauptung sei außerordentlich übertrieben. Der Zinssatz schwankte zwischen 5—6 1/2 pCt. im ganzen Durchschnitt. Meurer zieht eine Reihe omtlicher Aeußerungen von Regierungen und Stadtmagistraten an, welche sich gegen den Zwangszwang und den Befähigungsnachweis aussprechen und theilweise den Leistungen der geprüften Handwerker ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Alle derartigen Organisationen, wie sie jetzt geplant würden, seien nur geeignet, Hoffnungen zu erwecken, die unerfüllbar seien, dabei aber die eigene Kraft und Energie der Handwerker zu lähmen. Der Regierung sei auch der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie mit ihrer Stellung zur Frage des Befähigungsnachweises viel zu lange hinter dem Berge gehalten habe. Hätte sie sich schon vor zehn Jahren so ausgesprochen, wie Herr v. Bötticher in neuerer Zeit, so würde das Handwerk längst aufgehört haben, diesem Phantom nachzugeben. Daß man die Verbesserung der Lage der Handwerker in erster Linie von ihrer eigenen Thätigkeit erwarte, sei doch für den Handwerkerstand keine Schande. Von Staatswegen aber sollte man mehr für die Fach- und Fortbildungsschulen thun als bisher; dies im Bunde mit der angeforderten eigenen Kraft des Handwerks verbürgen ihm einen neuen Aufschwung.

Abg. Kühn (Soz.) spricht vom Pläze aus und ist deshalb auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich: Ich möchte dem Abg. Vohe bemerken, daß diese Frage nicht zu thun hat. Die Umsturzbestrebungen durch Bestrebungen für die Handwerker zurückzuführen zu wollen, nützte mich so an, als wenn jemand in einem dunklen Wald geht und durch lautes Singen und Pfeifen sich Muth macht. Fort und fort bringen die kapitalistischen Parteien die Handwerkerfrage auf's Tapet, obwohl sie im Herzen nach meiner Ueberzeugung sich von ihren Palliativmitteln eine wirkliche Abhilfe nicht verschreiben. Nicht wir arbeiten an dem Umsturz der Gesellschaft, sondern gerade die angeblich staats-erhaltenden Parteien. Feindschaft gegen das um seine Erhaltung ringende Handwerk liegt uns fern. Wir wollen nur seine nutzlose Arbeit für das Handwerk thun und an einer Organisation mitwirken, welche in manchen Punkten arbeitserföndlich ist. Die Fäulnis des Handwerks ist unüberwindlich. Ich habe dahin, das Handwerk ist im Absterben begriffen, seine Vertreter sind unsere natürlichen Bundesgenossen und nun will man diese veranlassen, sich feindlich gegen uns, die vorwärtsführende Partei des Proletariats, zu wenden. Das ist natürlich für uns ein Beweggrund, uns zu dem Experiment, mit dem Sie uns seit zehn Jahren beglücken wollen, ablehnend zu verhalten. Der ganze Innungszwang, der Befähigungsnachweis und die Handwerkerkammern werden dem Handwerk wenig oder gar nichts nützen. Gerade die kleinen Handwerker sind gezwungen, einander Konkurrenz zu machen, und sie sind am wenigsten geneigt, sich in ihren Innungsverfassungen leidenschaftlos mit den Fragen ihres Berufs zu beschäftigen. Die ganze Innungspolitik, die sich seit einer Reihe von Jahren breit gemacht hat, und die ich aus Erfahrung kenne, ist vollständig resultatlos gewesen; man hat viel Worte gemacht, aber nichts gethan. Der Befähigungsnachweis, der bis in die jetzigen Jahre bestand, ist an der eigenen Korruption der Handwerksmeister zu Grunde gegangen. Wenn jetzt das Groskapital sich zum Vorschein des Handwerks aufwirft, so erinnert mich das an das Gleichnis vom Wolf und Lamm. Gerade das Groskapital führt mit Naturnothwendigkeit den Ruin des Handwerks und des Mittelstandes herbei. Der Entwurf des Herrn v. Verlesch läßt darauf schließen, daß die Regierung mit der Mehrheit des Reichstages mithun will; ob aber hierbei der Befähigungsnachweis und die Zwangsorganisation herauskommen wird, ist mir zweifelhaft. Daß auch von Innungsmeistern schlechte und schlechte Arbeit geliefert wird, können wir tagtäglich auch an öffentlichen Bauten erleben. Herrn Meurer sind wir dankbar für das Jugendschicksal, das tausende von selbständigen Handwerkern im Jahre verschwinden. Wenn jährlich auch nur Tausend von den Grosbetrieben erdrückt werden, so muß in absehbarer Zeit der selbständige Handwerkerstand von der Bildfläche verschwinden. Was helfen ihnen da diese kleinen Mittelchen. Wie will man insbesondere die Kleinmeister darin hindern, auch fernerhin die Lehrlinge in rückstufloser Weise auszubilden. Mindestens 60 pCt. der Handwerker sind auf das Halten der Lehrlinge angewiesen. Auch die Gefängnisarbeit können Sie mit Scheinmitteln nicht aus der Welt schaffen. Eine Abschaffung der Gefängnisarbeit wäre zur Zeit eine Grausamkeit gegen die Gefangenen. Eine wirkliche Abhilfe können Sie nur schaffen, wenn Sie dahin streben, die Zahl der Gefangenen zu vermindern und dies können Sie nur, da die meisten Vergehen und Verbrechen Eigentumsvergehen und Verbrechen sind, wenn Sie die Art an die Wurzel des Übels legen und durch eine bessere Wirtschaftsform der fortgesetzten Vermehrung der Arbeitslosigkeit ein Ende machen. Gegenüber der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise und der Konzentration des Kapitals in wenigen Händen schwindet die Möglichkeit, sich ehrlich sein Brot zu verdienen immer mehr und alle Versuche, den Ruin

des Handwerks aufzuhalten, sind erfolglos. Gerade die sozialistische Gesellschaft wäre am ersten geeignet, einen guten Mittelstand zu schaffen, der das ganze Volk umfaßt.

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Gamp vermahnt sich persönlich gegen den Vorwurf, als ob er sich gegen den früheren Abg. Baumbach irgend wie vergangen habe.

Abg. Reichhaus bemerkt, daß er seine Mittheilung über den Einsturz in der Kochstraße einer Zeitung „Dem Bauhandwerker“ entnommen habe. Der Bau sei vor der Zeit der Gewerbe-freiheit aufgeführt worden, und also die Ausführungen des Abg. Meurer nicht zutreffend.

Abg. Meurer entgegnet, daß nicht der alte Bau, sondern der erst vor zwei Jahren vorgenommene Umbau eingestürzt sei. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Rein! die alten Mauer! Heiterkeit.)

Im Schlusswort bemerkt Abg. Kropatschke, daß die Saat, die Adernmann und v. Kleist-Regow vor zehn Jahren ausgestreut, auf fruchtbaren Boden gefallen sei und von den Nachkommen jener eifrig gepflegt werde. Er polemisiert dann gegen die Rede des Abg. Weh. Die heutige schroffe Abweisung des Staatssekretärs schreie ihn nicht, denn noch vor 10 Jahren hätte man nicht für möglich gehalten, daß die Regierung jemals selbst obligatorisch Fachgenossenschaften in ernsthafte Erwägung nehmen würde. Er freute sich die Sinnänderung in der Reichspartei und bei den Nationalliberalen. Der Freisinn sehe leider noch wie vor die Handwerkerfrage nur vom Standpunkte der freien Konkurrenz an. Im sozialistischen Staate werde es überhaupt keine Handwerker im selbständigen Sinne geben, sondern nur noch Arbeiter, die thun müssen, was die Zwangsgesellschaft ihnen auftrage. Das sollten doch die Sozialdemokraten als ehrliche Leute auch den Handwerkern sagen. Von der Hilarität und vom Kunsthandwerk allein könnte der deutsche Handwerkerstand nicht satt werden. Gerade die zwischen beiden liegende Mittelpartei des Handwerkerstandes zu retten, sei die Aufgabe. Was man im liberalen Sinne unter Gewerbefreiheit verstehe, bekämpften die Deutschkonservativen allerdings. Die Gewerbe-Ordnung sei lediglich im Interesse des Grosbetriebes gemacht worden; die Kleinmeister seien nicht berücksichtigt worden. Um ein Niederwerfen der Grosindustrie handelt es sich nicht; eine Zwangsgenossenschaft ohne Befähigungsnachweis sei ein Unding.

Für den Antrag Gamp wird das Schlusswort nicht genommen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Deutschkonservativen (Befähigungsnachweis) mit schwacher Mehrheit angenommen. Gegen denselben stimmen die Linke, die große Mehrheit der Nationalliberalen und die Reichspartei. Die Anträge Gamp über Handwerkerkammern und über die Gefängnisarbeit werden angenommen.

Die Anträge betreffend die Konsumvereine werden von den Antragstellern einstweilen zurückgezogen, nachdem Staatssekretär v. Bötticher die Mittheilung gemacht hat, daß ein bezüglich der Materie zum theil im Sinne dieser Anträge regelnder Entwurf dem Reichstage in etwa vier Wochen zugehen wird.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Politik-Novelle und Winnen-Schiffahrt Gesetz.)

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 23. Januar 1895, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Bötticher, Thiele, v. Hammerstein, Woffe.

Die erste Beratung des Staatshaushalts-Gesetzes pro 1895/96 wird fortgesetzt.

Abg. Roth (Fol.) führt heftig Klage über die Gründung des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den östlichen Provinzen, der das Vereinsgesetz verlege, da er als politischer Verein die Aufnahme von Frauen gestatte und der das ganze deutsche Volk zum Kampf gegen das Polentum auffordere, ohne daß von Seiten der Polen eine Veranlassung zu diesem Kampf gegeben sei. Er müsse den Schutz der Staatsregierung gegen diesen Verein anrufen.

Abg. v. Gynern (natl.) meint, der Verein sei noch viel zu jung, als daß er schon eine Wirkung hätte ausüben können. Dann geht er zum Etat über. Die Schwierigkeiten desselben haben ihren Grund darin, daß die Staatsämner bei Gründung des Reiches zu der Einsicht des deutschen Volkes, welches politisch und konfessionell gespalten ist und voll von Teufeln ist, zu viel Vertrauen gehabt haben. Sie haben ein allgemeines Wahlrecht gegeben, und dadurch sind auch die Interessengruppen zur Geltung gekommen, deren Hauptinteresse jenseits der Berge liegt. (Lachen im Zentrum.) Wir machen die Erfahrung, daß die Bedürfnisse des Reiches nicht vom Reich selbst gedeckt werden, sondern daß die Einzelstaaten zur Deckung der Bedürfnisse beitragen müssen, zu deren Deckung selbst die hochgepaarten, direkten Steuern nicht ausreichen. Das Abgeordnetenhaus hat in der vorigen Session das Reich aufgefordert, seine Bedürfnisse aus seinen eigenen reichen Steuerquellen zu decken, und der Finanzminister Miquel hat erklärt, er sei überzeugt, daß die Zustimmung der preussischen Staatsregierung erfolgen werde. Zu unserem Erstaunen ist von diesem Programm abgegangen worden, zunächst in der Thronrede vom 3. Dezember, sodann in der Thronrede, womit wir beehrt worden sind. Ich nehme an, daß diese Zurückführung ehemaliger Bestrebungen und Wünsche nur eine vorübergehende gewesen ist. Jetzt stehen wir vor einem laufenden Teufel. Wenn dem gegenüber auf die Sparsamkeit und Wertschätzung verwiesen und die Glanzthat der preussischen Finanzen betont wird, so ist das wohl nur eine Beruhigung nach außen hin. So leicht wird Preußen allerdings nicht unterliegen sein. Aber das muß ich doch dem Finanzminister gegenüber sagen: So hart wie in Preußen ist nirgends der Steuerdruck, wenn man die Steuern des Staates, der Kommunen, der Kirchen zusammenfaßt. Das eine ist sicher, bei der Steuerreform ist der Mittelstand am schlechtesten weggekommen, im Verhältnis zu der Belastung, welche er früher zu tragen hatte. Es ist nicht ganz zutreffend, daß eine Steuervermehrung zum Vortheil des Staates nicht stattgefunden habe. Die Klagen über die Steuerreform sind doch weiter verbreitet, als der Finanzminister glaubt. Ein Mittel zur Beseitigung des Defizits würde die Konvertierung der 4 pCt. Konsole sein, von denen 3600 Millionen Mark vorhanden sind. Wir können also dadurch eine jährliche Ersparnis von 25—30 Millionen erzielen. Der Finanzminister hat dazu keine Stellung eingenommen, er wollte erst warten, ob der Zinssatz dauernd ein niedriger bleibe. Das heißt also nur: Der Finanzminister will noch etwas warten. Es handelt sich hier aber um eine Maßregel, die sämtlichen Steuerzahlern zu gute kommt, die auch für die Landwirthe den Hypothekenzinssatz ermäßigen wird.

Man sollte auch vielleicht das Polizeikosten-Gesetz in Bezug auf Berlin revidieren. Auch beim Handelsministerium könnte man etwas sparen, damit uns dasselbe nicht immerfort mit vollstehenden Vorlagen überschütet, so daß man schließlich nicht mehr weiß, was man machen soll. Dem Handelsminister möchte ich gern eine andere Thätigkeit zuweisen, nämlich die Baubehörde und hauptsächlich die Wasserbau-Verwaltung; denn die Eisenbahn- und die

Kanalbau-Verwaltung steht immer in einem gewissen Gegensatz, der in einem und demselben Ministerium schwer auszugleichen ist. Andere Epararchien vorzuschlagen bin ich allerdings nicht in der Lage.

Größere Beforgnis als die Staatsfinanzen erregt bei mir die Finanznoth der Gemeinden. Das einzige Mittel dagegen ist die Freigabe der kommunalen Besteuerung des Weines. Ich habe mit Freunden begrüßt, daß der Bundesrath dem Reichstage eine Vorlage darüber machen wird. Offenbar folgt ihr bald eine ähnliche Vorlage über die Bierbesteuerung, durch welche die süddeutschen Gemeinden ihre kommunalen Bedürfnisse decken. Die Mahnung, daß die Kreise sparsamer wirtschaften, ist auch an die Landräthe gerichtet; ich möchte den Finanzminister bitten, die Mahnung auch an die Regierungspräsidenten zu richten, welche die Gemeinden zu allen möglichen Verbesserungen anregen, auf dem Gebiet der Schulen, der Kanalisation u. s. w. Wenn ein junger Assessor kommt, dann will er das, was er bei Adolt Wagner u. s. w. gelernt hat, zur Anwendung bringen. Hat man doch einmal gemeint, eigentlich müßte bei jeder Volksschule eine Badeanstalt sein. (Hört! recht.) Ich habe damals bei uns im Stadtrath gemeint: Man könnte auch den Kindern jeden Morgen ein Paar Eier geben, das diene auch zur Gesundheit. (Weiterkeit.) Mit dem Zentrum zusammen können wir kein Schußgeschütz machen. Wenn ein Redner des Zentrums im Reichstage sich nicht entblödet hat, einen Gros des Protestantismus, den König Gustav Adolf als Mordbrenner zu bezeichnen, so ist etwas Unerhörtes, etwas Freches niemals den Protestanten gesagt worden. (Große Unruhe.) Wenn Sie Mordbrenner suchen, so gehen Sie zu Ihrem Tilly.

Die Revision der Reisefloßen möchte ich nicht dahin aufgestellt sehen, daß eine Bescheidung der Einnahmen der Beamten eintritt; es ist besser, daß die Beamten etwas mehr auf Reisen gehen, als daß der grüne Tisch allein die Herrschaft ausübt. Wegen der Aufschubung der Erhöhung der Beamtengehälter herrscht große Unzufriedenheit namentlich unter den Post- und Eisenbahnbeamten, die mit Vorliebe sozialdemokratisch wählen, obgleich sie bei einem Erfolg der Sozialdemokratie am schlechtesten fahren würden. Der Redner geht näher auf die Stellung seiner Partei zu den agrarischen Forderungen ein. — Wir sind bereit, in bezug auf den Antrag Rauh dieselbe Stellung einzunehmen, die Herr v. Gersa eingenommen hat, nämlich den Antrag zu prüfen. (Weiterkeit recht.) Es könnten ja Gründe angeführt werden, welche das Urtheil des Herrn v. Bennigsen umstürzen. Glaubt man daß der Antrag Rauh außer der Kitation irgend einen Erfolg im Reichstage haben wird? Das ist kaum anzunehmen, denn den Zentrumsabgeordneten des Westens würde die Annahme des Antrages unendlich sein.

Herrn Richter's Ausführungen waren nicht hübsch und nicht nützlich; aber die Berechtigung zu denselben ist vorhanden. In bezug auf die überausende und plötzliche Ernennung eines Ministerpräsidenten habe ich gar nichts zu sagen; die Erfahrung muß erst lehren, welche Stellung in unserem Staatsleben derselbe einnehmen wird. Aber daß der Herr v. Gersa in Friedrichstraße besucht hat, das hat mich für ihn und seine Thätigkeit eingenommen. (Weiß! bei den Nationalliberalen.) Wir schöpfen die Ueberzeugung, daß das Volk in den kommenden, vielleicht schweren Tagen der Rathschläge des Fürsten Bismarck nicht mehr zu entbehren braucht. (Weiß!)

Finanzminister Miquel geht näher auf die Ausführungen des Vorredners ein. Ueber die Steuerreform soll viel gellacht werden. Nun, ich möchte den Künstler sehen, der eine so große Reform durchführen könnte, ohne daß nicht dieser oder jener klagt. Diejenigen, welche durch die gerechtere Veranlagung stärker herangezogen werden, sind nicht in besonders guter Stimmung, und das verdanke ich ihnen gar nicht. (Weiterkeit.) Aber der Reformator muß sich auch darauf gefaßt machen, daß die, welche entlastet werden, nicht rühmen, sondern schweigen. (Sehr richtig! recht.) Die Staatsinteressen treten überhaupt in den Augen der Menschen zurück, namentlich wenn sie Steuern bezahlen sollen. Und das wird immer so sein bei jeder Steuerreform. Gellacht wird bei jeder großen Reform, und das beste ist, man läßt sie klingen. (Weiterkeit.)

Auf die Klagen des Vorredners, daß der Eisenbahn-Bau zurückgehe, antwortend, bemerkt der Minister: Der Großindustrie kann man nicht soweit entgegenkommen, daß der Staat sie beschäftigt, wenn sie ohne Beschäftigung ist. Der Staat muß den Interessen einzelner gegenüber neutral bleiben und muß dann bestellen und kaufen, wenn es mit seinem Interesse harmonirt. Ich habe mich wohl gehütet, trotzdem es momentan gleichgültig ist, ob ich ein Defizit vermehre oder vermindere durch Einführung einer Schuldentilgung, die Position für die außerordentliche Schuldentilgung fallen zu lassen. Ich will lieber jetzt eine Anleihe machen, als daß ich diese Position vermindere. Die Frage der Schuldentilgung ist für einen Staat und namentlich für einen parlamentarisch regierten Staat ganz anders zu beurtheilen, als für einen Privatmann. Man hat meine Finanzreform einen Automaten genannt. Das können nur solche Leute thun, die von der Sache nichts verstehen. Einer Schuldentilgung kann man sich wohl entschlagen, wenn man in jedem Augenblick seiner selbst sicher ist, aber wir hängen von der Noth der Bedürfnisse und den momentanen Mehrheiten ab. Wenn wir keinen Zwang zur Schuldentilgung haben, so wird immer die Gefahr vorhanden sein, daß die Ueberschüsse für andere Zwecke als für Schuldentilgung verwendet werden. Für mich ist das nicht eine rein finanzielle, sondern eine psychologische Frage. Wir sind in den Parlamenten und in der Regierung nur Menschen, und es ist gut, daß die Menschen bisweilen vor feste Schranken kommen, die sie nicht beiseite schieben können. Der Abg. v. Gernert befragt sich, daß wir zwar im Bundesrath eine Vorlage eingebracht hätten, nach welcher eine gleichmäßige Besteuerung des Weines stattfinden sollte, aber nicht des Bieres, und er hält das Bier für die Hauptsache. Darüber läßt sich streiten. Wenn aber die großen Städte sehr hohe Biersteuern einführen möchten, was wir zu einer Reform der staatlichen Biersteuer noch nicht gelangen können, so ist das eine große Beschwerdenheit nicht. Die Kommunen sind bereit, allerhand Steuern zu erfinden und ich bin ein wahres Kind dagegen. (Weiterkeit.)

Kultusminister Hoffe: Das Lehrer-Besoldungs-Gesetz liegt mir sehr am Herzen; ich habe in der vorigen Etatsdebatte die Gründe entwickelt, weshalb ein Schußgeschütz nicht möglich ist. Aber gewisse Mängel im Lehrer-Besoldungswesen sind heute noch ebenso wie früher vorhanden; ihre Abstellung wurde von allen Seiten als notwendig bezeichnet. Ich habe den Versuch in Aussicht gestellt, diese Frage ohne Anregung der konfessionellen Gegensätze zu regeln. Ich habe die Grundzüge eines solchen Gesetzes, das ich nicht verprochen habe, aufgestellt und vertraulich an die Provinzialbehörden versandt. Trotzdem ist etwas davon in die Öffentlichkeit gekommen, und da dem Landtage nicht sofort eine Vorlage zugeht, so ergreift die Lehrerschaft eine Bewegung der Enttäuschung; das ist aber nicht meine Schuld. Die Gutachten sind abgegangen; ich habe die zweifelhaften Punkte noch einmal geprüft und dann meine Vorschläge an den Finanzminister weiter gegeben. Ich bin daher jetzt nicht in der Lage, über die schwebenden Verhandlungen Auskunft zu geben. — Ich hoffe aber immer noch, daß es bald gelingen wird, die Sache zum Abschluß zu bringen. Es handelt sich nicht darum, daß überall eine Erhöhung der Gehälter notwendig ist; es muß eine Ausgleichung stattfinden. Herr Bachem bemängelte die Ausgaben des Kultus-Etats rücksichtlich der Parität. Den Dombau in Berlin kann

man nicht der evangelischen Kirche zuschreiben; es handelt sich dabei um eine Grustkirche für unser Herrscherhaus und um ein nationales Denkmal. Aber dem Berliner Dom kann man doch den Kölner Dom entgegenstellen. Schließlich kann man doch nicht um eine Markteisenbahn. Ich hänge mit meinem Herzblut an meinem evangelischen Glauben, allein man muß es verstehen, die Bedürfnisse des Gegners von seinem Standpunkte aus zu begreifen. Danach strebe ich und ich hoffe mit Ihnen zusammen Schulter an Schulter zu kämpfen gegen die bedenklichen Strömungen der Zeit. (Weiß!)

Abg. Gothein (Dfr. Bgg.): Herr v. Gernert hat mit heissem Gemüthe die Konserativen umworben, aber die Verlobung ist noch nicht fertig; es heißt: Du bist zwar schön von Angesicht, aber Deine Willstigkeit ist nicht. (Weiterkeit.) Wenn Herr von Gernert dem Antrag Rauh und der Doppelwährung zustimmt; dann macht sich die Sache vielleicht besser. Zum Etat bemerkt der Redner, daß er ebenso wenig wie andere Redner ein bedenkliches Defizit entdecken könne. Der Redner geht im folgenden namentlich auf die Angriffe der Konserativen z. auf die Börse ein.

Abg. Wallbrecht (nll.) empfiehlt eine Berücksichtigung der überflüssig werdenden Steuerbeamten (Rentmeister zc.) und bedauert, daß bei der Reorganisation der Eisenbahnverwaltung 80 Regierungsbaumeister ohne weiteres entlassen werden sollen. Die Staats-Eisenbahnen sind jetzt nur bestimmt, um recht viel Geld zu machen; der billige Transport ist wichtiger als die billige Produktion. Unter dem theuren Transport leidet auch die Landwirtschaft. Deshalb sollte man Wasserstraßen ausbauen, die sich verzinsen und sowohl der Landwirtschaft als der Industrie dienen. Man sollte dem Minister der Eisenbahnen die Bauverwaltung abnehmen; dann würde das Handelsministerium den Wasserstraßen mehr Aufmerksamkeit zuwenden können. Dann werden die vorhandenen Wasserkräfte unter einheitlicher Leitung im großen Stile besser ausgenutzt werden können. Die Landwirtschaft werden wir in allen Dingen — mit Ausnahme des Antrages Rauh, der uns noch nicht klar ist — unterstützen, so bezüglich der Zunderindustrie.

Minister Thiel: Eine Abzweigung der Bauverwaltung von der Eisenbahn-Verwaltung halte ich nicht für zweckmäßig. Der Legende von den achtzig Bauameistern, die der grousane Eisenbahn-Minister auf die Straße setzen wollte, muß ich entgegen treten. Bei der Neuorganisation wurden 64 disponibel. Durch Einstellung einer Anzahl als technische Beamte reduzierte sich die Zahl auf 48. Bis zum 1. April 1895 wird sich die Sache ganz ausgeglichen haben. Nach § 3 des Gesetzes vom 4. Juni 1894 werden 12 zur Verfügung gestellt, 31 werden unter Belassung ihres gegenwärtigen Einkommens bei der Verwaltung weiter beschäftigt. Irgendwelche Schmälerung des Einkommens tritt nicht ein. Es ist Ihnen Ausdrück gemacht, daß die Anstellung im Staatsdienst erhalten sollen. Von jenen 12 ist ein Theil nicht mehr verwendbar, weil ihre körperlichen oder geistigen Kräfte nicht mehr ausreichen. Neben dem Wartegeld, welches sich auf 900—1000 M. beläuft, ist in Aussicht genommen im Falle des Bedürfnisses ihnen außerdem eine Unterstüßung angedeihen zu lassen. Die Reichsfrage wird ja noch vor Gericht zum Austrag kommen. Jedem Baumeister ist bei Ausbändigung des Potentes ausdrücklich und schriftlich eröffnet worden, daß ihm ein Anspruch auf dauernde, entgeltliche Beschäftigung nicht zustünde.

Abg. Bachem (B.): Wir würden ebenso wie die Konservative Partei bereit sein, an dem Volksschulgesetz mitzuwirken. Herr v. Gernert's Ideal ist jetzt die große preussische Partei, in der er die Vorhut, Herr Sauter das zweite Treffen und Herr v. Bennigsen vielleicht die Nachhut anführen könnte. Diese große preussische Partei könnte am leichtesten zu Stande kommen, wenn Herr v. Gernert seine fleischlichen Streitsüchte gegen uns und das Schulgesetz einstellte. Der Redner polemisiert dann gegen die Auffassung des Herrn v. Gernert über G. Hav Adolt und Tilly. Herr v. Gernert berechnet, daß pro Kopf der katholischen Bevölkerung 20 Pfennig, pro Kopf der protestantischen Bevölkerung 20 Pfennig vom Staat aufgewendet werden. Von dieser Rechnung müssen wir aber abgehen, was dem Staat durch Säkularisation der Kirchengüter zugefallen ist. Es ist eine moralische Pflicht des Staates, die Zinsen dieses Besizes der katholischen Kirche zuzuwenden. Vertragen können wir nicht haben, wenn unter den Mäthen so wenig Katholiken sind. Die Erfahrungen des Kulturkampfes sind eben noch nicht vergessen. Man sollte das Vertrauen im Volke stärken dadurch, daß man den Beschwerden derselben abhilft. Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wenn der Minister nach diesem Rezept verfahren würde, würde er bald vor neue Forderungen gestellt werden. Die Konservativen werden eingesehen haben, daß es nicht vorwärts geht, wenn das Schulgesetz mit dem Zentrum gemacht wird, daß die Konservativen den Anschluß anderwärts suchen müssen. Die Gründung einer preussischen Partei hat Herr v. Gernert nicht empfohlen, sondern nur die Gefahr einer solchen Gründung vorgewarnt. In bezug auf die Parität widersprechen wir ganz entschieden der Ausgleichsmethode. Dadurch wird der Staat ganz und gar auseinander gerissen. Wenn man sich auf die Säkularisation beruft, dann kann die evangelische Kirche auch eine Rechnung aufmachen.

Darauf wird die Debatte mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen geschlossen.

Ein großer Theil des Etats geht an die Budgetkommission. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Rechnungsvorlagen und die Gesetze wegen der Gerichtskosten zc.)

Tokales.

Aktion, 6. Wahlkreis. Wiederholt haben die Parteigenossen der ländlichen Kreise an die hiesigen Genossen das Ersuchen gerichtet, sie mit Broschüren zu unterstützen. Es ist bekannt, daß die traurigen Verhältnisse, unter dem das ländliche Proletariat vegetirt, das weissenliche Hindernis bilden, um es zum regelmäßigen Lesen unserer Parteipresse und sonstiger aufklärer Literatur zu veranlassen. Da ferner infolge der Lokalverhältnisse der Abhaltung regelmäßiger Versammlungen bedeutende Schwierigkeiten entgegenstehen, so fällt auf den unentgeltlichen Vertrieb populär geschriebener Parteibroschüren ein wesentlicher Theil der Propaganda. Es ergeht daher an die Parteigenossen des 6. Wahlkreises die Bitte, gelesene Broschüren in möglichst großer Anzahl dem Genossen D. Maschke, Poststr. 32b, zuzuführen. Der Vertrauensmann.

Die „Seelsorge“ wollen die Geistlichen Berlins durch allerlei Maßregeln, z. B. Einrichtung kleinerer, je einem Geistlichen zu übergebender „Seelsorgebezirke“, wirksamer gestalten, um dem weiteren Abfall von der Kirche vorzubeugen. Zu diesen Bestrebungen wird in der „Voss. Zig.“ daran erinnert, daß der Prediger von Soden in der letzten Sitzung der vereinigten Kreis-synoden ausgeführt hat: „Es ist ein offenes Geheimniß, daß arme Eltern oft erst nach vielen Bemühungen einen Geistlichen finden, der ihr Kind in den Konfirmandenunterricht aufnehmen will, daß ferner mittellose Hinterbliebene oft von einem Geistlichen zum andern wandern müssen, ehe sie geistliche Begleitung finden.“ In der „Vossischen Zeitung“ wird dazu bemerkt: „Der Referent hat keine Namen genannt, aber es ist wohl zu erwarten, daß sich die vorgesehene Behörde die Namen dieser Pflichtvergessenen von ihm nennen läßt, damit gegen sie eingeschritten werden kann.“ Nun bisher ist von einem Einschreiten der Behörden nichts bekannt geworden. Wenn ein solches überhaupt beabsichtigt wird, so hätte es auch schon früher erfolgen können, da, was nach Herrn v. Soden „offen“ geschrieben ist und ein „offenes Geheimniß“ bilde, der ausführenden Behörde nicht entgangen sein kann. Uns ist es natürlich sehr gleichgültig, ob und was eventuell

den betreffenden Geistlichen geschieht. Uns interessiert die Angelegenheit nur deshalb, weil sie, wenn die Angaben des Herrn von Soden zutreffen, geeignet ist, ein scharfes Schlaglicht auf die Stellung zu werfen, die nicht die christliche Religion, aber manche ihrer Verkünder der Armuth gegenüber einnehmen. Ueber den Werth einer Konfirmation oder einer Zeichenpredigt gehen die Ansichten beläunlich auseinander. Aber wir denken, darüber kann nur eine Ansicht herrschen — auch bei denen, die für sich oder ihre Angehörigen auf Zeichenpredigten und Konfirmationen verzichten —, daß ein Verhalten, wie es Herr von Soden einigen Berliner Geistlichen zum Vorwurf zu machen scheint, die schärfste Verurtheilung verdient. Haben solche Geistlichen noch das Recht, gegen das „begehrliche Proletariat“ von der Kanzel zu donnern und „Bedürfnislosigkeit“ zu predigen? Eine ebenso eigenthümliche Beleuchtung erfahren die Beziehungen zwischen „Seelsorge“ und Armuth durch einige Angaben, die wir in den Verwaltungsberichten des Berliner Magistrats über den städtischen Gemeinde-Friedhof finden. Hier werden vorwiegend Arme auf Kosten der Stadt beerdigt. Im Bericht für 1891/92 heißt es: „Bei den für Beerdigung der Stadtgemeinde beerdigten Leichen war 348 mal Gefolge vorhanden und bei zwei dieser Leichen ein Geistlicher anwesend.“ Und im Bericht für 1892/93 wird gesagt: „Bei den für Beerdigung der Stadtgemeinde und auf Wahlstellen beerdigten Leichen war 300 mal Gefolge vorhanden, ein Geistlicher jedoch als anwesend.“ Wir zweifeln nicht, daß bei einem Theil dieser Beerdigungen, vielleicht sogar bei der Mehrzahl, kein Geistlicher um seine Mitwirkung ersucht oder, falls sich einer unaufgefordert angeboten haben sollte, seine Mitwirkung zurückgewiesen worden ist. Es ist aber nicht denkbar, daß die Sache bei allen Beerdigungen so gelegen habe. Wie es nicht genug Arme, die es nach dem Willen eines Pastors verlangen, wenn sie von al' ihrem Elend durch den Tod befreit werden? Und sollte nicht auch noch mancher Arme Berlin's so denken, wenn es mit ihm zu Ende geht? Doch das Ainen blieb aus bei allen von 300 und, bis auf 2, bei allen von 348! Wie erklärt sich das? Vielleicht wollen sich die Geistlichen nicht aufdrängen. Aber dann denken sie über Beerdigungen anders als über Eheschließungen und Geburten. Laufen sie oder ihre Agenten sich nicht beinahe die Beine ab, wenn ein Ehepaar verständig war und den Pargensbund nicht durch sie hat segnen und die Unterpänder der Liebe nicht durch sie in die „Gemeinde der Gläubigen“ hat aufnehmen lassen? Gestern erst berichteten wir, daß der Oberpräsident v. Alvensleben auf Betreiben des Kirchenrathes der Jerusalem-Gemeinde einen Standesbeamten angewiesen hat, den kirchlichen Organen die Wohnung der Eheschließenden anzugeben. Auch Arme werden von der Geistlichkeit aufgesucht und auf die Vortheile einer nochträglichen Trauung und Laufe hingewiesen. Trauung und Laufe giebt es ja wohl, wenn's verlangt wird sogar umsonst. Dagegen können, wenn wir recht unterrichtet sind, Konfirmation und Zeichenpredigt allemal bezahlt werden, nach Belieben zwar, aber im allgemeinen doch in einer den Einkommensverhältnissen der Angehörigen entsprechenden Weise. Es ist möglich, daß dem Geistlichen von Mittellosen oft die Wahl gestellt wird, ob er freiwillig oder gezwungen auf Bezahlung verzichten will. Wer von den frommen Seelenhirten arme Leute von vornherein abweist, dem bleibt diese Wahl erspart.

Das Gewerbegericht liegt unsern Unternehmern theilweise recht schwer im Magen und wenn es nach dem Herzen gewisser, sich mit den Stumm und Saare eins führender Industrieller ginge, so würde die ganze Institution lieber heute wie morgen wieder in den Ordnis hiraufgehängt. Da das plumpe „Zerschmettern“ nun in sozialpolitischen wie in anderen Dingen bekanntlich ein verteuft harte Stück Arbeit ist, so will man es in Berliner Interessentenkreisen anscheinend mit einer kleinen Miniarbeit verwechseln. Wenigstens läßt eine in der letzten Sitzung der „Altesten der Berliner Kaufmannschaft“ abgegebene Mittheilung auf solche Abicht schließen. Die „Altesten“ wollen nämlich auf das häufige Vorkommen auffälliger und den sonstigen Rechtsanschauungen zuwiderlaufender Entscheidungen aufmerksam gemacht worden sein und das Kollegium beschloß demgemäß in seiner Sitzung vom Montag, Entscheidungen derartigen Natur als Stöße für später hiergegen zu thunende Schritte zu sammeln.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß mit den „auffälligen Entscheidungen“ solche gemeint sind, die den Rechtsanschauungen, oder richtiger gesagt, den Interessen der Bourgeoisie wider den Strich gehen. Und da hält man dann die heutige Zeit des Umsturzes von oben für geeignet, um sich auf eine Miniarbeit gegen die neuen, unheimlichen Rechtsanschauungen einzurichten, die auf dem Boden der Gewerbegerichte selbstherrlich gar oft im Gegensatz zu der gang und gäben Bourgeois-industrie erwachsen. Nicht so ungeeignet ist die heutige Zeit zu derartigen Treiben. Man hat sich in der gründlichen Ueberzeugung, daß weder kleine noch große sozialreformatorische Zuckerrüben die industrielle Arbeiterschaft der Sozialdemokratie abspitzeln machen können, oben einmal wieder „voll und ganz“ der Weisheit zugewandt. Da halten denn unsere Industriellen die Gelegenheit für günstig, um auch für ihr Theil „umzustürzen“, was ihnen im Wege ist.

Wenn ihnen bei dieser Umstürzerei der angeblichen sozialreformatorischen Prachtbauten nur nicht unversehn einige harte Steine auf den verächtlichen Schädel fallen.

Ueber den neuen Arbeitsnachweis des hiesigen Brau-gewerbes findet sich in bürgerlichen Blättern folgende Meldung: „Das Kuratorium für den neu errichteten Arbeitsnachweis des hiesigen Brau-gewerbes hat zu seinem Obmann den Vor-sitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin und Vorsitzenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweis Herrn Dr. Freund und zu dessen Stellvertreter den Geheimen Regierungsrath Herrn Dr. Jacher, hiesiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, einstimmig gewählt. Das Kuratorium hielt am Sonntag seine erste Sitzung ab und beschloß, den Arbeits-nachweis heute zu eröffnen.“

So akzeptabel die Wahl des Herrn Dr. Freund erschienen ist, so wenig glücklich will uns die Wahl seines Herrn Stellvertreters bedünken. Der Geheimen Regierungsrath Dr. Jacher ist, wie noch erinnertlich sein wird, vor einer Reihe von Jahren Leiter der Berliner politischen Polizei gewesen und hat in der Zeit des Sozialistengesetzes eine Arbeit über die Sozialdemokratie veröffentlicht, von der man nicht sagen kann, daß sie sich durch besondere Objektivität auszeichnete. Es ist möglich, daß die übrigen Mitglieder des Kuratoriums bislang keinerlei Kenntniß von dem früheren Wirken des Herrn Dr. Jacher hatten.

Ein händiger Personenverkehr zu Wasser wird in diesem Jahr zwischen Berlin und Friedrichshagen eingerichtet werden. Es sollen Petroleum-Motorboote von der Jannowitz-Brücke aus Ausflügler nach „Wilhelmsbad“ und „Fischerhütte“ führen. Voraussig sind 40 Boote in Aussicht genommen, von denen jedes 25—30 Personen faßt. Die Fahrt von Berlin nach Friedrichshagen und zurück soll 50 Pf. kosten.

Die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft. Eine an die Direktion gerichtete Bescheidschrift ist zurück gegenwärtig unter dem „Stamm“ der Passagiere der Pferdebahn-Einle Unter den Linden—Tegel. Bekanntlich sind auf dieser Strecke Wagons mit Heizvorrichtung probeweise eingeführt, doch werden die Kuppeln nur dann geheißt, wenn das Thermometer 1 Grad (1) Kälte zeigt. Wegen Aufhebung dieser Bestimmung und Inbetrieb-setzung der geheizten Wagen bei zwei Grad unter Null wollen sich die strotzenden Passagiere an die Direktion wenden. Die Heizapparate sollen sich gut bewährt haben.

Eintrittskarten zum Reichstag. Einzelne Abgeordnete werden vielfach, befristet mit Gesuchen um Uebermittlung von Eintrittskarten zu Reichstags-Sitzungen. Die Gesamtheit von 307 Abgeordneten hat überhaupt nur 100 Karten für jede Sitzung zur Verfügung. Dieselben sind nach Maßgabe der Fraktionsstärke auf die einzelnen Fraktionen verteilt. Hiernach verfügen die 46 Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei insgesamt nur über 12 Karten zu jeder Sitzung. Auch werden diese Karten erst am Tage der betreffenden Sitzung ausgegeben. Weiterhin sind noch 30 Karten reserviert für die Vorstandsmitglieder des Reichstags, die Präsidenten, Schriftführer u. s. w. Diese Karten sind auch nur denjenigen Vorstandsmitgliedern zugänglich, für welche dieselben reserviert sind. Außerdem werden insgesamt 60 Karten ausgegeben für die allgemeinen Zuhörertribünen. Hierzu müssen die Meldungen bei dem Sekretariat des Reichstags erfolgen.

Ueber das Schicksal des Botanischen Gartens will der Schöneberger Hausbesitzer-Verein die zuständige Behörde interessieren. Es geht bekanntlich die Rede, daß nach vollzogener Verlegung des Gartens auf dem jetzigen Terrain Rietzklasen erbaut werden sollen. Die Anwohnerschaft wünscht den Garten natürlich als Erholungsort erhalten.

Anonyme Denunziationen sollen, wie aus Schöneberg berichtet wird, dort von jezt an keine Berücksichtigung mehr finden. Die der Amtsvorsteher gestern der Gemeindevertretung mitteilte, hat die Zahl der anonymen Anzeigen nach und nach so überhand genommen, und ist das Ergebnis der Untersuchungen, welche auf Grund derselben oft unter großen Schwierigkeiten und mit vielem Arbeitsaufwand angestellt worden sind, fast regelmäßig ein so belangloses gewesen, daß der Amtsvorsteher nunmehr beschloß, auf anonyme Denunziationen sich nicht mehr einzulassen, sondern sie ohne weiteres in den Papierkorb zu werfen. Na, na!

Der Gemeinderath hat sich in derselben Sitzung mit 18 gegen 2 Stimmen gegen die theilweise Eingemeindung in Berlin ausgesprochen.

Die freie Wissenschaft in Preußen. Die Auflösung der Sozialwissenschaftlichen Studenten-Vereinigung, die so großes Aufsehen hervorgerufen, sowie die Neubildung einer ähnlichen Korporation, welcher vom Rektor die Genehmigung verweigert worden war, wird den akademischen Senat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Diese Senats-Sitzung sollte schon gestern stattfinden, doch mußte sie aus sehr wichtigen Gründen verschoben werden. Der Rektor und andere Mitglieder des Senats waren nämlich — zu einer Cour bei Hofe geladen!

Vom Arztproletariat. Ein Brief, den ein junger, erst kürzlich nach Berlin übersehelter Arzt seinem Garderobefabrikanten geschrieben, wird in der bürgerlichen Presse veröffentlicht und mit vielem Spott glossiert. Auf einen Mahnbrief der beth. Firma hat der Mediziner nämlich um Stundung gebeten und dann geschrieben:

„Am liebsten wäre es mir, wir gleichen die Sache in der Weise aus, daß ich mich verpflichte, für die gekletterten Anzüge jeden der beiden Herren Kompagnons wie zwei Krankheiten zu behandeln. Sollte einer von Ihnen gleich bei der ersten Behandlung sterben, würde natürlich der Ueberlebende das Recht auf freie Behandlung in einer dritten Krankheit haben. Ich bemerke dabei, daß ich als Krankheit nicht eine vorübergehende Indisposition, wie Husten, Schnupfen u. dgl. ansehe, sondern nur ein reelles Leiden, wie Lungenentzündung, Typhus, Wassersucht, Krebs u. s. w. darunter verstehe. In der Hoffnung, daß Ihnen diese Vorschläge akzeptabel erscheinen, daß Sie sich aber jedenfalls noch etwas gedulden, bin ich Ihr ... u. s. w.“

Ein so erniedrigender Brief läßt auf eine äußerst verzweifelte Lage des jungen Arztes schließen, der gegenüber der hochmüthigen Spott wenig angebracht erscheint. Es ist bekannt, daß das gebildete Proletariat unter den Ärzten am härtesten vertreten ist und daß diese demzufolge auch ein verhältnismäßig ansehnliches Kontingent zur Sozialdemokratie stellen.

Die Zustände in der Charite werden durch einige angeordnete Verbesserungen recht drastisch beleuchtet. Man beschließt nämlich endlich, mit den noch vielfach im Gebrauch befindlichen Strohsäcken aufzuräumen und dafür neue Bettstellen mit Matratzen anzuschaffen! Auch soll für eine gebührende Lüftung der Zimmer und Säle Sorge getragen und zu diesem Zweck die Fenster der alten und neuen Charite mit entsprechenden Vorrichtungen versehen werden. Zur Ausföhrung dieser „Reformen“ sind 20 000 M. in den Staatshaushaltsetat pro 1895/96 eingebracht worden. Ein neuer Beweis von der Berechtigung der Forderung, welche die Arbeiterschaft zu diesem Institut in den letzten Jahren eingebracht hat.

Die Verfügung des Justizministers zur Beschleunigung von Strafsachen ist durch den Landrath des Niederbarnimer Kreises auch den Polizeibehörden mitgeteilt worden. Einige Wahrnehmungen sollen die Annahme nahe gelegt haben, daß auch von den Polizeibehörden bei Bearbeitung schleuniger Strafsachen nicht mit der wünschenswerthen Schnelligkeit verfahren werde.

Ein geheimnißvoller Selbstmord befallt seit Mittwoch Morgen die hiesige Kriminalpolizei. Als um 5 Uhr 38 Minuten der Breslau-Berliner Schnellzug in den Bahnhof Friedrichstraße eingelaufen war, fand ein Schaffner, der den Zug begleitet hatte, in einer Abtheilung erster Klasse die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes vor. Lieben die Leiche lag eine ausgefaltete Reise-decke und ein abgeschlossener Revolver. Die auf dem Bahnhofs-vorgelassene Besichtigung des Toten ergab, daß der in die Kasse des Sitzes zurückgefallene Körper in einer großen Urtasche lag. Ferner wurde festgestellt, daß der Tod durch einen Schuß in die Herzgegend herbeigeführt worden war. Größere Gewandstücke wurden nicht vorgefunden. Aufweisquiere fehlten; dagegen war ein an einen hiesigen Fabrikbesitzer S. gerichteter Brief vorhanden, auf Grund dessen in dem Toten der 30 Jahre alte Sohn Paul eines Fabrikanten Weis aus Köbau in Sachsen erkannt wurde. Das Schreiben enthielt die Bitte, die Eltern des Verstorbenen zu benachrichtigen, gab aber über die Veranlassung zum Selbstmord keine Auskunft.

Eine erbärmliche Nothheit hat sich am Dienstag in der achten Abendstunde der angebliche Kaufmann Große zu schulden kommen lassen: Er passierte zu gerader Zeit die Gasse zwischen der „Rempelle“ ohne weitere Veranlassung vor dem Hause Nr. 38 eine ihm entgegenkommende Dame so gewaltig an, daß diese über die Vordschwelle des Trottoirs stürzte. Als ein zufällig des Weges kommender älterer Mann den rohen Patron über seine Handlungsweise in derben Worten zur Rede stellen wollte, erhielt er von diesem einen Faustschlag ins Gesicht, daß der Betroffene blutüberströmt mit dem Ausruf: „O Gott, mein Auge!“ zu Boden sank. O. wollte hierauf entfliehen, wurde aber an der Eisenstraßen-Ecke von einem Soldaten festgehalten und einem Schutzmann überantwortet. Der schwer verletzte alte Mann, ein Arbeiter-Invalide W., wurde per Droschke nach seiner in der Reinickendorferstraße belegenen Wohnung geschafft. W. hat, wie ärztlich festgestellt, einige nicht unerhebliche Verletzungen am rechten Auge erlitten, da dem Behauernwerthen durch den zu gefügten Schlag die Gläser seiner Schutzbrille zertrümmert und die Glaspfitter theilweise ins Fleisch gedrungen waren, von wo sie der Arzt erst nach vieler Mühe entfernen konnte. Nach ärztlichem Dafürhalten wird die Schwerkraft des läderten Auges auf Lebenszeit beeinträchtigt bleiben. Die von dem gebildeten Mobd auf den Straßenbamm gestohlene junge Dame, eine Klavierlehrerin Anna S., hat sich beim Fallen eine klaffende Stirnwunde zugezogen; sie wurde in ihrer der Schlegelstraße wohnhaften Mutter zugeführt.

Eine vierte Apotheke wird demnächst Rixdorf erhalten und zwar soll dieselbe in der Hallstraße, zwischen der Rietz- und Steinmetzstraße, errichtet werden.

Einer bedauerlichen Ausschreitung haben sich am Dienstag Abend gegen 8 Uhr drei Soldaten in der Hofenstraße schuldig gemacht. Sie gingen Arm in Arm den Bürgersteig entlang und rumpelten, ob muthwillig oder nicht, möge dahin gestellt bleiben, eine des Weges kommende Frau berast an, daß diese gegen einen Baum flog. Als die Dame die Soldaten wegen dieser Unart zur Rede stellte, mußte einer derselben nichts Besseres zu thun, als sie mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Es gelang, einen der Nebelthäter abzufassen und ihn einem Schutzmann zu übergeben.

Die Pulsader der linken Hand durchschnitt sich am Dienstag Abend um 8 Uhr der 29 Jahre alte Handelsmann Karl Dreisch, der in der Eberswalderstr. 22 wohnt. Die That wird auf geistige Umnachtung zurückgeführt.

Eine Schießaffäre hat sich am Montag Abend in einem Hause der Prinz-Johannstraße abgespielt. Der Klemmer G. gerieth mit einem seiner beiden Schlafburschen in Streit und als er denselben zu Tode gehen wollte, schloß sich dieser in ein Nebenzimmer, dessen Thür er zuriegelte. G. schlug in seiner Wuth zunächst die Thüröffnung ein und holte alsdann einen geladenen Revolver hervor, um damit den Schlafburschen niederzuschießen. Die Kugel verfehlte jedoch ihr Ziel und traf den zweiten, gänzlich untheilhabigen Schlafburschen N., welcher an der Stirn verletzt wurde. Während sich der Angeklagte von einem Heilgüßchen verbinden ließ, wurde der Schienbein von Zivilpersonen festgenommen und nach dem Amtsbureau gebracht, wo derselbe vorläufig in Haft genommen wurde. Glücklicherweise soll die Verletzung des N. leichter Natur sein.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen suchte und fand am gestrigen Dienstag Abend ein junger Mann auf der Station Zoologischer Garten. In den Taschen des Selbstmörders fand man eine an einen Verwandten gerichtete Postkarte, in welcher letzterem die Mithteilung gemacht wird, daß Schreiber bei Empfang der Karte nicht mehr unter den Lebenden weilen werde. Das Motiv zum Selbstmord soll Liebesgram sein.

Auf der Straße zusammengebrochen ist am Dienstag Nachmittag um 4 Uhr vor dem Hause Eihowstr. 24 ein unbekannt gekleideter Greis. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo er gleich nach der Ankunft starb.

Einen werthvollen Hund hat ein Droschkenfahrer in seinem Wagen erster Klasse gemacht. Er hatte am Sonnabend zu später Abendstunde einen Fahrgast vom Halleschen Thor nach dem Hause Zimmerstr. 31 gebracht, als ihm später beim Nachsehen des Wagens ein Brillantring in die Hände fiel. Obgleich der Kutscher in dem genannten Hause, wo er den Eigentümer des Ringes vermutete, die eingehendsten Erkundigungen eingezogen hat, ist das Wertstück, das auf über 300 M. geschätzt worden ist, bisher nicht unterzubringen gewesen.

Polizeibericht. Am 22. d. M. vormittags wurde im Landwehrkanal, am Gurgel-Ufer, die bereits stark verwehte Leiche eines Mannes angeschwommen. — In der Mollerstraße gerieth eine Frau unter die Räder einer Droschke und erlitt eine Quetschung der Rippen. — In dem Hause Viehmarkt 28 fiel abends ein Mann in der Trunkenheit von der Treppe und zog sich eine bedeutende Verletzung an der Stirn zu.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 7 u. 4 u. N.
Sroinemünde .	744	SW	4	bedeckt	-1
Hamburg .	742	SW	4	Schnee	0
Berlin .	747	SW	2	bedeckt	-1
Wiesbaden .	751	SW	3	bedeckt	1
München .	754	SW	4	halb bedeckt	-6
Wien .	756	W	3	wollig	-4
Paparanda .	754	NO	4	Schnee	-14
Petersburg .	740	W	1	wolkig	-14
Gort .	702	NO	5	wollig	7
Aberdin .	752	W	9	wollig	1
Paris .	755	SW	2	bedeckt	1

Wetter-Prognose für Donnerstag, 24. Januar 1895.
Stetlich kaltes, zeitweise aufklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit Niederlagen und frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Vom Parodie-Theater. In der Oranienstraße am Moritzplatz ist ein unscheinbarer Saal mit beschelener, fast übermäßig einfacher Bühne. Wer den ureigenen Beruf dieser weltbedeutenden Bretter nicht kennt, mag die von Zigarrendampf erfüllten Räumlchkeiten für ein Versammlungstokal dritter Garnitur halten oder für einen „Salon“, mit dessen Gästen, wie man sagt, es nur so so steht. Das Publikum aber, welches in Wirklichkeit das Parterre dieses Lokales anfüllt, ist in jeder Beziehung respektabel, und die Dichtgestalten der Bühne — er, weiß! Die sind nicht allein in bezug auf ihre künstlerische Reputation über jeden Zweifel erhaben; nein, sie werfen auch in oft verführerischer Paume mit Kleinodien um sich, deren Glanz sich nicht jede Bühne rühmen kann. Das Brillantfeuer des Wises funkelt im Parodie-theater gar oft bei weitem heller, als an den Bühnen, allwo die Sterne erster Größe strahlen. Wer gestern in einer guten halben Stunde den Lannhäuser herunterhospeln sah, der mußte, und sei er der tugendteste Wagnerianer, herabstach nachdrücklich über die vergessenen romantischen Art, wie hier u. a. das halbe Lied an den Abendstern abgethan wurde.

Leider kann man nicht sagen, daß die letzte große That des gestrigen Abends, die Aufführung der Weberparodie, sich an P. mor mit der vorausgegangenen großen Oper messen kann. Die Schauspieler mochten dies selber fühlen, denn aus dem Prolog, mit dem das Stück aus den vierziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts dem Verständnis des Publikums präpariert wurde, klang sehr stark so etwas wie Entschuldigung hervor.

Es ist gewiß an sich ein schwieriges Ding, das Stend zu parodieren, aber etwas geistreicher, als es im Parodie-Theater geschieht, hätte die Sache doch angehen werden können. Die Weber des zwanzigsten Jahrhunderts führen den großen Kladderadatsch herbei und der klugste unter ihnen, der rothe Bäder, wandelt das Unternehmen des vertriebenen Fabrikanten in eine eingetragene Genossenschaft um. Bäder ist Kassenführer und als solcher eifrig auf die Verzung des Genossenschafts-Geldschanks und die Erfüllung seiner eigenen weiten Taschen bedacht. Zu diesem anmuthigen Tun gesellt sich noch die entsprechende Portion „freie Liebe“ und Arbeiter-schindung. In seiner Gottähnlichkeit leidet Bäder aber an der Frau des Dreißiger Schiffbruch, die ihm bei einem tödtlichen der Kassenkassell entwidet. Der Gendarm Aufschle aus Rixdorf erscheint und will gerade den Verbrecher ins Richtshaus abführen, als der vertriebene Dreißiger auf die Bildsäule tritt und die allgemeine Amnezie verkündet. Jedem wird die Freiheit wieder gegeben, sich von ihm wie dorthin ausbeuten zu lassen.

So knappig wie mit der Handlung der Parodie sieht es auch mit den eingekreuten Bonmots aus, die nur dort, wo sie frivol werden, Geist zeigen; im übrigen erheben sie sich nicht über die abgehandelten Ueberheiten, die von den richtständigen Bekämpfern der Arbeiterbewegung vor zwei und drei Jahrzehnten gegen die rothen Wähler und Theiler ins Feld geführt wurden. Möge das Parodie-Theater, das in seiner Art Drolliges zu leisten vermag, bald mit einem besseren Fabrikat auf die Bildsäule treten.

Gerichts-Beitrag.

Die bekannte Beleidigungsklage Dr. Pariser kontra Dr. Friedrich Lange wurde gestern vor der Berufsungs-Strafkammer am Landgericht II zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Es wird noch in Erinnerung sein, daß Dr. Lange nach dem Hannoverischen Spielerprozeß in seiner Zeitung „Tägliche Rundschau“ einen Artikel zur Vertheidigung der in dem Prozeß bloßgestellten Offiziere veröffentlichte. Dieser Artikel wegen verklagten drei Mitglieder des Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, nämlich die Herren Dr. Pariser, Dr. Giesberg und Adolph Salomon den Verfasser Dr. Lange, weil sie sich verpflichtet fühlten, die Gesamtheit der Juden gegen die in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen zu schützen. Die Verhandlung, welche am 15. Oktober vorigen Jahres vor dem Schöffengericht am Landgericht II in dieser Angelegenheit stattfand, endigte mit der Verurtheilung des Dr. Lange zu 100 M. Geldstrafe. Hiergegen hatte der Berufungs-Strafkammer beschuldigt, welche gestern die Berufsungs-Strafkammer beschäftigte. Nach kurzer Beratung verurtheilte der Gerichtshof die Aufhebung des früheren Urtheils und sprach den Angeklagten Dr. Lange frei. Der Vorsitzende verkündete, daß der Gerichtshof den drei Klägern die Aktiv-Legitimation zur Stellung der Klage habe absprechen müssen, da dem Verfasser des Artikels nach seiner eigenen Erklärung, die Juden ohne Ausnahme zu verdammen, fern gelegen habe.

Gewaltthätiges Vorgehen gegen einen Gehilfen hat dem Bädermeister Otto Meisezahl eine Anklage wegen versuchter Nötigung und Freiheitsberaubung zugezogen, welche gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Am 14. August v. J. gerieth der Angeklagte mit seinem Gehilfen Großmann in einen Wortwechsel, der damit endete, daß Meisezahl ihn auf der Stelle entließ. Großmann begab sich in seine Stube, um seine Sachen zu packen. Gleich darauf erlitten der Meister, in der Hand ein Blatt Papier, welches Großmann unterschreiben sollte. Der letztere las den Inhalt durch. Es war eine Erklärung, daß er aus seiner pldlichen Entlassung keinerlei Ansprüche gegen den Meister herleiten wollte. Großmann weigerte sich, seine Unterschrift zu geben, der Angeklagte versperre ihm aber den einzigen Ausgang und erklärte, daß Großmann nicht eher das Zimmer verlassen dürfe, bis er die Unterschrift geleistet habe. Nach Angabe des Zeugen Großmann ist er fast zwei Stunden von dem Angeklagten festgehalten worden, dann sei es ihm gelungen, durch einen tüchtigen Sprung zum Fenster hinaus die Freiheit zu gewinnen. Der brave Bädermeister kam ungemein gelinde davon; er wurde vom Gerichtshof zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt.

Zu bezug auf § 130 des Strafgesetzbuchs: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.“ — hat das Reichsgericht, II. Strafsenat, durch Urtheil vom 29. Juni 1894 ausgesprochen, daß unter den verschiedenen Klassen der Bevölkerung in der Regel Personenkreise zu verstehen sind, die sich infolge der gesellschaftlichen Gliederung von anderen abgrenzen haben; jedoch kann auch eine Gliederung nach anderen Gesichtspunkten, beispielsweise nach übereinstimmenden Vorehrungen und Interessen die Vertheilung verschiedener Bevölkerungsklassen bewirken, vorausgesetzt, daß zur Zeit der That die unter sich verbundenen Mehrheiten und die Unterschiede schon vorhanden sind, nicht erst vom Thäter aufgestellt werden, und daß eine einigermaßen sichere Abgrenzung der Personenkreise zulassen. — In einer Druckschrift, einem Gedicht, hatte J. die Beschäftigten, die Arbeiter, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen die Brotertheuerer, gegen diejenige Bevölkerungsklasse, zu deren Gunsten die Brotertheuerung wirkt, öffentlich angereizt. J. wurde von der Strafkammer aus § 130 Str.-G.-B. verurtheilt. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das erste Urtheil auf, indem es begründend ausführte: „Der Revision wird dahin beigetreten, daß unter den verschiedenen Klassen der Bevölkerung in der Regel Personenkreise zu verstehen sind, die sich infolge der gesellschaftlichen Gliederung von anderen abgrenzen haben. Die Revision tritt aber, wenn sie einseitig die gesellschaftliche Gliederung betont und eine Gliederung nach anderen Gesichtspunkten, beispielsweise nach übereinstimmenden Vorehrungen und Interessen, grundsätzlich außer Betracht lassen will. Nothwendige Voraussetzungen ist nur, daß zur Zeit der That die unter sich verbundenen Mehrheiten und die Unterschiede schon vorhanden sind, nicht erst vom Thäter aufgestellt werden, und daß sie eine einigermaßen sichere Abgrenzung der Personenkreise zulassen. Mit dieser Auffassung steht auch das Urtheil des Reichsgerichts vom 4. Januar 1892 im Einklang. Zudem dasselbe ausführt, daß man unter „Klassen der Bevölkerung“ wesentlich die auf dem Boden der Gesellschaft emporgewachsenen Gliederungen des Volksorganismus habe begreifen wollen, schließt es die Möglichkeit nicht aus, daß unter besonderen Umständen in der Bevölkerung Klassenunterschiede hervortreten können, die sich nicht auf eine gesellschaftliche Gliederung zurückführen lassen. . . . Welche Personenkreise unter den „Brotertheuerern“ und unter „derjenigen Bevölkerungsklasse, zu deren Gunsten die Brotertheuerung wirkt“, gemeint sind, ist aus dem Urtheile nicht zu ersehen; es ist nicht einmal angedeutet, welche Wahregel nach Ansicht des Richters oder des Angeklagten eine Brotertheuerung verursacht haben soll. Man wird daher zu der Annahme gedrängt, daß der erste Richter an eine Klasseneintheilung gedacht habe, welche der Phantasie des Verfassers des in Frage stehenden Gedichts entsprungen, in den Erörterungen des wirklichen Lebens keinen Anhalt findet.“ (2118/94.)

Versammlungen.

Eine demokratische Versammlung, abgehalten am Dienstag Abend im Frey'schen Lokal in der Brannenstraße, beschäftigte sich mit dem Verhalten der freisinnigen Volkspartei zur Umfurgvorlage. Der angeforderte Referent Abg. Kröber-München (Süddeutsche Volkspartei) war trotz bestimmter Zusage nicht erschienen; wahrscheinlich, hieß es, wolle er sich mit seinen Parteifreunden nicht in Gegenfah stellen. (Auf: Da haben wir's!) Dr. Gräber bedauert, daß sich die freisinnige Volkspartei soweit von der Regierung gebeugt habe, und auf eine Kommissionsberatung eingegangen sei. Warum verwerfe man nicht prinzipiell jeden Kompromiß? Bei einer solchen Taktik bleibe einem volkreundlichen Manne nichts übrig, als für die Sozialdemokraten zu stimmen. (Beifall und vereinzelter Widerspruch.) In ähnlicher Weise äußert sich der Vorsitzende des Berliner Arbeitervereins, Bruder Roff. Das Drängen nach rechts werden die Freisinnigen theuer bezahlen müssen. Ein anderer Redner fragt, ob man etwa wieder die Absicht habe Leute abzukommandieren? (Beifall und Unruhe.) Herr Wohlberg glaubte die von demokratischer Seite gemachten Vorwürfe dadurch entkräften zu können, daß er meinte, die freisinnige Partei könne auf die wenigen demokratischen Stimmen eventuell verzichten, worauf Roff entgegnete,

daß es weniger auf die Zahl der demokratischen Wähler ankomme, als darauf, daß die Demokraten den Wählern, die der freisinnigen Partei noch folgen, die Augen öffnen werden. An der weiteren Debatte beteiligten sich von sozialdemokratischer Seite Augustin und Räther, die das Bild der freisinnigen Volkspartei in wirksamer Weise ergänzten; der letztere führte den Vertretern derselben zu Gemüte, daß ein nicht unerheblicher Theil der freisinnigen Reichstagsboten nur mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Lage sei, dort einen Platz einzunehmen. (Lebhafter Beifall.) Der Wille der Versammelten gelange in einer Resolution zum Ausdruck, worin es heißt: Die Verarmung verursacht jeden Kompromiß mit der Regierung in Bezug auf die sogenannte Umsturzvorlage und erwartet von jedem demokratischen Abgeordneten die einfache Verwerfung einer derartigen Vorlage.

Vom neuesten Kurs in der Anarchie. Das vielversprechende Thema, die Umwandlung der Gewerkschaften in freie Arbeitergenossenschaften hatte auf die zunächst Theilnehmenden, die organisierten Arbeiter, so gut wie gar keinen Einfluß ausgeübt. Eine gähnende Leere zeigte der große Kellersche Saal; im abnormen Verhältnis zu dem täglichen Besuch stand die Zahl der Vertreter der Presse, die in der Erwartung neuer zu hören, schließlich getäuscht wurden. Der Referent, Schloffer Wiese, ließ die Arbeiterbewegung in den letzten 30 Jahren Revue passieren, natürlich fand nichts Gnade vor seinen Augen: Die Agenten von Marx haben die gute Idee Lassalle's mit dem 100 Millionen-Thalerfonds durch List aus den Händen der ehrlichen deutschen Arbeiter entfernt und dafür das englische Gewerkschaft, Streik und Boykott, eingeplant. Das hierdurch nichts, gar nichts erreicht werden kann, ist für den Herrn Referenten eine ausgemachte Sache. Mit dem Geschwätz von Sozialismus kommt man überhaupt nicht aus dem Sumpf des Kapitalismus heraus; praktisch muß die Geschichte angefaßt werden. Das Geheimnis des Erfolges besteht darin, daß man jedem den vollen Ertrag seiner Arbeit zusichert. Daß dies möglich, und in der heutigen kapitalistischen Ordnung sogar sehr leicht möglich ist, zeigt Herr Wiese mit einer verblüffenden Fertigkeit in folgendem: Jirma 20—30 seiner Berufsgenossen (Wohnungsbesitzer) lassen den „Entschluß“, den Unternehmerrückgewinn, der nach Wiese'scher Berechnung ungefähr pro Kopf und Woche 3 M. beträgt, abzuschaffen; sie arbeiten auf eigene Rechnung und sparen den Mehrertrag in eine große Zentrol-

lasse, die dann natürlich bald so answächst, daß mit leichter Mühe ähnliche Unternehmen, durch Geld gestützt, ins Leben treten können. Arbeit werden diese Genossenschaften sicher haben, denn sie „können“ billiger arbeiten wie kapitalistische Unternehmen. Allerdings müssen sie sich möglichst vom Kommunismus fernhalten, dürfen keine Lohnarbeit einführen und müssen höchstens, um eine „gewisse Gleichheit“ zu schaffen, einen Minimallohn festsetzen. In 6—8 Jahren, schätzt der Herr Referent, wird sein Gewerbe, die Bau-Anschlagserei, in dieser Weise umgetrennt sein, und in 20 Jahren ist alles nach dieser Methode geordnet und der Sozialismus ist praktisch durchgeführt!! Wenn man zeigen wollte, daß der Sozialismus kein Wahngedächtnis, sondern eine sehr gute Idee sei, so müßte dieser Plan befolgt werden, der es ermöglichte, daß sich auch neuere Kreise dem anarchistischen Sozialismus zuwenden. —

Tiefes Stille folgte dieser rednerischen Leistung. Dann traten sechs Theilnehmer des Referenten hintereinander auf das Podium und mühten sich ab, denselben von seiner „Idee“ abzuwenden zu machen. Einige, wie Herrmann und Biesler, verdammten von vornherein eine solche „Verirrung“, andere beklagten, daß W. so unglücklich, ohne vorherige Information mit seinem Plan an die Öffentlichkeit getreten sei. Zustimmung äußerte sich niemand. Sozialdemokraten nahmen nicht das Wort. — Um 11 1/2 Uhr nahm die schon mehr als langweilige Debatte ein Ende.

Gedruckte und freigelegte. Donnerstag, den 24. d. M., abends 10 Uhr, im Lokal der „Zukunft“, für Eisenbahner. Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal der „Zukunft“, für Eisenbahner. Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal der „Zukunft“, für Eisenbahner.

Vermischtes.

Der Umsturz in den Kasernen. Am 21. Januar sollen im ganzen Deutschen Reich in den Kasernen Durchsuchungen nach sozialistischen Schriften vorgenommen worden sein. In Frankfurt und Badenheim, bei dem 81. Infanterie-Regiment und 13. Husaren-Regiment z. B. fand die Durchsuchung mittags 12 Uhr im Beisein der Kommandeure und der Adjutanten statt. Die Untersuchung war eine sehr genaue; sie erstreckte sich nicht nur auf den Inhalt der Spindeln, aus denen die Kleidungsstücke der Reize nach herausgeholt und Tag für Tag untersucht wurden, selbst die Zeitungspapiere, die als Umschlag für Packete u. s. w. dienen, wurden gemustert.

ob nicht vielleicht etwas Staatsgeheimnisse in ihnen stünde. Solche Visitationen in den Kasernen sind ja nichts Ungewöhnliches, aber diese „Einheitslichkeit“ dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. In Frankfurt soll übrigens nichts „Belastendes“ gefunden worden sein.

„Patriotisches!“ Nachstehendes Zirkular mit beigelegten Karten wurde dieser Tage an hiesige Einwohner geschickt: Frankfurt a. M., im Januar 1895.

Hochgeehrter Herr!
Unseres Kaisers Geburtstag naht!
Mögen Sie gut beifolgende Karte zu 2 M. behalten und dadurch, sowie durch Ihre Theilnahme an der Feier, unsere patriotischen Bestrebungen fördern, die jetzt mehr denn je darauf gerichtet sind, die Liebe zu Kaiser und Reich zu heben und den Kampf gegen den Umsturz mit allen Kräften zu führen. Seien Sie. Hochwohlgeboren unseres wärmsten Dankes versichert.

Mit aller Ergebenheit
Kommando d. Unif. Landwehr-Vereins,
Kruhschiff, Hauptmann,
Ritter v. p.

Hoffentlich zahlen alle Empfänger des Zirkulars die verlangten 2 M., — hoffentlich besuchen sie dann das beabsichtigte Tanzvergnügen, — und hoffentlich hilft's auch gegen den Umsturz.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefkarte (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

N. N. 59. Das ist eine Doktorfrage. In der Praxis wird wohl allgemein die Zeit des Händewaschens und Umkleidens nicht zur Arbeitszeit gerechnet.

F. G. 50. Kranken- und Sterbefälle der Berliner Hausdiener, Spittelmarkt 7, täglich von 8—3 Uhr.

Ungekannt, Berlin. Ja! Das „Schuhmacher-Fachblatt“ erscheint in Göttingen.

G. S. W. Sie müssen eine genaue Darlegung des Sachverhalts geben.

S. S., Adalbertstraße. Sprechen Sie bitte auf der Redaktion vor.

A. H. 50. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

B. H. 26. Wenden Sie sich an die Invaliditätsanstalt, Klosterstr. 41.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 24. Januar.

Opernhaus. Hänsel und Gretel. — Die Jahreszeiten.

Schauspielhaus. Der gebürnte Siegfried. Siegfried's Tod.

Deutsches Theater. Weh' dem, der lügt.

Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Festung-Theater. Zwei Wappen.

Neues Theater. Das liebe Geld.

Reichens-Theater. Fernand's Ehekontroll.

Theater Unter den Linden. Der Proletus.

Schiller-Theater. Sagar's Sohn.

Helles-Theater. Mein junger Mann.

Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die Hedermaus.

Central-Theater. O! diese Berliner.

Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.

National-Theater. Die Braut von Messina.

Alexanderplatz-Theater. Der wunde Punkt.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Wallner-Theaterstrasse.

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr: Sagar's Sohn.

Freitag, 25. Januar, abends 8 Uhr: Sagar's Sohn.

Sonntag, 26. Januar, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Der zerbrochene Krug, Lustspiel in 1 Akt von Heinrich Kleist. Frauenkampf, Lustspiel in 3 Akten von Schiller.

Sonntag, 27. Jan., nachm 3 Uhr: Der Feindesfresser. Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

Dichter-Abende. Im Bürgercafé des Rathhauses findet diesen Sonntag kein Dichter-Abend statt.

Freem-Mallast

Gurgstr. 22, neben der Börse.

Täglich

Gr. Spezialität-Vorstellung

Auftreten von 20 Künstlern allerersten Ranges.

Entrée 30 Pf. (Anfang Wochen- tags 7 1/2 Uhr).

Sonntags: (Concert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr).

Der ca. 5000 Personen fassende Saal steht den pp. Vereinen und Gesellschaften zu Festlichkeiten zur Verfügung. Auch können an allen Tagen bis 3 Uhr nachmittags Versammlungen abgehalten werden.

Die Direction.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.

Emil Thomas a. O.

Anna Bäckers. Josefina Dora.

Zum 143. Male:

O, diese Berliner!

Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.

Musik von Julius Einödhofer.

Anfang 1/8 Uhr.

Morgen:

O, diese Berliner!

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Undine, die Fürstin der Wellen.

Großes Ausstattungsspiel mit Gesang in 4 Akten und einem Vorspiel von Wollheim. Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacobssohn. Musik von G. Michaelis.

Regie: Max Samat.

Aufführung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Sonntags: Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Maria Stuart.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotesktänzerin

Miss Rose Batchelor

vom Prince of Wales-Theater in London.

Zum 30. Male:

Ein fideles Corps.

Große Gefangensposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobsen und Jean Iken.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Infolge des großen Andrangs bleibt die Kasse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Kaufmann's Variété.

Mancke ist da!

dreihalb täglich anverkauft.

Keine Reklame,

Thatsache!

Haben Sie Mancke als

Pauline vom Ballet

gesehen? Nein! Da

haben Sie überhaupt

nicht gesehen.

denn es ist die un-

beschreiblich komische

Nummer, die ich je ge-

sehen habe!

Anjerdem 16 Glanz-Arn.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!

Die Riesen des dunkeln Erdtheils:

Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder.

Das schockige Mädchen Marietta.

Weihnachts-Ausstellung

Urania

Anstalt für volksthümliche

Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark

(Lehrer Bahnhof).

Geöffnet von 5—10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Neu! Neu!

Prof. Frdr. Schwing's

Wandernde

Lichtbilder.

Das Lied

von der Glocke

in 15 lebenden Bildern

mit transparentem

Hintergrund.

Musik von Romberg.

Der Meister: Rob. Biberti

vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Ben-

Unter den Linden 21.

Jeden Sonntag

Nachmittag

Familienvorstlg.

zu halb. Preisen.

Zauber und Bey's

Wunder.

Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Circus Renz

Carlstrasse.

Donnerstag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Konkurrenz-Gala-Vorstellung. Jede Nummer doppelt vorgef.

11. a.: Doppel Jonglerie zu Pferde von Miss Agnes und Mr. Alfred. Auftreten der Damen Frä. Thora und Thelma am Doppel-Red. Grand double Pas de deux sérieux zu Pferde von Miss Rose und Mr. Frankoni und Mlle. Mathilde Renz u. Mr. Passio. Doppel-Volltje der Herrn Passio und Gustav. Agat, arab. Bollblut-Schimmelhengst, als Feuerpferd dress. und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. El Bolero, geritten von 6 Damen und 6 Herren in span. Original-Prachtkostümen, mit 12 Schulpferden, angef. vom Direktor Fr. Renz. Auftreten des Hrn. Gustav Härtmann (als Gast) mit seinem Schulpferde Vincinatus. Zum Schluss: Tjo Mi En. (Weim Jahreswechsel in Peking.) Neue Musik-Einlagen.

Morgen, Freitag: Tjo Mi En.

Sonntag, 27. Januar: 2 große Parade-Gala-Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Nur noch kurze Zeit!

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.

Texas Jack's American

Prairie Life-Show.

Täglich abends 7 1/2 Uhr: Große

Vorstellung.

zwischen dem Meisterkämpfer der Welt Herrn Ernest Korber und dem Meisterkämpfer von Ungarn Herrn Selmy Hincz aus Budapest.

Die Beleidigung, die ich wider Herrn Bader Hoffmann, Kurfürstenstraße 9, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. [2819b] G. Schuster.

Peitz N. - L.

Wir wünschen für einen seit circa 4 Jahren vollständig erblindeten Partei-

genossen, welcher schon unterm Sozialistengesetz für unsere Sache thätig war, eine gut erhaltene Treiborgel, wenn möglich auch einen Handwagen dazu, billig zu kaufen.

2819b

Paul Behold, Vertrauensmann.

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).

Die Weber.

Vorher: Im Fluge durch die Welt.

Tannhäuser. Anfang 1/8 Uhr.

„Sanssouci“

Sottbusenstraße 4a.

Jeden

Donnerstag u. Sonntag:

Stettiner

Sänger

(Meyel, Pietro, Britton, Eber us, Steidl, Röhl und Schrader.)

Anfang Donnerstags 8 Uhr.

Entrée 50 Pfg.

Vorverkauf 40 Pfg. (siehe Plakate).

Zum Schluss:

Circus-Bilder

Ensemble von Keyzel.

Freitag: Victoria-Bräuerel.

Arbeiter-Gängerbund

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 17. Februar, vormittags präzis 10 Uhr,

im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Kassiers. 2. Anträge auf

etwaige Aenderung des Statuts. 3. Erledigung eingegangener Berufung.

4. Wahl des Vorstandes.

Zu dieser Versammlung werden hiermit sämtliche Mitglieder der Bundesvereine eingeladen. Bundes-Mitgliedskarte legitimirt.

63/18

Achtung! Es wird dringend ersucht, etwaige zu stellende Anträge bis spätestens den 2. Februar beim Vorstände einzureichen. Später gestellte Anträge finden keine Berücksichtigung.

Der Vorstand.

F. G.

Kistenmacher!

Sonntags, den 26. Januar, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“,

Kommandanten-Straße 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Thätigkeit des Vereins.

2. Abrechnung vom Stiftungsfest und vom 4. Quartal 1894.

Der Maskenball findet am 16. Februar bei Nieff statt. Billets à 40 Pfg. sind in der Versammlung, im Arbeitsnachweis und bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.

F. Marten.

Ortskrankenkasse d. Buchbinder etc.

Die Stelle eines Kassiers ist vom 1. Februar cr. ab zu besetzen, und zwar vom 1. Februar bis 1. Mai provisorisch. Die Kautions beträgt 300 M., das Gehalt 1500 M. pro Jahr. Nur solche Kassienmitglieder, welche den Bestimmungen der §§ 56 und 57 des Statuts entsprechen, wollen schriftliche Offerten bis spätestens Sonntags, den 26. d. M., an den Vorstehenden, Herrn Hoffmann, Raungr. 38, einreichen. [75/18] Der Vorstand.

Die frauenrechtlerische Petition,^{*)} das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts betreffend.

Im letzten Sommer schlossen sich 22 frauenrechtlerische Organisationen zu einem Bündnis zusammen, welches in einer Petition an den Kaiser das gesetzliche Verbot der Prostitution und die strenge Bestrafung der Prostituierten, Kuppler u. auf dem Wege einer Kabinettsordre des Kaisers und der verbündeten Fürsten „unterthänig“ ersuchte. Die Sakralhaftigkeit des in der Petition beliebten Tones fand ihr würdiges Gegenstück in dem sozialpolitischen Unverstand, den die „Bitte“ atmete, und in der Unmähigkeit, mit welcher die Organisationen zu bitten „wagten“, daß gerade ihre Vertreterinnen „als Sachverständige in Frauen-sachen“ vernommen würden.

Jetzt haben sich ganze drei Frauen gefunden, welche in einer Petition das Vereins- und Versammlungsrecht für das weibliche Geschlecht erbitten. Drei ganze Frauen ergreifen seitens der bürgerlichen Frauenwelt die Initiative behufs Gewinnung eines Rechts, dessen Nichtbestehen gerade eins der kennzeichnendsten Merkmale für die soziale Unterwürftigkeit des weiblichen Geschlechts in Deutschland ist!

Die Petition wendet sich an die Frauen „aller Parteien und aller Klassen“. Auch die Unterschriften der proletarischen Frauen, der Sozialdemokratinnen sind mithin willkommen.

Ich will nicht untersuchen, ob es nötig ist, daß proletarische Frauen eine Petition für das Vereins- und Versammlungsrecht in dem Augenblick unterzeichnen, wo die Partei, die ihre Interessen ebenso gut wie die des männlichen Proletariats vertritt, im Reichstag einen diesbezüglichen Initiativantrag gestellt hat. Bekanntlich verlangt die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion eine reichsgesetzliche Neugestaltung der jetzt einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetze und mit dieser Neugestaltung gleiches Recht für beide Geschlechter, gleichzeitig aber auch gesetzliche Bürgschaft für die unbeschränkte Ausübung der Koalitionsfreiheit. Sie fordert also nicht bloß das, um was die Petition ersucht, sondern noch mehr.

Es mag nun dem einen oder andern, vielleicht auch vielen „zweckmäßig“ erscheinen — die Zweckmäßigkeit läßt sich auch in unserer Partei manchen holder an, als das Prinzip —, daß die Petition die Unterstützung der organisierten Arbeiter und die Unterschriften der proletarischen Frauen erhält. Eine derartig mit Massenunterschriften unterstützte Petition erscheint ihnen als eine treffliche Demonstration zu Gunsten des sozialdemokratischen Antrags, als ein Nachweis dafür, daß weiteste Kreise der Frauenwelt das dringende Bedürfnis nach dem Vereins- und Versammlungsrecht empfinden.

Meiner Ansicht nach ist auch ohne die Petition eine solche Demonstration in Permanenz vorhanden, der Nachweis für die Berechtigung der geforderten Reform wird seit langem, dauernd und nachdrücklich erbracht. Und dies in Gestalt des jähren und erbitterten Kampfes, den Polizei und Justiz seit Jahren gegen das Vereins- und Versammlungsleben der proletarischen Frauen führen.

Die Polizei betätigt in diesem Kampfe die volle Schneidigkeit, welche der Pflichterfüllung des deutschen Beamtenstandes in den Augen der Beherrschten zur höchsten Ehre gereicht. Die Justiz ihrerseits betätigt eine Ausgeklügeltheit, welche der simple Menschenverstand nicht immer zu würdigen vermag. Auflösung proletarischer Frauen-Organisationen reißt sich an Auflösung, Verbot von Frauen-Versammlungen folgt auf Verbot, die Ausweisung von Frauen aus öffentlichen Versammlungen ist etwas Alltägliches. Strafen gegen Frauen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hageln nur so hernieder. Vom 1. Oktober 1893 bis 31. August 1894 wurden proletarische Frauen wegen derartiger Sünden 681 M. Strafe zahlen und dies nur in den Fällen, die zu meiner Kenntnis gelangt sind. Trotz alledem entstehen regelmäßig an Stelle der zerstörten Organisationen neue Vereine, wieder und wieder bringen sich die Frauen zu den Versammlungen, wieder und wieder organisieren sie solche.

Die in Dürftigkeit, wenn nicht in bitterer Armuth lebende proletarische Frau, die mit Arbeitslasten überhäufte proletarische Frau bringt stets auf neue die Opfer an Mitteln und Zeit, welche das Vereins- und Organisationsleben erheischt; sie setzt sich mutig allen behördlichen Verfolgungen aus, sie trägt die Strafen, die von „rechtmäßigen“ über sie verhängt werden. Diese Thatfache ist meines Erachtens die unzweideutigste Demonstration dafür, daß ein zwingendes Lebensinteresse und nicht die Lust zu politischen Spielereien oder Vereinswahlen den Wille der Koalitionsfreiheit für die proletarische Frauenwelt nötig macht. Wenn Reichstag und Regierungen die kräftige, eindringliche Sprache dieser Thatfache nicht verstehen, so werden sie noch weit weniger geeignetes Ohr besitzen für eine Petition.

Nun wird hier vielleicht eingewendet: „Ja, wenn die Petition auch nichts nützt, so schadet sie doch nichts. Es handelt sich um eine Erweiterung der Rechte des rechtlosen weiblichen Geschlechts, ergo unterzeichnen und unterstützen wir sie.“ Sehr schön, sage ich darauf, aber wenn dieser Standpunkt gelten soll, so muß doch immerhin die Petition in ihrer Begründung unserer proletarischen Auffassung entsprechen oder mindestens — ich will bescheiden sein — darf sie nicht in schroffen Gegensatz zu unserer Auffassung stehen. Dies ist keineswegs der Fall, im Gegenteil. Die Petition kommt aus bürgerlichen Kreisen, sie atmet durchweg bürgerlichen Geist, ja in manchen Einzelheiten sogar einen beschränkt bürgerlichen Geist.

Es ist uns deshalb geradezu unendlich, weshalb sozialdemokratische Zeitungen sich für diese Petition ins Zeug legen, sie quasi offiziell den organisierten Arbeitern zur Unterstützung, den proletarischen Frauen zum Unterzeichnen empfehlen. Seit wann gehört es denn zu den Gepflogenheiten der sozialdemokratischen Partei, Petitionen, die aus bürgerlichen Kreisen hervorgehen und das Kennzeichen bürgerlicher Auffassung an der Stirn tragen, um deswegen zu unterstützen, weil sie etwas Nützliches erbitten, etwas, was die Sozialdemokratie auch und zwar seit langem fordert? Nehmen wir an, bürgerliche Demokraten hätten eine Petition veranlaßt, der vorliegenden Frauenpetition dem Zweck nach gleich oder ähnlich, dem Charakter

nach gleich. Die sozialdemokratische Presse hätte die Petition kritisiert, wäre aber keineswegs dafür eingetreten, daß die Genossen, das klassenbewußte Arbeiter im Schlepptau bürgerlicher Elemente erscheinen. Warum unseren prinzipiellen Standpunkt der Politik der bürgerlichen Welt gegenüber ändern, weil zufälligerweise ein Akt dieser Politik von Frauen ausgeht, die nicht für die sogenannte Gesamtheit eine Reform fordern, sondern für das weibliche Geschlecht. Wollen wir unsere prinzipielle Haltung deswegen preisgeben, so geben wir gleichzeitig unseren Standpunkt preis, die Frauenfrage nur im Zusammenhang der allgemeinen sozialen Frage zu erfassen und zu fördern.“

In Nummer 7 vom 9. Januar nahm der „Vorwärts“ der Petition gegenüber eine durchaus korrekte Haltung ein. Er verzeichnete sie, kritisierte sie und wies darauf hin, daß sie eine alte sozialistische Forderung aufgreife. Leider und zu meinem großen Erstaunen hat der „Vorwärts“ über Nacht seine Haltung geändert. Warum? Weil ihm mitgeteilt wurde, die Petition verdiene bezüglich ihrer Begründung die größte Kritik nicht. Daß diese Versicherung und der Hinweis auf die Ausführungen eines „Anschreibens“ den „Vorwärts“ zu einem Frontwechsel bestimmte, muß ich entschieden bedauern. Außerdem bleibt trotz des „Anschreibens“ der erhobene Vorwurf mangelhafter Begründung gegen die Petition in voller Schärfe bestehen. Das „Anschreiben“ hat nämlich mit der Petition selbst und ihrer Begründung nicht das Geringste zu thun. Es ist nichts als ein Beilegschreiben, ein Zirkular an die Personen, welche um Unterstützung bzw. Unterzeichnung der Petition ersucht werden. Hier heißt es: „Unter den in der Petition der Kürze halber nicht im einzelnen aufgeführten „eigenen Interessen“ der Frauen verlangen im besonderen die Erwerbsverhältnisse dieser eine Gesetzesvorlage im Sinne der Petition.“

Soll der Passus eine Belehrung sein über den Werth der Vereins- und Versammlungsfreiheit für die proletarische Frauenwelt? Wir danken für diese Belehrung, aber wir brauchen sie nicht. Das Proletariat hat den Werth der Koalitionsfreiheit für alle seine Glieder, ohne Unterschied des Geschlechts weit früher erkannt als die Verfasserinnen jener Petition. Und dieser Erkenntnis gemäß kämpft das Proletariat für die Eroberung des fraglichen Rechts. Soll der Passus eine Versicherung sein, daß die Mütter der Petition sich der Bedeutung des Rechts und seiner Grundlage bewußt sind? Wir quittieren höflich über dieses Zeichen einer sozialpolitischen Erkenntnis, welche den deutschen Frauenrechtlerinnen gemeinlich abgeht. Aber eine Bedeutung für die Petition selbst hat der Passus nicht. Für die Petition und ihre eventuelle Berücksichtigung kommt nicht in Betracht, was ihre Verfasserinnen und Unterzeichnerinnen zu ihrer Begründung dachten, sondern welche Gründe sie zu ihren Gunsten geltend machten. In der Begründung der Petition steht kein Wort davon, daß für die Lebensinteressen der selbständig erwerbenden Frauen der Besitz des Vereins- und Versammlungsrechts von unabwiesbarer Nothwendigkeit ist. Es fehlt in ihr gerade der Grund, kraft dessen das Proletariat für die Forderung eintritt. Es fehlt in ihr der Grund, der für eine diesbezügliche Reform der Gesetzgebung maßgebend ist, daß unversprochene gebliebenen Zeitungsnachrichten zufolge in Bayern Zentrumsleute in der nächsten Session des Landtages einen Antrag einbringen wollen, welcher mit Rücksicht auf das Erwerbsleben der Frauen für das weibliche Geschlecht das Vereins- und Versammlungsrecht fordert.

Es klingt wie Verlegenheit, wenn es in dem Anschreiben heißt, der betreffende Grund wäre der Kürze wegen in der Begründung der Petition nicht angeführt. Ja, weshalb hat denn die Rücksicht auf die rettende Kürze nicht gehindert, in der Begründung besonders geltend zu machen, daß ein durch die Vereinsfreiheit vermittelter Einfluß der Frauen auf die Gesetzgebung in bezug auf die „Ettlichkeitsfrage“ dringend geboten sei.“ Was die bürgerlichen Frauen im Punkte der „Ettlichkeitsfrage“ von der Gesetzgebung wollen, das erzählt aber „zur genüge aus der eingangs erwähnten Aufhebung des Kaisers.“

Meines Erachtens können proletarische Frauen, am wenigsten aber zielbewußte Genossinnen, eine Petition unterzeichnen, die mit Rücksicht auf die „Kürze“ mit Stillschweigen über den wichtigsten Grund hinweggeht, welcher vom proletarischen Standpunkt aus für die geforderte Reform spricht, und der „Kürze“ unbeschadet einen Grund hervorhebt, der von einer halbwegs klaren und geklärten sozialpolitischen Auffassung als ein Ausfluß naiver Unkenntnis der sozialen Verhältnisse verachtet wird. Proletarische Kreise haben nicht den geringsten Anlaß, durch Solidarität mit einer Petition solchen Inhalts ihrer sozialpolitischen Erkenntnis ein Armuthszeugnis anzustellen.

Ein anderer Grund noch macht es unmöglich, daß die sozialistische Bewegung für diese Petition eintritt. Die Petition fordert nicht den Reichstag, bzw. eine Fraktion desselben zu einer Gesetzesvorlage im Sinne der fraglichen Reform auf, sie bittet ihn bloß, an die verbündeten Regierungen das Ersuchen um eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu richten. Die Petition geht also mit Verneinung der Kompetenz des Reichstages bezüglich von Initiativanträgen über diesen selbst hinweg und weist ihm die beschreibende Rolle eines Portiers an, welcher den Petitionirenden den Zugang zu der hohen Regierung öffnet. Ein solches Vorgehen kann die Sozialdemokratie nicht unterstützen und mitmachen. Die Sozialdemokratie hat zu allen Zeiten angekämpft gegen den Dualismus der gesetzgebenden Gewalten, wie er sich in Deutschland infolge des Umstandes findet, daß unsere Bourgeoisie die Macht des Absolutismus nicht gebrochen hat, sondern sie mit ihr paktierte. Daß dieser Dualismus vorhanden ist, ja daß die gesetzgebenden Gewalten — Volksvertretung und Regierung — einander nicht einmal als gleichwertige Machtfaktoren gegenüber stehen, daß vielmehr die erstere der letzteren untergeordnet ist, damit muß

*) Wir können das schwere Vergehen, das die Genossin J. hier konstruiert nicht anerkennen. Die Frauenwelt ist im Staat leider noch in einer ganz anderen Stellung als die Männerwelt, sie ist vollkommen rechtlos und soweit es die bürgerlichen Frauenkreise anbetrifft, sogar politisch gänzlich ausgeschlossen, da ist jeder Schritt nach Selbstständigkeit ein Fortschritt. Wir erinnern auch, daß die Art, wie Herr v. Köller letzte Woche die hier kritisierte Petition als ein Zeichen für das Wachsen der „Umsturzbestrebungen“ zu verwerthen suchte, der Genossin J. zeigen muß, daß es doch ein Unterthun ist, ob selbst eine Petition wie diese von Männern oder von Frauen ausgeht. Red. d. „Vorw.“

**) Es wurde uns nachgewiesen, daß die Petenten die von uns gerügten Fehler doch nicht so gemacht haben, wie wir getadelt hatten. Wir forderten nicht zur Unterzeichnung auf, sondern bemerkten, daß gegen die Unterzeichnung nichts einzuwenden sei. Wir wußten, daß eine Anzahl zur Partei gehöriger Frauen die Petition schon unterzeichnet hatten. Red. d. „V.“

**) Auch wir tabelten dies, fanden aber eine, wenn auch nicht genügende Entschuldigung darin, daß die Urheberin der Petition aus tatsächlichen Gründen auf die Unterschriften bürgerlicher Frauen nicht verzichten wollte, aber auf diese hätte verzichten müssen, wenn die sie leitenden Gründe der Petition veröffentlicht worden wären.

sich die Sozialdemokratie abfinden, aber sie hat jederzeit mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür gekämpft, daß der Volksvertretung werde, was der Volksvertretung gebührt. Zu den wenigen Rechten und Befugnissen, welche das Parlament im herrlichen Deutschen Reich besitzt, gehört das Recht, Initiativanträge zu stellen, im Namen des Volkes zu fordern, statt bei einer Regierung zu betteln. Die Petition meidet aber den einzig richtigen Weg an den Reichstag. Proletarische Frauen können und wollen das nicht thun. Ueberhaupt nicht und am allerwenigsten gegenwärtig, wo die Regierungen den schärfsten Kampf gegen das Vereins- und Versammlungsleben der Proletarierinnen veranlassen, gegenwärtig, wo die verbündeten Regierungen die Umsturzvorlage eingebracht haben. Proletarierinnen, welche von unsern Regierungen eine ihren Interessen entsprechende Reform der Vereins- und Versammlungsgesetze erwarteten, würden Zeigen von den Dornen und Trauben von den Dilemma lesen wollen.

Wollten die bürgerlichen Frauen zu gemeinsamem Ziel anläßlich der Petition ein vorübergehendes Zusammenwirken mit den proletarischen Frauen, so war es doch selbstverständlich, daß die Petition derartig abgefaßt wurde, daß Arbeiterinnen dieselbe unterstützen können, ohne daß sie sich und ihre Bestrebungen bloßstellen. Eine solche Fassung hätte eine vorausgehende Verständigung mit den Vertreterinnen der klassenbewußten Proletarierinnen zur Voraussetzung gehabt. Wie den Verfasserinnen der Petition wohlbekannt ist, giebt es in Berlin eine Frauen-Agitationskommission. Warum sind die Verfasserinnen der Petition an diese Kommission nicht mit den zwei Fragen herangetreten: 1. Seid Ihr eventuell bereit, die geplante Petition zu unterstützen, und 2. wie muß diese Petition gehalten sein, damit sie von den proletarischen Frauen ohne Preisgabe ihres Standpunktes unterstützt und unterzeichnet werden kann? Ein derartiges Vorgehen hätte selbstverständlich sein sollen und wäre ein Gebot der Klugheit und Höflichkeit gewesen, wenn man die Unterschriften der proletarischen Frauen wollte. Die Fassung der Petition wie das Vorgehen ihrer Verfasserinnen ist kennzeichnend für die Auffassung bürgerlicher Frauen und ihr Verhältnis zur proletarischen Frauenwelt. Man ist humanitär genug, unter gewissen Umständen etwas für die „ärmeren Schwestern“ zu thun, man ist klug genug, unter allen Umständen ihre Hand- und Spannbänder anzunehmen, aber mit ihnen, als mit gleichberechtigten Machtfaktoren zusammenarbeiten, ja Bauer, das ist ganz etwas anderes.

Die Verfasserinnen der Petition werden auf ihre gute „Absicht“ verwiesen, und geltend machen, daß ihnen ein bewußter Gegensatz gegen die Auffassung der proletarischen Frauen durchaus fern lag. Aber das kann uns zu keiner andern Auffassung ihres Vorgehens veranlassen. Im Namen guter Absichten hat man von jeher nicht bloß die größten Verbrechen, auch die größten Dummheiten begangen. Und daß der Gedankengang der Petitionsverfasserinnen inhaltlich, unbewußt in einer der proletarischen Auffassung diametral entgegengesetzten Richtung gelaufen ist, das ist ja kennzeichnend für die Klugheit, die uns von ihnen trennt.

Ich glaube, nicht nur in meinem persönlichen Namen zu sprechen, sondern in dem der Mehrzahl klassenbewußter proletarischer Frauen, wenn ich erkläre:

Dieser Petition keine proletarische Unterschrift.

Stuttgart, den 12. Januar 1895.

Klara Zetkin.

Kunst und Wissenschaft.

Ein angebliches Zwischenglied zwischen Mensch und Affe, das der niederländische Militärarzt Dubois kürzlich beschrieben hat, bildete den Gegenstand eines von Professor W. Krause in der letzten Sitzung der Berliner Anthropologischen Gesellschaft gehaltenen Vortrages. 1891 wurde in einem Flußbette auf Java ein Meter unter dem Trodenpegel des Flusses und 12 Meter unter der Ebene, in welcher der Fluß allmählich sein Bett ausgewählt hatte, der Zahn eines großen Affen gefunden. Einige Monate später fand sich in einem Meter Entfernung davon ein Schädeldach eines großen Affen, das nach Dubois' Berechnung zu einem Schädel von 880 Kubikzentimeter Inhalt gehörte hat. Das würde bei einem Affen eine ganz gewaltige Schädelkapazität sein, da ein großer Orangutangschädel nur etwa 600 Kubikzentimeter Inhalt hat. 1892 wurde 15 Meter straßenwärts von der früheren Stelle, aber in derselben (bivalvialen oder jüngsttertiären) Schicht, ein Oberschenkelknochen von 45 Zentimeter Länge gefunden. Diese drei Fundstücke gehören nach Dubois' Annahme zusammen und stammen von einem menschenähnlichen Säuger, der, wie sich aus der Größe und Beschaffenheit des Oberschenkelknochens ergibt, 1,7 Meter hoch war und aufrecht ging. Dubois bildet aus ihm eine neue Art und Gattung, die er *Pithecanthropus erectus* (der aufrechte Affenmensch) nennt. Prof. Krause führt nun aus, daß der Zahn sowohl wie das Schädeldach in der That einem Affen angehört haben müssen; das letztere stimmt in seinem Bau durchaus mit dem Schädeldach eines Gibbon (*Hylobates*) überein, wie auch Prof. Waldeyer und Prof. Neuhoff bestätigen. Weiter gab Prof. Krause zu, daß die Schädelkapazität des betreffenden Affen eine ungewöhnlich hohe gewesen sei und mindestens 900 Kubikzentimeter betragen haben müsse; dieser Annahme trat indessen Prof. Virchow entgegen, indem er ausführte, daß zur Berechnung des Schädeldachinhalts nicht die geeigneten Unterlagen gegeben seien. Andererseits erklärte Prof. Krause, daß der gefundene Oberschenkelknochen unzweifelhaft einem Menschen angehört habe, worin ihm Geheimrath Waldeyer mit Entschiedenheit beipflichtete. Von der Beschaffenheit des Oberschenkels hänge aber die aller übrigen Theile des Rumpfes und der Extremitäten ab; es müsse ein durchaus menschlicher Körper gewesen sein, von dem der Oberschenkel stammte, und auf diesem Körper hätte die Zusammengehörigkeit der Stücke vorausgesetzt ein Affenkopfe geoffen. Das sei aber ein Fabelwesen, das lebte auf die hundstößigen Menschen der Sage erinnere und nur in der Einbildung bestehen könne. Dubois' Annahme, daß Zahn und Schädeldach von demselben Wesen stammen wie der Oberschenkelknochen muß aber zurückgewiesen werden; trotzdem sind die Funde an und für sich höchst bemerkenswerth; beweist doch der Schenkelknochen die Existenz von Menschen, deren Körperbau mit dem der heutigen in allem Wesentlichen durchaus übereinstimmt, in einer Zeit, die jedenfalls noch weit hinter unserer nordischen Gegenwart zurückliegt. Wenn dem erwähnten Affenschädel wirklich die von Dubois und von Professor Krause angenommene große Kapazität zukäme, so würde er gar nicht so weit hinter einem Wabeke-Schädel zurückstehen, den Professor Virchow im Verlauf eines Vortrages über die Anthropologie der Südafrikaner in der Sitzung vorlegte.

*) Genossin Zetkin vergißt ganz, daß die Arbeiter sich in außerordentlich vielen Fällen an den Bundesrath und den Reichstagsler gewandt hatten, wir gehören sicherlich nicht zu denen, die diese Formen beiführen wollten, wir konnten aber hier nicht tadeln, wo unsere Genossen offenkundig das Gleiche gethan haben und die Partei zur Frage der Petitionen noch nicht Stellung genommen hat.

*) Wir geben nachfolgendem Artikel Raum, ohne mit demselben allen Theilen einverstanden zu sein. Wir bemerken vor allem, daß wir ebenso gut über die Prinzipientreue in der Partei wachen, wie Genossin Zetkin und die „Gleichheit“. Die scharfen Geschosse der Genossin Jettin scheinen für den Kampf den sie führt, nicht geeignet, sie sollten für erheblichere Angriffsobjekte aufgespart werden. Die angegriffene Petition ging nicht von Frauenvereinen oder einer frauenrechtlichen Organisation, sondern von drei Frauen aus, von denen eine Mitglied unserer Partei ist; die Petition wurde übrigens, bevor der „Vorwärts“ Stellung genommen hatte, von der Partei angehörigen Frauen unterzeichnet. Die Red. des „Vorwärts“.

Dieser Schädel zeigt aufgeprägte „affenartige“ Merkmale, wie zurückliegende Stirn, zurückgelegtes Hirn u. s. w. und besitzt die außerordentlich geringe Kapazität von 1055 Kubikzentimetern. (Zum Vergleich sei bemerkt, daß z. B. Germanenschädel durchschnittlich 14—1500 Kubikzentimeter Inhalt haben.) — Uebrigens betonte Prof. Virchow noch einmal, daß die zur Zeit in Göttingen's Panoptikum weilenden Dinkas der anthropologisch interessanteste Besuch wären, der seit langer Zeit nach Berlin gekommen sei, und daß auch die ursprünglich gegebene Zweifel über ihre Herkunft gegenüber der unbedingten Zuverlässigkeit der körperlichen Merkmale zurücktreten müßten.

In die Fußstapfen des Schiller-Theaters scheint eine hiesige Spekulanten-Gesellschaft treten zu wollen. In bürgerlichen Blättern findet sich die folgende Annonce: „Zwecks Gründung einer Genossenschaft zum Betriebe eines der größten hiesigen Theater nach den Prinzipien des Schiller-Theaters werden noch einzelne Beteiligungen nicht unter 5000 M. gesucht.“

Deutsche Schauspielfahrt in Paris. Dir. Meißner will in Paris mit seinem Theater der Modernen Jbsen's „Gespenscher“ und „Klein Goli“, „Einsame Menschen“ von Hauptmann, „Jugend“ von Halbe, sowie ein französisches Stück, „Therese Raquin“ von Zola, in deutscher Sprache, in Szene geben lassen. Für die Vorstellungen in Paris sollen auch deutsche Gäste herangezogen werden. Klein Goli wird von dieser Gesellschaft zur Zeit in Amsterdam aufgeführt.

Gerichts-Beitrag.

Die Frage, ob zum Verkauf von denaturiertem Spiritus eine Konzession nötig ist, lag gestern der 3. Strafkammer des Landgerichts II zur Entscheidung vor. Der Gränkramhändler Schumann zu Friedmann war wegen Verkaufs von denaturiertem Spiritus zur Anzeige gebracht, vom Schöffengericht des Landgerichts II aber freigesprochen, weil dieser Spiritus als Getränk nicht zu verwenden sei, und somit nicht von den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung berührt werde. Die königl. Amtsverwaltung legte Berufung ein, mit der Begründung, daß das Gesetz in der Vorinstanz unter irriger Voraussetzung falsch ausgelegt sei. Die Strafkammer hob das erste Urtheil auf: Der Verkauf von solchem Spiritus gehöre zum Kleinhandel mit Spirituosen; dazu sei eine Konzession nötig und da Sch. eine solche nicht besaß, auch die polizeiliche Anmeldung unterlassen, so habe er gegen das Steuergesetz vom 24. Juni 1891 verstoßen. Deshalb lautete das Urtheil unter Zugrundelegung des hinterzogenen Steuerfahses von 15 Mark auf eine Geldbuße von 30 Mark. Ein sehr merkwürdiges und unserer Ansicht nach in hohem Grade ansehnliches Urtheil.

Wegen Beleidigung des Thierarztes Dreus stand heute der Engros-Schlächter Hermann Schütz vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Anklage lag ein Vorfall vom 6. Juli v. J. zu Grunde. An diesem Tage hatte der Angeklagte auf dem Zentral-Viehbof Fleisch zur Untersuchung vorgelegt. Der unter-

suchende Thierarzt Dreus bemerkte sofort, daß das Fleisch tuberkulös war und sah auch, daß die Tuberkel-Drüsen herausgeschnitten waren, um dadurch den Anschein zu erwecken, als ob das Fleisch gesund sei. Als er das Fleisch für tuberkulös erklärte und vorschrittsmäßig Zettel daran heftete, entgegnete ihm der Angeklagte in sehr erregtem Tone, daß er (der Thierarzt) von der Untersuchung nichts verstände. Außerdem gebrauchte er noch ein gemeines Schimpfwort, so daß er damit bei der Beleidigung der Untersuchungsstation ein öffentliches Mergerniß erregte. Trotzdem er später sein Verhalten dem Beleidigten gegenüber entschuldigte, wurde vom Kuratorium des Zentral-Viehbofes Strafantrag gegen ihn gestellt. Im gestrigen Termin konnte er nur seine Erregtheit als Milderungsgrund anführen. Der Gerichtshof ging noch über die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von 100 M. hinaus und verurtheilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 200 M. event. zu 20 Tagen Gefängniß. Außerdem wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugniß in den beiden Organen der Schlächter zugesprochen.

Anlässlich des Streiks in der Meissenburger Waggonfabrik zu Gilsdorf, der im letzten Sommer wegen der hochmüthigen Haltung der Direktion großes Aufsehen erregte, war der Schlosser Grapentin wegen Verurtheilung und Mithilfung zu zwei Wochen und drei Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die von Grapentin eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
VI. Serie, II. Abtheilung (National-Theater):

Rein Bühlung (Keine Heimstätte).

(V. Serie VII. Abtheilung, Sonntag, den 3. Februar.)

Mitglieder, die der Vorstellung einer Abtheilung beizuwohnen wollen, der sie nicht angehören, haben kein bestimmtes Anrecht auf den Einlaß; sie erhalten Stehplätze, soweit Raum vorhanden ist.

Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Gründel, Brunnenstr. 188:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verwaltungs- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

3. M.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

900/1

Masken-Garderobe
für Herren und Damen
C. Ernst, 80., Köpcke'str. 126, I.
Vereine Preisermäßigung.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenspinnen, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matrassen 18, Ruhbaum-Kleiderständer 30, Stühle 3 Mark, hochseine Muschelleiderständer 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibstühle 15 Mark, Garderobenständer, Paneele, Sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Presskohlen,

anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend.

Preis pro Januar:

Marke Centrum I, 18 Ctm. lang 6,50 M.

Senftenberger I, 18 Ctm.

lang 7.—

Beste Senftenberger Marie II,

höheres Format, 16 Ctm.

lang 5,75

pro Tausend frei Keller mit Fuhrlohn

und Paden.

Probekohlen gratis frei Haus.

Frischeisen & Co.,

Münchenerstr. 4,

nahe Grollicher Bahnhof

2. Geschäft: Bergstr. 35a.

Unter den Linden 29.

Modistin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Hammer, Admiralstr. 25. 828M

In

Roh-

Tabaken

und Utensilien für

Cigarren-Fabrikanten

!! billigster

Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin

Alexanderstr. 22.

Stroem reelle Bedienung.

Creditgewährung

nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Wildtobel, Kannen, Satten, Waße,

Siebe, Tafelwaagen,

Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen

Butterkneten, Drehtrollen.

Jordan, Al. Marktstr. 28.

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten u. im Möbel-

speicher, 1894/5

Rosenthaler - Strasse 13, I.

Tafelst. stehen täglich zum Verkauf:

neue gediegene Möbel zu außerordentlich

billigen Preisen, gebrauchte und

verliehen gewesene Möbel zu wahr-

haften Spottpreisen. Theilzahlung ge-

stattet. Kleiderständer 15, Küchen-

spinde, Kommoden 12, Sophas 15,

Bettstellen mit Matrassen 18 Mark,

Ruhbaum-Kleiderständer, Vertikons 30,

Stühle 3, Muschelleiderständer 40, Tru-

meaus 65, Paneele 75, Plüsch-

garnituren 60 Mark, Herren-Schreib-

tische, Schreibstühle, Buffets, Kon-

fessionstische, Spiegel, alles staunend billig.

Gekaufte Möbel können auf meinem

Lagerspeicher bis April kostenfrei

lagern und werden durch eigene Ge-

spanne transportiert und aufgestellt.

Nur 3 Tage!

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag, den 23.—25. Januar:

Nur 3 Tage!

Ausnahme-Preise!

Corsets Stück 90 Pf., 1,25, 2,00—5,00 Mark.

Stickerei Battist u. Madapolam.

Stickerei-Röcke Mtr. 10 Pf., 20 Pf., 40 Pf. bis 2,00 Mark.

Die Extra-Preise gelten nur für diese 3 Tage.

A. Wronkow

Oranienstr. 162

zwisch. Moritz- u. Oranienplatz.

Filiale: Skalitzerstr. 62.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.

sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 2145b

Möbl. Schlafst. Alexandrinenstr. 74.

u. 4 Tr. bei Buchs. 2322b

2 Kaden m. Wohn-, sowie kleine u.

Mittelwohn. Kofendstr. 14. 2008b

Prinzenstr. 13, 1 Trepp., eine

bedr. Werkst. sof. zu vermieten.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Tischler!

Zug u. d. Buchenmöbel-Fabrik von

Oskar Springer,

Generalstr. 8, Weissenfer,

ist unbedingt fern zu halten. 148/18

Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-

Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von

Görs & Kallmann

haben infolge Mahnungen und

Sohnforderungen die Arbeit nieder-

gelegt. Zug ist strengstens fern-

zu halten.

Gleichzeitig ist für die Branche Zu-

sammenseher der Piano-Fabrik Kunze

& Sohn, Blumenstr. 70, infolge Mah-

regelung laut öffentlicher Verammlung

vom 18. Januar cr. die Sperre ver-

bängt worden.

198/13. Die Lohnkommission.

Ein Farbmacher u. eine Vergolderin

werden verlangt Mantelstr. 109.

Vergolder, Vergolderin,

Moragläser, nur solche, die schon

darauf gearbeitet haben, verlangt

Warschauer Nachf., Ritterstr. 41.

Klavierst. Sonnabend u. Sonntag

5 M., gef. Stalitzerstr. 57. 2311b

Eine alte deutsche Feuer-Versiche-

rungs-Gesellschaft sucht für Berlin und

vorort thätige Haupt- u. Spezial-

Agenten unter sehr günst. Bedingungen.

Off. unter P. 2. nimmt die Exped.

d. Bl. entgegen. 2314b

Tüchtiger Schriftsetzer

sucht Stellung als solcher oder als

Expedient, zeichnender Redakteur

in einer Verlegeranstalt. Offerten an

G. Kirchner, Berst 1, Anhalt,

Braubaustraße 9.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellsch.

Wir beginnen Sonnabend, den 2. Februar cr., mit dem Ausstoß unseres diesjährigen

BOCK-Bieres

und halten dasselbe den Herren Restaurateuren bestens empfohlen.

Bier in Flaschen führen wir nicht, geben solches auch in Gebinden an Private nicht ab.

Berlin, im Januar 1895.

Johannstr. 18/19.

Telephon-Amt III, 8035.

Die Direction.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.